neue kritik

D 7739 F

25/26

Michael Vester Harold Wilson | Helmut Lindemann Deutschlandpolitik | Manfred Liebel Zur politischen Konzeption des SDS in einigen Fragen | Helmut Schauer Soziale Demokratie oder neuer Faschismus | Karl Markus Michel Narrenfreiheit in der Zwangsjacke? | Georg Fülberth Politische Gehalte der Deutschen Philologie

Inhaltsverzeichnis

Michael Vester	3	Harold Wilson: Prophet als Techniker
	4	Hundert Jahre weiter
Manfred Liebel	5	Zur politischen Konzeption des SDS in einigen Fragen
	10	Entschließung zur Studien- und Hochschulreform
Helmut Schauer	11	Soziale Demokratie oder neuer Faschismus
Helmut Lindemann	17	Analyse der Deutschlandpolitik in Thesen
Karl Markus Michel	23	Narrenfreiheit in der Zwangsjacke?
Georg Fülberth	30	Politische Inhalte der deutschen Philologie
Dieter Kramer	34	Labour Party und Abrüstung
	36	Zeitschriftenhinweise

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
nr. 25/26, Oktober 1964
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)

neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar. für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung.
nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.
neue kritik ist kein geschäftsunternehmen; die mitarbeit ist unentgeltlich.

redaktion: wilhelm bauer, rita harmuth, edith jilek, helge knüppel, thomas leithäuser, manfred liebel, thomas mitscherlich, hans peter riesche, heinrich schäfer, helmut schauer, gunter wegeleben (verantwortlich)
unter mitarbeit des arbeitskreises neue kritik.
redaktionsvertretung: peter brokmeier, west-berlin.
erscheinungsort: frankfurt am main
verlag und redaktion: 6 frankfurt w 13, kurfürstenstr. 8, tel. 77 64 22
neue kritik erscheint jeden zweiten monat, im februar, april, juni, august, oktober und dezember, einschließlich einer doppelnummer.
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,50 / ös 10,— / sfr 1,60 / hfl 1,50 plus porto; für studenten dm 1,— / ös 7,— / sfr 1,10 / hfl 1,—.
jahresabonnement dm 10,— / ös 65,— / sfr 10,50 / hfl 10,— einschl. porto; für studenten dm 7,— / ös 45,— / sfr 7,50 / hfl 7,—.
bezug über den verlag.

postscheckkonto: sds-bundesvorstand, sonderkonto neue kritik 551 91 pscha. frankfurt am main.
konto-nr. 282 427, dresdner bank
druck: druck- und verlagshaus frankfurt am main gmbh
umschlagentwurf: maria fraxedas

An den Leser

Die Doppelnummer der neuen kritik enthält die Referate, die auf der 19. Delegiertenkonferenz des SDS im September gehalten wurden. Helmut Lindemanns Referat zur Deutschlandpolitik ist ein weiterer Versuch des linksliberalen Publizisten, zu ihrer Umorientierung von seiten der Bundesrepublik beizutragen. Der SDS, der seit langem eine Ostpolitik fordert, die Abstand von den Gepflogenheiten des Kalten Krieges nimmt, hat sich, wie ein Auszug aus dem Rechenschaftsbericht von Manfred Liebel zeigt, bemüht, von seiner sozialistischen Position aus zu einer hierzu notwendigen realistischen Einschätzung der DDR beizutragen. Der SDS wird eine Denkschrift zu diesen Fragen noch vorlegen.

Das Referat des neuen Bundesvorsitzenden Helmut Schauer untersucht neben der innenpolitischen Situation der Bundesrepublik die objektiven gesellschaftlichen Möglichkeiten, ohne deren Kenntnis sozialistische Politik sich nicht zu artikulieren vermag. Karl Markus Michels Referat reflektiert die prekäre Stellung der kritischen Intelligenz, die Chance ihrer Kritik und die Gefahr ihrer Integration.

Die zwei abgedruckten Entschließungen der 19. DK erscheinen uns für die hochschulpolitische und wissenschaftliche Aktivität des SDS als besonders wichtig. Die Untersuchung Georg Fülberths über „Politische Inhalte der deutschen Philologie" ist aus einem studiennahen Arbeitskreis des SDS über „Germanistik und Politik" hervorgegangen.

In den letzten Monaten haben wir die Abonnenten, die mit der Bezahlung ihres Abonnements in Rückstand sind, zweimal gemahnt. Diejenigen Leser, die bisher nicht reagiert haben, scheinen an der nk nicht mehr interessiert zu sein. Wir werden den Versand an sie einstellen.

Harold Wilson: Prophet als Techniker

Labour gewann die Unterhauswahlen deshalb so knapp, weil nur eine von zwei erforderlichen Bedingungen erfüllt war. In den vergangenen achtzig Jahren haben britische Oppositionsparteien nur dann ein überzeugendes Mandat für radikale Veränderungen erhalten, wenn einerseits das Vertrauen in die Konservativen durch innenpolitische Schwierigkeiten nachhaltig erschüttert war und wenn andererseits die Linke auch als Opposition ihren Prinzipien treu geblieben war, anstatt sich populären Trends, deren Lebensdauer von der Konjunktur abhängt, anzupassen. Die Tories hatten sich von ihrer Vertrauenskrise, die 1961 mit einer schleichenden Wirtschaftskrise begann und 1963 in der Profumo-Affäre kulminierte, bis zum Spätsommer 1964 merklich erholt. Daß die Labour Party die Unterhauswahlen dennoch nicht verlor, hat sie weniger objektiven Bedingungen als der politischen Strategie ihres Leaders Harold Wilson zu verdanken.

Harold Wilson war bereits im Jahre 1947, im Alter von dreißig Jahren und nach nur zweijähriger parlamentarischer Erfahrung, Minister geworden. Schon damals zeichnete er sich durch eine gute Presse und besondere wissenschaftliche Qualifikationen aus, die er sich als Wirtschaftsdozent und Assistent beim Kriegskabinett erworben hatte. Obschon er 1951 aus Protest gegen Gaitskells Rüstungsprogramm zusammen mit Bevan das Kabinett Attlee verließ und 1954 die deutsche Wiederaufrüstung ablehnte, ist er kein Bevanist. Denn er begründet seine Politik eher technisch als moralisch; Atomrüstung und konservative Wirtschaftspolitik lehnt er als „ineffektiv" ab. 1963 bekannte er: „Ein guter Politiker muß weniger von einem Propheten und mehr von einem Techniker haben. Die Aufgabe des Politikers ist es, dem Volke immer die grundlegenden menschlichen Probleme zu zeigen, die jenseits des komplizierten technischen Schleiers liegen." Wilson ist kein unreflektierter Technokrat.

Wilsons Wahlstrategie unterscheidet sich wesentlich von der der SPD, in ihren Methoden wie im Erfolg. Das Mittel, die Partei als „modern" darzustellen, war nicht die ängstliche Vermeidung von Blößen, sondern die Offensive, vor allem im Forum des Parlaments, mit der Wilson dem Gegner die Initiative raubte und ihn zuerst an den Stellen unterlief, die zuvor als Schwächen der Sozialisten galten: in der Frage der Nationalisierung und der Abrüstung. Dadurch versachlichte und verschärfte er das politische Klima und nötigte zugleich die Konservativen, die „dynamische" Politik der Labour Party zu kopieren. Da Wilson andererseits seine Politik nicht in einem Grundsatzprogramm kanonisierte, sondern in Übergangsprogrammen formulierte, deren langfristige Konsequenzen der Diskussion offen blieben, war er nicht genötigt, wie die SPD die innerparteiliche Opposition zum Verstummen zu bringen. So gelang es, die fruchtbaren Energien freizusetzen, die unter Gaitskell noch gegeneinander gekehrt oder unterdrückt waren. Hier liegt die Stärke der Labour Party, und ohne sie hätte Wilson versagen müssen. Im Labour-Kabinett sind denn auch alle Richtungen der Partei vertreten, außer der SPD-orientierten extremen Rechten, deren Image-Politik Wilson ausdrücklich ablehnte. Statt dessen stimmt er weitgehend mit der Strategie des linken Abgeordneten R. H. S. Crossman überein, die offensiv und an Klassenverhältnissen orientiert — und wohl deswegen erfolgreicher ist als die Anpassungspolitik der „modernen" Sozialdemokratie. „Angepaßt" hat sich Labour wesentlich nur in seiner an Effektivität und Exportquoten orientierten Rhetorik.

Mit den pragmatisch formulierten Übergangsprogrammen stieß die Labour Party die umworbenen mittelständischen Wählerschichten nicht ab; sie paßte sich ihnen jedoch auch nicht als „Volkspartei" restlos an, sondern versuchte sie mit dem Argument, sie würden in dem konservativen System unterbewertet, ins Arbeitnehmerlager hinüberzuziehen. Zugleich wurde berücksichtigt, daß viele Wähler der großen Politik apathisch gegenüberstehen, aber an den hautnahen „technischen" Problemen des Arbeitsmarktes und der Wohlfahrt sehr interessiert sind. Die Überlegenheit der Labour Party gegenüber der SPD bestand vor allem darin, daß sie sich von der Konjunktur nicht über die Krisenanfälligkeit des Systems hatte täuschen lassen.

Radikale Änderungen sind von der Labour-Regierung nicht zu erwarten, obschon gewisse Veränderungen angekündigt worden sind: Entspannung in Mitteleuropa, Verzicht auf Atomwaffen, Nationalisierung vor allem der Stahlindustrie, staatliche Investitionsplanung und Sanierung der industriellen Notstandsgebiete, umfassende Wohlfahrtsmaßnahmen, eine großzügige Förderung der Wissenschaft und eine egalitäre Erziehung und die Förderung einiger Elemente von Arbeiterkontrolle. Ob diese Programme auf die Rationalisierung oder die Aufhebung des Kapitalismus hinauslaufen, hängt davon ab, was aus ihnen gemacht werden wird, vor allem von dem Einfluß der Linken, der Wilson immer zugänglich gewesen ist. Das Memorandum des Parteivorstands „Labour und die wissenschaftliche Revolution" verweist immerhin auf eine Gesellschaft, die jenseits des Profitprinzips liegt: „Um die Jahrhundertwende, wenn die Wissenschaft reiche Muße zum universalen Recht eines jeden Bürgers gemacht haben wird, wird es wichtig sein, daß wir gelernt haben, die Fülle des Lebens zu genießen, die unsere Arbeit schaffen kann . . . Dies ist eine wirklich sozialistische Vision, die wir in der Vergangenheit aus Not und aus Unwissenheit nicht begreifen konnten." Ein tausendjähriges Reich wollte Wilson im Wahlkampf niemand versprechen; in einer Legislaturperiode könnte es auch mit einer radikaleren Politik als der Wilsons nicht errichtet werden.

Der knappe Wahlsieg setzt dem radikalen Potential enge Grenzen, obschon es Wilson zuzutrauen ist, daß er mit seinen Pfunden wuchern und die Schwierigkeiten einer knappen Mehrheit, an der Attlee 1951 scheiterte, geschickt meistern wird. An dem größten Problem, der von den Konservativen hinausgeschobenen schleichenden Wirtschaftskrise, könnte Wilson dennoch bei der nächsten Wahl scheitern.

Hundert Jahre weiter

„Die Erfahrungen haben uns gelehrt, daß die Vernachlässigung der Solidarität, die die Arbeiter der verschiedenen Länder verbinden und sie dazu bewegen sollte, in dem Kampf um Emanzipation zusammenzustehen, mit dem allgemeinen Scheitern ihrer zusammenhangslosen Aktionen bestraft wird."
(Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation, 18. September 1864.)

In diesem Herbst erinnern wir uns (feiern wäre kaum der richtige Ausdruck) an die Gründung der 1. Internationale vor hundert Jahren. Die Geschichte dieses Jahrhunderts des proletarischen Internationalismus trägt tragische Züge. Drei weitere Internationalen folgten der kurzlebigen ersten. Der Reformismus erstickte die zweite, der Stalinismus die dritte. Die Folgen dieser Niederlagen, die die internationale Arbeiterbewegung erlitt, waren das Blutbad des 1. Weltkrieges (ein weiterer „Gedenktag" in diesem Herbst) und die Vereitelung des demokratischen Sozialismus in Rußland. Die Ohnmacht und unaufhörliche Zersplitterung der 4. Internationale ist auch eine Tragödie (wenn auch eine kleinere), denn sie spiegelt den Mißerfolg der Bemühungen in den letzten drei Jahrzehnten wider, auf irgendeiner Ebene eine unabhängige marxistische Bewegung zu schaffen.

Der Internationalismus ist der Kern aller Anstrengungen, den Sozialismus herzustellen. An erster Stelle ist der Mangel an internationaler Solidarität die schmerzlichste Art der Zersplitterung, die die Arbeiterschaft in ihrem Kampf an allen Fronten behindert. So wie Arbeiter einer Fabrik oder einer Gegend mit anderen Arbeitern in Konflikt geraten, weil partikulare Interessen die Klassenloyalität verdunkeln, lebt auch kein wirksamer Sinn für Einigkeit in den Arbeitern verschiedener Länder. Griechen bekämpfen Türken; britische Arbeiter mißtrauen und fürchten farbige Einwanderer. Der Mythos des „nationalen Interesses" triumphiert. Vor allem: Die ungeheure Kluft im Lebensstandard zwischen den entwickelten und den unterentwickelten Ländern scheint keine Aussicht für eine gemeinsame Aktion der Arbeiterschaft in diesen Ländern zu eröffnen.

Die Absage an den Internationalismus in der Arbeiterbewegung ist eng mit perspektiveloser Reformpolitik verknüpft: Der Versuch, das bestehende System lieber zu entwickeln als es aufzuheben; das Bemühen, das eigene Programm auf die Forderungen einer isolierten Klasse zu gründen, ohne zu versuchen, diese Isolierung zu überwinden — alle diese Tendenzen halten eine Bewegung innerhalb der nationalen Grenzen ideologisch gefangen. Wenn die britische Arbeiterbewegung den Immigration Act (Einwanderungsgesetz) allein in Begriffen der unmittelbar anstehenden Probleme Unterbringung und Beschäftigung diskutiert, so muß sie unvermeidlich zu reaktionären und chauvinistischen Schlüssen gelangen.

Dennoch: Wenn die traditionellen Arbeiterbewegungen auch das Programm des Internationalismus aufgegeben haben, sind die Aussichten keineswegs völlig hoffnungslos. Da der Kapitalismus immer stärker auf internationaler Ebene operiert, nehmen auch Notwendigkeit und Möglichkeit zu größerer Kooperation zwischen Arbeitern verschiedener Länder zu. Die EWG könnte das Tor zu einer neuen Phase internationaler Zusammenarbeit der Gewerkschaften aufstoßen, und zwar gleichermaßen durch politische Maßnahmen wie durch Aktionen auf Betriebsebene. Die Reformisten auf der Linken und der Rechten haben diesen überaus dynamischen Aspekt übersehen, als sie die Folgen debattierten. Die Entwicklungen auf dem Gebiet von Kultur und Erziehung spielen ebenso eine Rolle bei der Eröffnung internationaler Perspektiven für die neuere Arbeiterbewegung.

Was ist jetzt zu tun? Es ist nicht an der Zeit, eine neue Internationale zu gründen. Die Geschichte der vierten hat die Vergeblichkeit einer Organisationsgründung bewiesen, die keine Stärkung des Klassenbewußtseins widerspiegelte. Darüber hinaus verwerfen wir jeden Glauben an irgendeine Spontaneität oder Erziehung um ihrer selbst willen als Idealismus. Die „family of man" wird nicht in einem Naturprozeß entstehen; wohlmeinende Lehrer und Journalisten werden die Arbeiterklasse nicht von ihrem Nationalismus kurieren. Gerade weil wir die Bedeutung objektiver Strukturen erkennen, müssen wir unsere Anstrengungen um internationalistische Politik der Arbeiterbewegung auf allen Ebenen fortsetzen.

Unsere Aufgabe ist eine dreifache.

Erstens: Die Theorie muß erweitert werden. Die klassischen marxistischen Analysen, Lenins Imperialismus-Theorie und Trotzkis „Permanente Revolution", so brillant sie auch sein mögen, sind nicht länger der gesellschaftlichen Situation angemessen. Wenn wir sie dogmatisch anwenden, kann uns das lediglich den Blick trüben und uns daran hindern, sie weiterzuentwickeln.

Zweitens: Wir müssen an allen Kampagnen, die internationalistische Momente beinhalten, teilnehmen und mithelfen, sie zu koordinieren. Der Kampf für Sozialismus und Freiheit in Spanien und Südafrika muß zum zentralen Interesse der Arbeiterbewegung werden. Die Ostermarsch-Bewegung hat eine große Rolle bei der Entwicklung internationalistischer Ideen gespielt; wir müssen versuchen, die ständig bedrohte Existenz dieser Aktion durch Einbeziehung in die Arbeiterbewegung zu sichern.

Drittens: Die Kampagne für Internationalismus muß in den Gewerkschaften entfacht werden. Dem internationalen Kapital muß mit internationalen gewerkschaftlichen Aktionen begegnet werden, offiziell und inoffiziell. Ein Hafenarbeiterboykott gegen südafrikanische Waren, gar eine finanzielle Unterstützung für die Streikkasse einer ausländischen Gewerkschaft, wären ein Schritt vorwärts. Das ist nicht leicht, aber es muß geschafft werden, denn der Internationalismus ist der Nerv all dessen, was wirklicher Sozialismus in den letzten hundert Jahren beabsichtigt hat.

Aus: International Socialism 18.

Zur politischen Konzeption des SDS in einigen Fragen

Manfred Liebel

Auszüge aus dem programmatischen Rechenschaftsbericht des vorigen Bundesvorsitzenden auf der 19. Delegiertenkonferenz.

1. Die Ostpolitik des SDS

Genossinnen und Genossen, eine Frage hat im vergangenen Jahr die Diskussion im SDS belebt:
Die politische Einschätzung der Entwicklung in der DDR und in diesem Zusammenhang die Einschätzung des Stellenwerts und der Aufgaben von Kontakten zur DDR.
Es ist sicher nicht purer Zufall, daß die DDR und die DDR-Kontakte in diesem Jahr größte Bedeutung gewannen. Daß Diskussionen über Ostkontakte heftig geführt werden und zu politischen Differenzen führen, ist nicht neu. Sie spielten in den Jahren 1954—1958 im Verband schon einmal eine Rolle. Die Frage der DDR-Kontakte ist meines Erachtens aus folgenden Gründen für uns erneut aktuell geworden:
Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR sehen diejenigen Kräfte, die die sowjetisch-amerikanische Entspannungspolitik unterstützen, in den sogenannten Begegnungen zwischen Ost und West eine Explikation dieser Politik. Ostkontakte sind damit zumindest vorübergehend der Tabuierung in gewisser Weise enthoben. Die Konsolidierung unseres Verbandes nach den Auseinandersetzungen mit der SPD hatte auch bei uns die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß derartige Kontakte wieder einen Sinn gewinnen konnten.
DDR-Beziehungen des SDS setzen einerseits dessen Fähigkeit voraus, Struktur und Entwicklung der DDR selbst sowie ihre Auswirkungen auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik einschätzen zu können. Andererseits dienen sie dazu, diese Einschätzung überhaupt erst zu ermöglichen. Dieses Dilemma läßt sich nur in dem Maße überwinden, in dem es dem SDS gelingt, selber einen konzeptionellen Gesamtrahmen zu entwickeln, der letztlich kritische sozialistische Theorie nicht nur der kapitalistischen Gesellschaft zu sein hätte.
Soweit die Diskussionen über diese Fragen zu einer Politisierung des Verbandes und damit notwendigerweise zu einer erneuten politischen Differenzierung beigetragen haben, sind sie zu begrüßen. Seit der letzten DK besteht in unserem Verbande weitgehend Einigkeit darüber, daß DDR-Kontakte politisch sinnvoll sind. Diesen Sinn freilich gewinnen sie erst im Hinblick auf die konkreten politischen Aufgaben, die wir ihnen zumessen.
Das Ergebnis der Entwicklung in der DDR und in der Bundesrepublik seit Mitte der fünfziger Jahre zwingt zu der Erkenntnis, daß die Wiederherstellung der politischen Einheit Deutschlands unter kapitalistischen Bedingungen mit einer friedlichen Politik weder zu erreichen ist noch von uns gewünscht wird. Die Politik jeder der beiden deutschen Staaten ist wesentlich den Bedürfnissen dieses Staates unterworfen. Die Interessen, die die politische Opposition in der Bundesrepublik hat, sind deswegen mit den Interessen der Regierung irgendeines anderen Staates nicht identisch, sie gehorchen wesentlich den Bedingungen der hiesigen politischen Situation. Kontakte zu Behörden und Organisationen der DDR, die einem Gefühl der Sympathie gegenüber der DDR entspringen, haben deshalb für den SDS keinen politischen Sinn. Sie sind unpolitisch, wo sie zu einem Mittel der Freundschaftsbeteuerungen und der „guten Beziehungen" werden. Sie befördern weder eine weitere Demokratisierung in der DDR, noch verbessern sie unsere Ausgangssituation in der Bundesrepublik.

Die These von der „friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme" bildet keine ausreichende Grundlage für eine sozialistische Politik in Gesamtdeutschland. Die von den Bedingungen der DDR her notwendige Politik, die sich etwa im „Nationalen Dokument" und in der Forderung nach Verstärkung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten ausdrückt, bedeutete eine Zusammenarbeit der DDR mit denjenigen gesellschaftlichen Kräften, die für die in der Bundesrepublik politische Gegner sind. Bei Kontakten zur FDJ ist zu beachten, daß es sich bei der FDJ in erster Linie um eine Organisation handelt, die die Interessen der DDR vertritt, die, wie ausgeführt, mit denen eines westdeutschen sozialistischen Studentenverbandes keineswegs identisch sind. Das wird sich zeigen, wenn sich in der Bundesrepublik „staatstragende" Organisationen zunehmend zu Kontakten bereit finden und die FDJ daraufhin ihr augenblickliches Interesse am SDS aufgibt.

Die grundsätzliche Anerkennung bestimmter in der DDR eingetretener gesellschaftlicher Veränderungen bedeutet keine Zustimmung zu dem jeweiligen Herrschaftsapparat des Staates. Mögen im SDS die einen die in der DDR vorgenommenen Veränderungen für sozialistischer halten als die anderen; daran, daß die Entwicklung, wie sie durch die Beschlüsse des 20. und 22. Parteitages der KPdSU aufgezeigt wurde und sich in den osteuropäischen Ländern abzeichnet, auch in der DDR Fortschritte macht, dürften wir alle interessiert sein.

An diese Entwicklung wird häufig die Hoffnung geknüpft, daß dadurch auch eine sozialistische Opposition in der Bundesrepublik aus dem negativ wirkenden Schatten der DDR herauskommen könnte, der diese seit der Fixierung der Teilung Deutschlands so gehemmt hat. Doch scheint es mir verfehlt, wenn man sich bereits von einer Auflockerung in Osteuropa und einer weiteren Entspannung der Verhältnisse zwischen Ost und West eine unmittelbare Verbesserung der

Chancen der sozialistischen Bewegung verspricht. Im Gegenteil, mit den Notstandsgesetzen sollen diese Chancen auf lange Sicht zunichte gemacht werden. Wir müssen damit rechnen, daß es den herrschenden Gruppen auch dann noch gelingen kann, entweder den Antikommunismus — vielleicht in modifizierter Form — zur Diskriminierung jeder sozialistischen Position zu verwenden, oder aber andere Mittel findet, seien es nationalistische Gefühle im gaullistischen Gewande oder offene Gewalt.

Es ist bekannt, daß es bis heute noch nicht gelungen ist, den Abbau der Spannungen zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten auf das Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR zu übertragen. Das liegt einerseits daran, daß in der Bundesrepublik eine derartige Politik den heftigen Widerstand nicht nur der deutschen „Gaullisten" findet, andererseits daran, daß in der DDR der Prozeß der Entstalinisierung bisher noch nicht solche Fortschritte gemacht hat wie in anderen osteuropäischen Ländern.

Eine Analyse der DDR, die sich auf die von uns durchgeführten Arbeitskreise, Seminare und Begegnungen stützt, zeigt, daß dort zwar ein antikapitalistisches System geschaffen worden ist, daß dieses jedoch — zumindest bisher — in seiner Gesamtheit noch nicht als sozialistisch bezeichnet werden kann. Eine genaue Analyse zeigt allerdings auch, daß Möglichkeiten in dieser Richtung angelegt sind. Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, das polytechnische Bildungswesen, die bisherigen Diskussionen über den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches sind interessante Schritte, die unsere Beachtung finden müssen. Schon diese von mir kurz charakterisierte Struktur der DDR bedingt es, daß der SDS weder hier noch in der DDR kritische Gedanken über Politik und Entwicklung der DDR zurückhalten kann, wenn er nicht seinen Anspruch aufgeben will, als sozialistischer Studentenverband zu wirken. Eine grundsätzlich andere Frage ist es, in welcher Weise sich sozialistische Kritik an der DDR dagegen zu immunisieren vermag, von der Strategie des Kalten Krieges vereinnahmt zu werden.

Genossinnen und Genossen, nachdem in unserem Verband die Frage der Aufnahme von Ostkontakten kaum noch bestritten wird, scheint es mir sinnvoll, daß wir uns über das „Wie" solcher Beziehungen Gedanken machen. Für uns als sozialistischer Studentenverband sind dabei nach meiner Auffassung vier Gesichtspunkte von Bedeutung. DDR-Kontakte ermöglichen

1. das unmittelbare Sammeln von Erfahrungen;
2. eine wissenschaftliche Information und Diskussion;
3. eine realistische Einschätzung der DDR in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik und
4. ein Auf-die-Probe-Stellen unserer eigenen sozialistischen Vorstellungen und damit unter Umständen zugleich ein Stück sozialistischer Kritik in der DDR.

Ich will versuchen, das im einzelnen auszuführen. Ein Sammeln von Erfahrungen in diesem antikapitalistischen System scheint mir deshalb besonders wichtig, weil uns der Zugang zu diesem Teil der Welt bisher weitgehend verschlossen blieb, und weil es zu den Aufgaben eines sozialistischen Studentenverbandes gehört, Experimente mit kritischem Blick zu prüfen, die mit dem Anspruch durchgeführt werden, den Sozialismus zu verwirklichen. Informationsreisen von Studiengruppen sind sinnvoll. Sie sollten sich jedoch nicht in bloßen Besichtigungen erschöpfen. Auch ist eine umfassende Vorbereitung und möglichst genaue Festlegung der Schwerpunkte einer solchen Reise Voraussetzung für das Gelingen. Der Bundesvorstand hat zu derartigen Studienreisen beschlossen, daß sie der Gegenseitigkeit bedürfen, denn der SDS will nicht zu einem Touristenunternehmen für DDR-Besucher werden.

Die wissenschaftliche Information und Diskussion verdient unser Augenmerk besonders deshalb, weil andere wissenschaftliche Kontakte zur DDR in den vergangenen Jahren fast vollständig abgerissen sind und der SDS zu den wenigen Organisationen in der Bundesrepublik gehört, die hier eine Vermittlerrolle ausüben wollen und können. Darüber hinaus können wir, glaube ich, ohne Selbstüberheblichkeit feststellen, daß auf einigen Gebieten SDS-Mitglieder und aus dem SDS hervorgegangene junge Wissenschaftler zu den wenigen gehören, die ohne von Berufs wegen zur Sammlung von sogenannten SBZ-Materialien angestellt zu sein, die wissenschaftlichen Fragestellungen in der DDR verstehen, aber auch immanent kritisieren können.

Wir haben uns bemüht, nicht nur bei der Sammlung wissenschaftlicher Informationen und bei der Darlegung verschiedener Positionen stehen zu bleiben, sondern zu einer Diskussion zu kommen. Solche Versuche wurden beispielsweise auf dem mit dem Landesverband Berlin veranstalteten Bundesseminar und auf dem Deutschlandtreffen unternommen. Den Versuch zu einer ernsthaften wissenschaftlichen Diskussion hat der Bundesvorstand Anfang Juni unternommen. Wir haben uns an die FDJ gewandt und um die Entsendung von vier bis sechs jungen Wissenschaftlern zu einem zusammen mit der Frankfurter Gruppe geplanten Bundesseminar gebeten. Die vorgeschlagenen Themen sollten dabei von beiden Seiten in Referaten dargelegt und anschließend in größerem Rahmen diskutiert werden. Das Seminar kam leider nicht zustande, da die FDJ bisher an dieser Form eines wissenschaftlichen Gesprächs wenig Interesse zeigte und mehr Wert legte auf die „gemeinsamen Überlegungen" zur Sicherung des Weltfriedens.

Die realistische Einschätzung der DDR stößt in der Bundesrepublik auf Grund des bürgerlichen Antikommunismus auf besondere Schwierigkeiten. Wir haben die Funktion dieses Antikommunismus immer wieder dargelegt und gezeigt, daß dieser im Seelenhaushalt vieler Deutscher an die Stelle des Antisemitismus getreten ist. Wir wissen auch, daß man diese antikommunistischen Vorurteile nicht dadurch beseitigt, daß man sie Vorurteile nennt, sondern, wie unser Freund Gerd Hirschauer in dem Band „Alternative"

sagte, „indem man ihre materiellen Bedingungen abschafft". Die Schwierigkeiten werden für den SDS dadurch verstärkt, daß der SDS bei vielen Studenten als „linksextremistisch" abgestempelt ist. So wird manchmal eine Information erst dann anerkannt, wenn sie im „Spiegel" oder in der „Zeit" steht. Dennoch sollten wir in dem uns möglichen Rahmen versuchen, das über die DDR zu sagen, was man in der Bundesrepublik über diesen Staat wissen muß. Auch hier sind für uns als Hochschulverband wissenschaftliche und kulturelle Veranstaltungen von besonderer Bedeutung.

Es ist für uns selbstverständlich, daß diese Veranstaltungen kein Selbstzweck sind. Die Veranstaltungen sollten deshalb in Zusammenhang stehen mit der Darlegung unserer sozialistischen Perspektive. Erst im Rahmen unserer Konzeption erhalten sie einen Stellenwert, der sie aus dem Rahmen einer Propaganda für die DDR heraushebt. Solche Propagandaveranstaltungen und SDS-Bekenntnisse zu Errungenschaften der DDR haben weder einen aufklärenden Effekt noch entsprechen sie der politischen Gesamtkonzeption des Verbandes.

Wie in jeder Diskussion, so stellen wir unsere sozialistischen Vorstellungen bei allen DDR-Kontakten — sei's in der Bundesrepublik, sei's in der DDR — auf die Probe. Das trägt häufig dazu bei, daß wir lernen, stärker zu differenzieren, und in kritischen Stellungnahmen konkreter zu werden. Die Erfahrung mit Ostkontakten hat zugleich gezeigt, daß auch unsere Gesprächspartner zuweilen lernten, ihre Vereinfachungen aufzugeben und ihre zum Teil personalisierenden Vorstellungen über Bonner Ultras und Revanchisten durch eine soziologische Analyse zu ersetzen begannen.

Mir scheint es eine unzumutbare Forderung, wenn man von uns erwartet, wir sollten unsere politischen Vorstellungen bei DDR-Besuchen zu Hause lassen, wenn sie uns zur Kritik zwingen. Wir werden bei DDR-Besuchen zunächst einmal unsere Beobachtungen mit dem vergleichen, was man von offizieller Seite in der Bundesrepublik über die DDR zu hören bekommt. Wir werden zweitens die propagierten Ziele und Ansprüche der SED-Instanzen an der Realität der DDR messen. Wir werden schließlich drittens zu fragen haben, ob und in welcher Weise die angetroffenen Verhältnisse den Ansatz zu einer humanen, zu einer sozialistischen Gesellschaft, wie wir sie uns vorstellen, in sich enthalten. Die sozialistische Theorie ist der einzige Weg, auch Fehlschläge und falsche Ansätze in ihren Gründen zu erkennen und zu erklären. Auf diese Theorie in der Betrachtung der DDR zu verzichten und die aus ihr folgende Kritik zu unterdrücken, würde bedeuten, daß wir das aufgeben, was Voraussetzung ist für unsere Analyse und unseren politischen Kampf in der Bundesrepublik.

2. Wissenschaft und sozialistische Theorie

Als eine Gruppierung von immerhin tausend Studenten aller Fachrichtungen, die zudem mit erheblicher Unterstützung aus dem Bereich der wissenschaftlichen Intelligenz rechnen kann, ist der SDS ein Verband, der die Möglichkeit in sich birgt, zu einem theoretischen Kristallisationskern der westdeutschen Linken zu werten. Hierzu bedarf es freilich des Ausbaus und der Weiterentwicklung bisher geschaffener Ansätze.

Seit Jürgen Seifert auf der 14. Delegiertenkonferenz 1959 in Göttingen im ganzen Verband die Einrichtung von Arbeitskreisen forderte, sind diese Arbeitskreise heute zur selbstverständlichen Form der Gruppenarbeit geworden. Heute, zu einem Zeitpunkt, an dem unser Verband sich wieder einen anerkannten Platz erkämpft hat, sind die Voraussetzungen gereift, die wissenschaftliche Arbeit im SDS in kontinuierlichen und dynamischen Formen zu realisieren.

Neben den Diskussionskreisen zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Fragen und den Arbeitskreisen, die die Genossen in die sozialistische Analyse einführen, kann nun versucht werden, mehr noch als bisher an einzelnen Hochschulen fachlich orientierte wissenschaftliche Studiengruppen anzuregen und zu konstituieren. In Frankfurt z. B. wurde, angeregt von dem Bundesseminar zu Gewerkschaftsfragen, ein Modell für eine solche Studiengruppe zur Gewerkschaftspolitik jetzt ausgearbeitet. Die Studiengruppen hätten unter anderem zur Aufgabe, die Schranken, die der offizielle Wissenschaftsbetrieb setzt, zu überwinden und die Lücken, die er offenläßt, aufzufüllen. Durch Kooperation wäre da anzusetzen, wo die Entwicklung von Studienstrategien nicht genügt, um das Fachstudium selbst politisch relevant werden zu lassen. Juristen im SDS sind vor einiger Zeit übereingekommen, mit der fachbezogenen Kooperation zu beginnen.

Sicher wäre es unökonomisch, etwa die Erarbeitung von Studienstrategien und die Planung von Studiengruppen der unkoordinierten Eigeninitiative einzelner SDS-Gruppen und -Genossen völlig zu überlassen. Es wird, zumal die meisten Gruppen zur Entfaltung solcher Initiativen von sich aus gar nicht in der Lage wären, notwendig sein, eine Stelle zu schaffen, von der die Aufgaben der Informationssammlung, Koordinierung, Anregungen, Einrichtung neuer, jeweils angemessener Kooperationsformen übernommen würden. Hierdurch sollen dezentrale Initiativen nicht verhindert, sondern vielmehr angeregt und dem gesamten Verband besser nutzbar gemacht werden.

Genossinnen und Genossen, eine der dringlichsten Aufgaben eines Wissenschaftsreferates, das hierzu erneut eingerichtet werden sollte bestünde darin, die — ausgehend von den Vorschlägen Elisabeth Lenks und Dieter Raves — von uns begonnene Arbeit durch die Auswertung der ersten und weiterer Umfragen weiterzuführen, um festzustellen, über welche Arbeitskapazität der SDS als politischer Verband mit intellektuellen Mitgliedern verfügt.

Die Sammlung und Auswertung dieser Informationen könnte es dem Wissenschaftsrat erlauben, folgende Funktionen zu erfüllen:

Es wäre
eine Sammlungs- und Koordinierungsstelle für theoretisch-wissenschaftliche Arbeit von Genossen und befreundeten Wissenschaftlern. Dies wäre von Bedeutung nicht nur für die Verbesserung der studiennahen politisierenden Kommunikation im Verband, sondern auch für die Dynamisierung bisher mitunter administrativ wirkender BV-Referate, z. B. für

---

Entschließung der 19. o. DK

Zur Organisation der wissenschaftlichen Arbeit

In Hinblick auf die weitere Entwicklung einer den heutigen Verhältnissen entsprechenden sozialistischen Konzeption fallen dem SDS Aufgaben zu, die heute in der Bundesrepublik keine andere sozialistische Gruppierung leisten kann. Damit er zu einem Kristallisationskern der westdeutschen Linken in ihrer theoretischen Arbeit wird, bedarf es der Schaffung kontinuierlicher und dynamischer Kooperationsformen. Hierzu soll ein Wissenschaftsreferat mit folgenden Funktionen eingerichtet werden:

1. Als Kommunikationszentrum und Archiv sammelt es Informationen über den offiziellen Wissenschaftsbetrieb und die wissenschaftliche Kapazität des Verbandes und wertet sie aus.
2. Es entwickelt „Studienstrategien", die es den SDS-Mitgliedern erleichtert, ihr Fachstudium kritisch zu reflektieren und seine gesellschaftspolitische Relevanz zu begreifen.
3. Es unterbreitet Vorschläge und unterstützt die Einrichtung regionaler Studiengruppen und konstituiert
4. überregionale Studienkommissionen, die von gesellschaftspolitischen Fragestellungen aus wissenschaftliche Konzeptionen politischer Praxis erarbeiten.
5. Es unterstützt und unternimmt selbst die Vorbereitung von Seminaren und Arbeitskonferenzen.
6. Es ermöglicht die Zusammenarbeit mit wissenschaftlich tätigen ehemaligen SDS-Mitgliedern und befreundeten Wissenschaftlern.
7. Es macht die Studienergebnisse in geeigneten Formen (Arbeitsblätter, neue kritik, Publikationsreihe des Verlages neue kritik, Denkschriften) dem Verband und gezielt einer weiteren Öffentlichkeit bekannt.

Fragen der Abrüstung, Nazi-Justiz, Auslandsarbeit, Hochschulpolitik. Das Wissenschaftsreferat könnte weiterhin eine stärkere Bindung und Orientierung von wissenschaftlich tätigen ehemaligen SDS-Mitgliedern und nahestehenden Assistenten und Dozenten an die Arbeit des Verbandes ermöglichen. Die Gewinnung weiterer Professoren und Dozenten für die Kooperation würde erleichtert.

Genossinnen und Genossen, erst die Intensivierung der innerverbandlichen Kommunikation und der konkret-inhaltlichen Kontakte zu Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Seminaren und Instituten erlauben eine langfristige Planung und Koordinierung politisch-relevanter wissenschaftlicher Arbeit einzelner Genossen und des gesamten Verbandes. Sie allein setzen das Wissenschaftsreferat instand, die angedeuteten Vorschläge und Kooperationsformen zu entwickeln und im Verband durchzusetzen. Wenn ich heute ausführlich auf sie eingehe, bleibt mir bewußt, daß diese Vorschläge nicht von einem wissenschaftlichen Institut, sondern von einem Studentenverband realisiert werden sollen, daß wir also nicht vor einem vermeintlich perfektionistisch konzipierten Modell resignieren zu brauchen, wenn wir zunächst nur zu weiteren Ansätzen kommen.

Es ist jetzt drei Jahre her, seitdem als außergewöhnliche wissenschaftliche Arbeitsleistung die Hochschuldenkschrift fertiggestellt wurde. In ihr sind nicht nur im Hinblick auf Strukturreformen der Hochschule und der Änderung der Stellung der Studenten Vorschläge entwickelt, sondern in ihr ist auch der Rahmen umrissen für eine mögliche wissenschaftliche Arbeit mit politischer Intention. Das exemplarische Studium, das in der Denkschrift ausführlich beschrieben wird, bietet einen Ansatz für die Entwicklung von Studienstrategien in den wichtigsten Fächern und Fachkombinationen. Adäquate Studienstrategien, die in Form von Merkblättern konzipiert werden sollten, könnten es uns erleichtern, unser Fachstudium stärker auf die kritische Reflektion und den Einsatz unserer wissenschaftlichen Kenntnisse für die Theorie und Praxis sozialistischer Politik einzustellen, insbesondere bei der Auswahl der speziellen Studienthemen, bei der Vorbereitung von Diplom- und Doktorarbeiten, bei der Entscheidung über Fächerkombinationen, Studienort, Auslandsstudium, Praktika, Studienabschluß etc. Sie wären nach Möglichkeit von Fachkonferenzen von Zeit zu Zeit zu ergänzen, mit der Aufgabe, es noch nicht wissenschaftlich tätigen Genossen zu erleichtern, am Beispiel interdisziplinär zu behandelnder Themenkomplexe die politische Relevanz und die Beschränkung ihres Studiums zu begreifen und ihre Wissenschaft immanent kritisieren zu lernen. Beides führte zu einer stärkeren Akzentuierung studiennaher Verbandsaktivität und verhinderte gleichzeitig durch eine theoretisch-politisch reflektierte Studienplanung der Genossen deren Entpolitisierung durch die institutionalisierte bürgerliche Wissenschaftspraxis.

Je nach den lokalen Gegebenheiten und der Verteilung der wissenschaftlichen Kapazität in unserem Verband könnte das Wissenschaftsreferat durch thematische Anregungen (Modelle) und personelle Vorschläge sich um die Einrichtung von regionalen Studiengruppen oder überregionalen Studienkommissionen bzw. die Durchführung von Arbeitskonferenzen bemühen. Auch bei diesen Formen der Kooperation sollte nach dem Modell des „studium

exemplare“ eine Konzentration auf die fachwissenschaftliche Arbeit an begrenzten, gesellschaftlich relevanten Problemen versucht werden, deren wissenschaftliche Bearbeitung eine Voraussetzung für die Lösung vordringlicher gesellschaftlicher Aufgaben ist.

Das Wissenschaftsreferat soll uns ermöglichen, erarbeitete Konzeptionen für politische Praxis gesellschaftlichen Interessengruppen und Einzelpersonen, wie z. B. bewußteren Teilen der Studentenverbände, der Arbeitnehmerorganisationen, der Kampagne für Abrüstung, politischen Organisationen, Intellektuellen in Massenmedien und befreundeten Wissenschaftlern bekanntzumachen und die Ergebnisse der Studienarbeiten in den neu herausgegebenen „Arbeitsblättern“, der nk oder eventuell später in der Publikationsreihe des Verlages „neue kritik“ zu veröffentlichen. Unsere wissenschaftstheoretische Arbeit gewinnt erst in dem Maße genügend politische Bedeutung, in dem es gelingt, nicht nur in gleichem Maße unser eigenes Bewußtsein zu schärfen, sondern über den Verband hinauszuwirken.

3. Verhältnis zu anderen Studentenverbänden

Die Zusammenarbeit mit politischen Studentenverbänden, die in der Vergangenheit an vielen Orten ausgedehnt werden konnte, hat ihren Sinn darin, alle Tendenzen zu unterstützen, die zu einer Demokratisierung der Gesellschaft führen. Daraus folgt die Abgrenzung gegen alle jene Gruppierungen, die einer solchen Demokratisierung entgegenarbeiten. Der SDS hat es nicht nötig, mit diesen Verbänden Kontakt zu suchen, allein in der Absicht, durch diese teilweise angesehenen Organisationen Anerkennung zu finden.

Zu den Beziehungen zu anderen Studentenverbänden gehört auch, daß sie dazu führen, die verschiedenen Positionen zu klären. So begrüßten wir es, als der Sozialdemokratische Hochschulbund auf seiner letzten Delegiertenversammlung das Verhältnis zum SDS als eine „natürliche politische Gegnerschaft“ charakterisierte, die in einer sachlichen Diskussion ausgetragen werden sollte. Diese sachlichere Auseinandersetzung ist möglich geworden, seit der SHB und der SDS erkannt haben, daß im Bereich der Hochschulöffentlichkeit für beide Verbände Raum ist. Die Tatsache, daß der SHB heute beginnt, aus der Politik der Gemeinsamkeit mit dem RCDS auszuscheren, kann für die demokratische Struktur der deutschen Hochschulen von erheblicher Bedeutung sein. Dennoch wissen wir im SDS auf Grund langjähriger Erfahrungen das demokratische und rechtsstaatlich-soziale Denken, dem wir im Liberalen Studentenbund immer wieder begegnet sind, als einen heute vielleicht noch wichtigeren Teil der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zu schätzen. Es ist zu hoffen, daß Herbert Wehner lernen wird, daß er den Freien Demokraten ebensowenig den Garaus machen kann, wie es ihm gelang, den SDS auf die Knie zu zwingen.

4. SDS und SPD

Genossinnen und Genossen, wir haben den Eindruck, daß einige SDS-Feinde in der Sozialdemokratischen Partei über die sich verbessernden Beziehungen zwischen dem SHB und dem SDS besorgt sind. Sie scheinen zu fürchten, daß die Diskussion über den SDS in den Reihen der SPD, wie man sie vor einiger Zeit in den Leserbriefspalten des „Vorwärts“ und auch unter sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten führte, aufs neue aufleben. Die Ende Juni im SPD-Pressedienst unverhüllt erhobene Forderung nach Maßnahmen gegenüber dem SDS, „die über die bisher ausgesprochene Distanzierung erheblich hinausgehen“ müßten, sind nichts anderes als ein Versuch, dieser Diskussion zu begegnen. Der SDS hat diese Diffamierungsversuche wenig zu fürchten, weil es uns im Laufe der Jahre gelungen ist, die kritische Öffentlichkeit zu überzeugen, daß der SDS allen Versuchen gegenüber, ihn zu vereinnahmen, seine Unabhängigkeit bewahrt hat.
Diese Unabhängigkeit, die wir in einem zuweilen auch schmerzhaften Prozeß errungen haben, wollen wir heute keinem, ich wiederhole: keinem gegenüber preisgeben. Sie ist für uns allerdings auch kein Hindernis für eine Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Organisationen, solange diese wirklich als demokratische Organisationen agieren. Eine Fusion des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes mit dem Sozialdemokratischen Hochschulbund, von der ältere Genossen in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zuweilen träumen, steht nicht zur Diskussion. Sie würde weder uns noch dem SHB nützen. Es scheint uns illusionär, von der heutigen SPD eine sozialistische Politik zu erwarten. Nicht ausgeschlossen ist es jedoch, daß immer mehr Sozialdemokraten erkennen werden, daß sich die Preisgabe ihrer Ideale in dem großen — aber dennoch vergeblichen — Kampf, die Macht zu erringen, nicht ausgezahlt hat. Vielleicht lernen sie wieder, daß die Interessen der Arbeitnehmer auch für Wahlen wichtiger sind als das Gerede von Ordnungsfaktoren und daß — wenn man die Macht schon nicht erringen kann — die Struktur einer Gesellschaft auch dadurch bestimmt werden kann, in welcher Weise eine Opposition den Kampf gegen jede Verletzung demokratischer Prinzipien führt. Gerade weil sich — beispielsweise in der Telefonaffäre — gezeigt hat, daß kritische Kräfte in den Massenmedien, aber auch in den Gewerkschaften, fast schon erkämpfte Positionen aufgeben, wenn sie nicht die Unterstützung durch die SPD finden, verdient diese Partei unsere Aufmerksamkeit. Überall dort, wo sie für die Demokratie kämpft, verdient sie unser Unterstützung.

5. SDS und Gewerkschaftsbewegung

Genossinnen und Genossen, im Kampf für die Demokratie spielen auch die Gewerkschaften seit Jahren in den Überlegungen unseres Verbandes eine entscheidende Rolle. Nicht

allein deshalb, weil die Gewerkschaften — wenn offene Gewalt angewendet wird — unter Umständen die letzte reale Kraft zur Verteidigung der Demokratie sein können, sondern auch weil die Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer weniger verleugnen können als eine Partei, die im Volk der Kommunalbeamten verankert ist, und weil sie noch heute Ansätze für bewußte politische Aktionen und für eine langfristige politische Schulung der Arbeiter bieten.

Genossinnen und Genossen, die Gewerkschaften können eine Gegenmacht in dieser Gesellschaft sein und vielleicht die entscheidende Gegenmacht, die gegen eine Beseitigung der Demokratie ihr machtvolles Veto einlegen kann. Für die augenblickliche Situation in der Bundesrepublik ist es von großer Bedeutung, daß führende Gewerkschafter am Ende der Weimarer Republik erlebt haben, wie durch einen Notstandsartikel die Demokratie zunächst durch ein autoritäres System und dann durch den faschistischen Führerstaat ersetzt wurde. Diese Gewerkschafter wissen, daß die sozialen Gegenspieler der Arbeitnehmer nur dann hoffen können, ihre Macht dauernd zu bewahren, wenn sie die Gesellschaft im Zustand eines permanenten Notstandes erhalten können, der auf Grund ihres Einflusses jederzeit nach ihren Bedürfnissen aktualisiert werden kann und die im Grundgesetz garantierten Mitwirkungsrechte der breiten Massen außer Kraft zu setzen vermag. Der Druck der Gewerkschaften ist in der Frage der Notstandsgesetzgebung vielleicht das einzige Mittel, die Sozialdemokratische Partei vor der Anpassung an die Interessen der herrschenden Klasse zu bewahren; nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg haben einige Sozialdemokraten besorgt vermerkt, daß in den industriellen Städten, die bisher als sichere Bastion der SPD galten, ein leichter, aber dennoch spürbarer Rückgang der Wahlbeteiligung der SPD-Wähler zu verzeichnen ist. Die Sozialdemokratische Partei kann sich einen Konflikt mit den Gewerkschaften, zumindest vor den Wahlen, nicht leisten. Das gibt der Stimme der Gewerkschaften in den kommenden Monaten, in denen darüber entschieden wird, ob in dieser Legislaturperiode noch ein verfassungsänderndes Notstandsgesetz und ein Zivildienstgesetz verabschiedet werden wird, ein besonderes Gewicht. Es ist zu hoffen, daß die führenden Gewerkschafter diese für sie günstige Position erkennen und ausnutzen. Wenn dies nicht geschieht, ist zu befürchten, daß die SPD den Entwürfen der Bundesregierung zwar mit Einschränkungen zustimmt, aber doch ohne die Sicherung der Grundrechte, die nicht nur die Gewerkschaftsbewegung für ihre Existenz braucht, sondern die Demokratie, wie sie vor 15 Jahren im Grundgesetz niedergelegt worden ist.

Der neue Bundesvorstand und alle Gruppen werden in den kommenden Monaten, in denen voraussichtlich zumindest ein Teil dieser Geestze verabschiedet werden wird, zu prüfen haben, in welcher Weise der SDS gegen dieses Vorhaben Stellung nehmen kann. Auch dann, wenn die Annahme von zusätzlichen Notstandsbefugnissen kaum noch zu vermeiden ist, dürfen wir alle in unserer Kritik nicht nachlassen. Der Kampf um die zukünftige Struktur Deutschlands wird auch in der Auseinandersetzung um jede einzelne Bestimmung der vorgesehenen Notstandsgesetze geführt. Die Kenntnis dieser Bestimmungen ist eine unerläßliche Voraussetzung dafür, dem Versuch der Parteien entgegenzutreten, diese entscheidende Veränderung der demokratischen Struktur unserer Verfassung zu verschleiern. Nur dann können wir den Gewerkschaften zeigen, daß ihr Kampf für die Sicherung ihrer Rechte nicht nur bloße Verteidigung ist, sondern in einer Zeit, in der der demokratische Rechtsstaat von starken gesellschaftlichen Interessenten immer mehr in Frage gestellt wird, ein offensiver Akt.

Entschließung der 19. o. DK

Zur Studien- und Hochschulreform

I.

Der SDS sieht in den Versuchen, durch restriktive Maßnahmen (numerus clausus; Zwangsexmatrikulation, Herausprüfen) und durch überstürzte partielle Förderungs- und Reformmaßnahmen (Erweiterung des „Mittelbaus" reiner Unterrichtskräfte) der „Überfüllung" der Hochschule Herr zu werden, die gefährliche Tendenz, mit ungeeigneten Mitteln an Symptomen zu kurieren, um die dringend notwendigen Strukturveränderungen der ganzen Hochschulverfassung erneut zu umgehen.

Ohne demokratische Strukturreformen, ohne den Abbau von Privilegien und autoritären Abhängigkeiten werden die ad hoc-Maßnahmen zur Steuerung der Überfüllung notwendig durch eine Senkung des wissenschaftlichen Bildungsniveaus erkauft.

Das kommt besonders in der Schaffung eines breiten „Mittelbaus" für reine Ausbildungsaufgaben (Studienräte im Hochschuldienst, Akademische Räte) zum Ausdruck, wodurch zugleich die hierarchische Abstufung des Lehrkörpers abgesichert wird. Diese reinen Unterrichtskräfte wären zur Verfolgung privater Forschungsinteressen ebenso wenig in der Lage wie die Lehrer an den Gymnasien. Deren wissenschaftliche Rückständigkeit wird damit in die Universität hineingetragen. Die große Mehrheit der Studenten kommt mit den wissenschaftlichen Dozenten nur noch seltener in Kontakt. Überwiegend wird ihnen verfestigter Wissensstoff geboten und nicht Einübung von wissenschaftlichen Methoden. Die Überlastung der Prüfungen mit abfragbarem Wissensstoff wird damit noch begünstigt.

Ebenso bedenklich sind die Bestrebungen, auf dem Gesetzes- und Verordnungswege oder durch Zwangsexmatrikulationen die Studiendauer zu senken, bevor überhaupt durch entsprechende Förderungs- und Reformmaßnahmen die Möglichkeit geschaffen wird, ein sinnvolles Studium in der vorgesehenen Zeit durchzuführen. (Vgl. Antrag der SPD und FDP in Niedersachsen, Vorschläge des hessischen Kultusministers Schütte und des CDU-MdB

Dichgans, Empfehlungen der 51. WRK, Zwangsexmatrikulationen an der FU-Berlin.) Damit wird von der eigenen Verantwortung abgelenkt und der beunruhigten Öffentlichkeit eine „billige" Lösung vorgetäuscht. Den akademischen Behörden und Kultusministerien, die jahrzehntelang eine vorausschauende Planung und Reform des Hochschulwesens und der Studienorganisation versäumt haben, muß das Recht abgesprochen werden, darüber zu urteilen, ob die Studenten „sachwidrig" lange studieren bzw. wie lange sie studieren dürfen. Da die Hochschulbehörden nicht in der Lage sind, sorgfältig und unparteiisch zu prüfen, ob die betreffenden Studenten mit oder ohne und mit wessen Verschulden lange studieren, stellen derartige schematische Zwangsmaßnahmen eine Verletzung des Gleichheitssatzes des Grundgesetzes dar.

II.

Als vordringliche Strukturveränderungen, die geeignet wären, schon in absehbarer Zeit einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise an den Hochschulen zu eröffnen, betrachtet der SDS:

1. eine erhebliche Vermehrung der wissenschaftlichen Assistenten- und Tutorenstellen, aber verbunden mit
2. Verbesserung der Laufbahnchancen der Assistenten und Tutoren durch die Einplanung zahlreicher Parallelprofessuren, Beseitigung der unangemessenen Status-Vorrechte der Ordinarien gegenüber den ao. Professoren und Wissenschaftlichen Räten;
3. Verbesserungen im Status und in den Arbeitsverhältnissen der Assistenten:
   — jeder Assistent sollte nur für eine begrenzte Zeit von 1 bis 2 Jahren einem Professor unterstehen, in der übrigen Assistentenzeit aber wechselnd als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Forschungsgruppen bzw. als wiss. Tutor in eigener Verantwortung tätig sein,
   — Mitbestimmungsrecht der Assistenten in der Organisation von Forschung und Lehre an den Instituten und Fakultäten,
   — Vergabe von Förderungsmitteln für Gemeinschaftspublikationen von Assistenten (mit oder ohne beratende Mitwirkung von Professoren), die auch an Stelle von Habilitationsschriften treten können.
4. Weitere Anhebung der Besoldung der Assistenten, Tutoren, Hilfsassistenten (wegen der starken Einkommensunterschiede zu vergleichbaren Stellen in der Wirtschaft).

Nur so kann die erforderliche Anzahl junger Wissenschaftler für die Hochschule gewonnen und das Niveau der wiss. Bildung aufrechterhalten werden.

III.

Der SDS bedauert es, daß auch der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) in letzter Zeit der Auseinandersetzung um derartige innere Strukturreformen ausgewichen ist und sich auf Vorschläge zur Studienreform, zum Studentenschaftsrecht und für neue Universitäten beschränkt hat. (Vgl. Bericht des Vorstandes über Studienfragen auf der 16. MV.) Die Interessen der Studenten an einem effektiven Studium lassen sich nur im gesamten Zusammenhang der Hochschulreform von der Studienförderung bis zur Struktur des Lehrkörpers und der Institute zur Geltung bringen.

Der SDS fordert den VDS und die AStAs auf, sich für eine allgemeine Hochschulkonferenz einzusetzen, an der alle Hochschulreferenten der Kultusministerien, Vertreter des Wissenschaftsrates, der WRK, der Studentenschaften, Vertreter aller Gruppen der Lehrkräfte und Mitarbeiter der Hochschulen, Bildungsexperten der Parteien, der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände teilnehmen sollen, die Beratungen der Konferenz sollen den Kultusministerien und Landtagsfraktionen Anregungen vermitteln für eine innere Hochschulreform durch Modernisierung und Vereinheitlichung der Hochschulgesetze und des Hochschulhaushaltswesens.

Soziale Demokratie oder neuer Faschismus

Zur innenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik

Helmut Schauer

Es erscheint fraglich, ob heute von Innenpolitik als einer einigermaßen unabhängigen Größe überhaupt noch die Rede sein kann. Die politische Entwicklung im Inneren der einzelnen Länder bestimmt sich offenbar weitgehend aus den Zusammenhängen und Entwicklungen, die sich außerhalb und zwischen den Ländern abspielen. Das Beispiel des gaullistischen Frankreichs — der Kontrast von nationalem Anspruch und nationaler Ohnmacht — mag ausreichend zeigen, daß die weitgehende Entwertung der Nation als realpolitischer Größe nicht etwa auf gespaltene Länder beschränkt ist. Der Slogan vom Primat der Außenpolitik hat da freilich seine ganz besondere Berechtigung, wo noch die

formale Einheit der Nation in die Binsen gegangen ist. So hat die sog. Deutschlandpolitik der Bundesrepublik ein beredtes Beispiel geliefert, wie gleichsam mechanisch supranationale Momente sich bis in die entlegensten Winkel der Innenpolitik auswirken.

Neben die politische hat sich freilich eine weitere Form der Verflechtung von Draußen und Drinnen geschoben: Die wirtschaftliche Verflechtung im Gemeinsamen Markt der Sechs.

Inzwischen wurde ein gutes Stück auf dem Wege zu einer Zollunion zurückgelegt. Die Zölle für gewerbliche Güter innerhalb der EWG wurden in den bisher verflossenen sechs Jahren ihres Bestehens um 60 Prozent gesenkt, und trotz der Schwierigkeiten auf dem Agrarsektor hat sich der Binnenhandel zwischen den sechs Staaten um 130 Prozent erhöht. Schon in den ersten vier Jahren des Gemeinsamen Marktes kamen jährlich durchschnittlich eintausend Vereinbarungen und Zusammenschlüsse zwischen und von Firmen der verschiedenen Länder zustande. Die Brüsseler Kommission bereitet bereits eine gemeinsame Wirtschaftspolitik vor und gibt erste aktuelle Empfehlungen dazu. Dennoch wird es — nicht nur wegen der Schwierigkeiten auf dem Agrarsektor — noch eine Weile dauern, bis der sich herausbildende einheitliche Wirtschaftskörper voll funktionsfähig geworden ist. Er wird kapitalistisch sein, und die Gewerkschaften wie diejenigen, die wir Demokraten nennen, hätten allen Grund, schleunigst gemeinsame Positionen aufzubauen.

Sicher ist jedenfalls, daß der sich anbahnende Zusammenschluß schon heute auf die inneren Verhältnisse noch nicht einmal nur der beteiligten Länder zurückwirkt; daß über die bundesrepublikanische Wirtschaftspolitik kaum mehr ohne Beachtung der EWG die Rede sein kann. Der gegenwärtig in der Bundesrepublik zu verzeichnende Konjunkturaufschwung z. B. wurde ausgelöst durch einen starken Zuwachs der Ausfuhr, von dem 70 Prozent in die Länder des Gemeinsamen Marktes gehen, von denen insbesondere Italien und Frankreich inflationäre Tendenzen zeigen und daher ihren Import erhöhten. Zwar ist aus diesem Export — inzwischen auch ein Investitionsboom in der Bundesrepublik geworden, aber den Anstoß gab der Export, und dieser Anstoß wäre sicherlich nicht derart stark gewesen, wäre die Annäherung noch nicht erfolgt.

In dem mir gesteckten Ziel, mit einer Erörterung und Beschreibung der Entwicklung und Lage in der Bundesrepublik letzten Endes zur Diskussion über die Möglichkeiten progressiver Politik in ihr beizutragen, müssen diese Fragen allerdings am Rande bleiben. Die Lage in der Bundesrepublik ist alleine schon widrig genug. Nach dem Zusammenbruch des Hitler-Faschismus, nicht durch den politischen Sieg seiner Kritiker, sondern durch den militärischen der Alliierten, war das Bewußtsein vom Zusammenhang des Faschismus mit der späten Struktur des Kapitalismus in breitere Schichten der Bevölkerung vorgedrungen, und die ersten politischen Äußerungen der Deutschen waren erheblich bestimmt von sozialistischen Vorstellungen. Im Zuge des Kalten Krieges gelang es aber dann schließlich, die Bundesrepublik zu etablieren, in der die alten sozialen Machtverhältnisse ausgeprägter denn je wieder erstehen konnten.

Ihren Gipfelpunkt erreichte diese Entwicklung zuletzt in der Kapitulation der SPD vor der CDU, womit vollends sichtbar wurde, wie sehr es gelungen war, die alte Opposition sozial und politisch zu integrieren. Die außerordentliche ökonomische Prosperität führte zu einer beträchtlichen Erhöhung des Lebensstandards auch der breitesten Schichten des Volkes. Wenn dies auch in teilweise äußerst heftigen gewerkschaftlichen Kämpfen erzwungen werden mußte, führten diese doch nicht zu einer Festigung und Ausbreitung sozialistischen Bewußtsein. Wohl zum ersten Male in ihrer Geschichte ging sogar relativ die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in einer Periode ökonomischer Prosperität zurück. Dem Druck einer auf Irrationalität und Antikommunismus eingeschworenen Öffentlichkeit, die sich aller Register psychologischer Manipulation bedient, hatten die Arbeitnehmer kaum anderes entgegenzusetzen als wachsende politische Resignation. Ihre objektive Lage in Betrieb und Gesellschaft wurde mit der scheinbaren Unabhängigkeit beider Bereiche rational immer weniger durchschaubar. Auf wachsende Entmündigung zielende soziale Prozesse von der quasimilitärischen Betriebshierarchie bis zum Konsumterror der Freizeit konnten die Arbeitnehmer schwerlich mit der Entwicklung eines kritischen Bewußtsein beantworten, wenn doch selbst die organisierte Arbeiterbewegung dem Sog, Gegenmacht für schlechte Integration zu verramschen, kaum noch zu widerstehen vermochte. Andererseits aber können sich die Arbeiter auch nicht mehr im Maße wie früher als außerhalb der Gesellschaft stehend empfinden. Nicht nur weil sie an der ökonomischen Entwicklung beträchtlich partizipierten, sondern auch weil der Wohlfahrtsstaat und seine Bürokratie ihnen auf mannigfaltige Weise vorsorgend und regelnd gegenübertritt. So entfiel die Grundlage, auf der die alte Arbeiterbewegung, mit all ihren vielfältigen Organisationen, als gesellschaftliche Heimat der Arbeiter entstehen konnte. Soweit diese Organisationen nach dem Zweiten Weltkriege überhaupt wieder entstehen konnten, gelang es ihnen, auch wegen ihrer bald einsetzenden organisatorischen Verkrustung, kaum dieser Tendenz durch verstärkte Diskussion und Demokratisierung, durch ihre eigene Politisierung, entgegenzuwirken. Vielmehr kam es, insbesondere in der SPD, deren soziale Zusammensetzung sich allmählich wandelte, zu einer Verselbständigung der Führung. Die Sozialdemokratische Partei ist heute weitgehend eine reine Wahlkampforganisation, ein Apparat, der von einer Spitze für eine von dieser de facto allein formulierten Politik beliebig eingesetzt werden kann.

Mit der Integration der Opposition verstärkte sich der formale Charakter der bürgerlichen Demokratie. Staatsbürger, die ohnehin unter dem Druck von konsumorientierten und

antikommunistischen Massenmedien stehen, werden in mit allen Mitteln psychologischen Raffinements geführten Wahlkämpfen, deren Inhalt durch Personalisierung schon weitgehend entpolitisiert wurde, eher den herrschenden Oligarchien verfügbar gemacht, als daß sie die Chance hätten, ihre politischen Interessen zu artikulieren und durchzusetzen. Das Parlament wird von einer übermächtigen Regierung und deren Bürokratie einerseits, durch die Abhängigkeit der Abgeordneten von zentral gelenkten Parteiapparaten andererseits immer mehr entmachtet. Die Parteien bekommen, nicht zuletzt durch die 5-Prozent-Klausel des Wahlgesetzes, Monopolcharakter; sie werden zu Staatsparteien, Herrschaftsorganisationen, die längst andere Ziele haben, als den politischen Willen der Staatsbürger zu artikulieren oder gar durchzusetzen.

Vielmehr tendieren die einzelnen Parteien, soweit die Apparate überhaupt noch die Konturen einer eigenen Konzeption zulassen, dazu, in wechselnden Kombinationen bloße Fraktionsträger einer einzigen Tendenz zu werden. Daß bei alledem noch immer die Fiktion der Partei als privater Vereinigung aufrecht erhalten wird, obwohl ihr Staatscharakter in der Chance zur Verteilung von Staats- und Verwaltungsämtern handgreiflich wird, erlaubte es diesen Tendenzen, sich um so unerkennbarer und sicherer durchzusetzen. Mit den wachsenden und immer spezielleren Bereichen, in die der Staat regelnd und versorgend einzugreifen hat, wird auch die Trennung der politischen Gewalten durchbrochen. Justiz und Verwaltung werden politisiert.

Diesem grob skizzierten Zustand der politischen Demokratie in der Bundesrepublik entspricht ihre Innenpolitik. Das, was in der Bundesrepublik an Innenpolitik tatsächlich gemacht wird, wird immer weniger den Aufgaben und Bedürfnissen gerecht, die der Entwicklungsstand der Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens objektiv hervorbringt. Den Möglichkeiten, die der potentielle Reichtum der Gesellschaft anbietet, sind die wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Maßnahmen, die in der Bundesrepublik diskutiert und getroffen werden, auch nicht annähernd angemessen. Daher hat der kritische Beobachter den Eindruck, daß, obgleich die Entwicklung in der Bundesrepublik nicht still steht, Innenpolitik, die diesen Namen verdiente, doch kaum gemacht wird.

In Enzensbergers Gedicht „landessprache“ heißt es unter anderem:

„. . .
was habe ich hier? und was habe ich hier zu suchen,
in dieser schlachtschüssel, diesem schlaraffenland,
wo es aufwärts geht, aber nicht vorwärts,
wo der überdruß ins bestickte hungertuch beißt,
wo in den delikateßgeschäften die armut, kreidebleich,
mit erstickter stimme aus dem schlagrahm röchelt und ruft:
es geht aufwärts!
wo eine gewinnspanne weit von den armen reichen
die reichen armen
vor begeisterung ihre kinostühle zerschmettern,
da geht es aufwärts von fall zu fall,
wo die zahlungsbilanz hosianna und alles was recht ist singt
und ruft: das ist nicht genug,
daß da die freizeit spurt und das gibt und hinhaut,
das ist das kleinere übel, das ist nur die hälfte,
das macht nichts, das ist nicht genug,
daß die tarifpartner durch die straßen irren
und mit geballten fäusten frohlocken
und singen und sagen:
hier geht es aufwärts,
hier ist gut sein,
wo es rückwärts aufwärts geht,
. . .“

Es geht, wenn auch nicht vorwärts, so doch aufwärts in diesem Lande.

Anders als in den USA ist in der Bundesrepublik bei Voll- und Überbeschäftigung der allgemeine ökonomische Aufwärtstrend ungebrochen. Solange dies der Fall ist, kann eine Wirtschaftspolitik von Fall zu Fall, unter Verzicht auf gesamtwirtschaftliche Steuerung, betrieben werden. Wenn man von den Maßnahmen der Bundesrepublik und den Reden des Kanzlers absieht, wird in der Bundesrepublik mit großem Erfolg eine Wirtschaftspolitik gemacht, die ihre Weisheit im Nichts-Tun findet. Aber in solcher Abstinenz ist System. Sie ermöglicht es der oligopolistischen Großindustrie — die wirtschaftliche Konzentration ist in der Bundesrepublik heute größer als im Nazi-Deutschland —, ihre Interessen um so wirksamer durchzusetzen, als sie der öffentlichen Diskussion weithin entzogen werden. Einer Planifikation, etwa nach französischem Muster, bedarf es in der Bundesrepublik bisher gerade auch wegen der Konzentration nicht; die Oligopole und ihre Verbände stimmen ihre Maßnahmen lieber unter sich als unter den Augen der Öffentlichkeit ab. Was von Planung unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Bundesrepublik zu erwarten wäre, zeigt der Wirtschaftsbericht der Bundesregierung, der es rasch gelernt hat, sich in den gesetzten Daten zugunsten der Industrie zu verschätzen. Demnächst werden diese Probleme bestimmt nicht eher von den Wählern, aber mehr in Brüssel entschieden werden. So reduziert sich Wirtschaftspolitik hierzulande auf Verteidigungspolitik. Daß die Vermögensverteilung vielfach noch immer als „ungerecht“ empfunden wird, hat kaum größere praktische Folgen. Die Volksaktien erscheinen unter diesem Aspekt als bloße Zutat zur allgemeinen Verschleierung. Die politischen Größen derartiger Innenpolitik sind die Verbände; der Kriegsbeschädigten, der Bauern, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Kirchen etc. Ihre Ideologie ist die des Pluralismus. Man bewegt sich innerhalb des Systems, verwechselt Statik mit Dynamik.

Wo aber die Gewerkschaften versuchen, darüber hinauszugehen und durch ihre Lohnpolitik das Verhältnis von Löhnen und Gewinnen zu verändern, treffen sie auf die Macht einer „dem ganzen Volke“ verpflichteten öffentlichen Mei-

nung oder — wie der Streik der Metallarbeiter in Baden-Württemberg zeigt — man droht, die Autonomie der Gewerkschaften politisch einzuschränken.

Das System selber aber entwickelt sich, trotz ökonomischer Prosperität, kaum in akzeptabler Richtung mehr weiter. Zwar kann es, wie das Kommunistische Manifest feststellt, „nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse, fortwährend zu revolutionieren", aber diese entsprechen nicht oder kaum der Entwicklung der Produktivkräfte. Der Kapitalismus „revolutioniert" noch immer die Produktionsverhältnisse, seine Antwort auf den von ihm hervorgebrachten Reichtum ist jedoch regressiv; ihre Hauptsätze sind: Rüstung und Verschwendung, ihre Parolen: Antikommunismus und Konsum. Nur so gelingt ihm die Akkumulation, die Verwertung des Profits noch. Die großen Aufgaben und Veränderungen, die sich aus dem Stand der Produktivkräfte ergeben, werden nur zögernd und sorgfältig gesiebt, akzeptiert und diskutiert. Diese Aufgaben kann nur der Staat wahrnehmen. Doch erst kommt in diesem Lande die private Investition, der Privatprofit hat Vorrang. In einer vollbeschäftigten Wirtschaft kann der Staat, selbst wenn er eine Regierung hätte, die das wollte, nicht so viel investieren, wie es notwendig wäre. Würde er doch sonst den Anteil der privaten Gewinne am Sozialprodukt schmälern. Vorrang im Staatshaushalt hat die Rüstung. Erst die Erfolge der Sowjetunion haben etwas mehr Leben beispielsweise in die Diskussion um die Bildungspolitik gebracht.

Die Innenpolitik der Bundesregierung hält, wo es vorgegebenen Machtinteressen und deren Lage entspricht, an der Fiktion des liberalen Rechtsstaates fest, der nur die äußeren Bedingungen des ansonsten privaten Warenverkehrs regeln und garantieren will. Aber praktisch muß sie dennoch in den Prozeß der Reproduktion eingreifen und damit in gesellschaftliche Vorgänge. Die im halbstaatlichen Bereich operierenden Verbände, die plebiszitäre Macht zu vergeben haben, suchen, direkt bei der Regierung, über die Parteien bei ihren sich spezialisierenden Aufgaben unterstützend, ihre Interessen durchzusetzen. Erfolgreich waren dabei besonders die Bauern-, Wirtschafts- und Vertriebenenverbände. Für ihre immer zu größerem Umfang und Gewicht anwachsenden Maßnahmen und Interessen bedarf aber insbesondere die große Industrie der Staatsmacht; sie befindet sich denn auch in engster Verflechtung mit der Staatsbürokratie, wie einige Korruptionsskandale zeigten, und ihr stehen notfalls ökonomische Pressionen größten Stils ebenso wie die reichlich genutzte Finanzmacht zur Finanzierung der Parteien zur Verfügung, um ihre Wünsche durchzusetzen.

Die Verflechtung von Staat und Gesellschaft in der spätkapitalistischen Gesellschaft führt daher zu einer autokratisch neufeudalen Aushöhlung der politischen Demokratie. Demokratie ist daher heute nur zu bewahren und wiederherzustellen, wenn die Gesellschaft selbst demokratisiert würde. Es gibt allein noch die Alternative zwischen einem autoritären, letztendlich neufaschistischen System und der zur sozialen weiterentwickelten Demokratie.

Die Formen der parlamentarischen politischen Demokratie konnten bislang in der Bundesrepublik im großen und ganzen gewahrt werden; schließlich waren die Positionen der herrschenden Schicht auch nie wirklich ernsthaft in Gefahr geraten.

Doch bereits in einer dafür günstig erscheinenden Situation, in der man heftigere Opposition nicht erwartete, während der Kuba-Affäre, zeigte die politische Rechte in der Bundesrepublik mit ihrem Angriff auf den „Spiegel", mit welchen Mitteln sie gegen eine politische Opposition, besser, gegen die Ansätze einer Opposition, vorzugehen bereit ist.

An der „Spiegel"-Affäre lassen sich im kleinen die politischen Tendenzen in der Bundesrepublik entwickeln. Der Angriff auf den „Spiegel" galt nicht nur dem in seiner militärstrategischen und ostpolitischen Konzeption oppositionellen Nachrichtenmagazin, er richtete sich im Effekt auch gegen die dort annähernd vertretene amerikanische Außenpolitik, die Strauß Atomwaffen verweigerte und einen, wenngleich begrenzten Ausgleich mit der SU und den osteuropäischen Ländern erstrebte. — Angesichts der Auflösungserscheinungen der NATO und motiviert durch einen konservativen Supranationalismus, will die radikale Fraktion in der Bundesrepublik Atomwaffen, die sich schließlich gegen Osten richten würden. Realitätsgerechte Ausgleichsversuche mit den Ländern des Ostblocks und das heißt für die Bundesrepublik immer auch Änderung der Deutschlandpolitik, sucht sie zu verhindern, und im Abbau des Antikommunismus sieht sie eine Bedrohung ihrer Position. Auf bundesrepublikanische Verhältnisse zugeschnitten, formuliert sie ein gaullistisches Programm, mit de Gaulle teilt sie auch dessen faschistoide Neigungen. Und auch ihr Programm, das sich inzwischen weiter konturiert hat und dessen aktivster Verfechter wiederum Strauß ist, ist eine ablehnende Reaktion auf die neuere amerikanische Politik.

Auf der anderen Seite der „Spiegel"-Fechter standen, grob gesprochen, die „Amerikaner", eine Art allerdings modifizierte Kennedy-Partei, mit einem äußerst breiten Spektrum, das vom Außenminister über die FDP bis zu den Sozialdemokraten reicht. Diese Tendenz, die sich bisher durchsetzen konnte, findet aber die Unterstützung gewisser Teile der Großindustrie, die, wie der Streit um das Röhrenembargo erkennen ließ, am Osthandel interessiert sind. Obgleich die „Spiegel"-Affäre der vom rechten Parteiflügel bestimmten CDU einen großen Popularitätsverlust einbrachte — und eine ganze Reihe von Fällen und Affären hätten dazu weiter Anlaß geben können —, konnte die CDU insbesondere deshalb wieder aufholen, weil die SPD ihre Gemeinsamkeitspolitik weiter fortsetzte. Sie war selbst während der „Spiegel"-Affäre noch bereit, in eine Regierung Adenauer einzutreten.

Getragen wurden die Auseinandersetzungen in der „Spiegel"-Affäre weniger von einer Parlamentsfraktion. Nachdem

sich die SPD freiwillig gleichgeschaltet hatte, meldete sich nun bei diesem Ereignis im größeren Ausmaß ein demokratischer Widerstand zu Wort, der über eine kritisch gewordene öffentliche Meinung die Parteiapparate unter Druck setzen und am Ende dem Parlament etwas von seiner demokratischen Funktion zurückgeben konnte. Das Bild und der Einfluß dieses Widerstandes wird vorwiegend von einigen Journalisten und Presseorganen bestimmt. Dieser Tatbestand kristallisiert sich in späteren Affären und Fällen noch weiter heraus, so z. B. in der Telefonabhör- und Panorama-Affäre, in den Fällen Krüger, Seebohm und im sogenannten Fall Heye sowie auch im Spiel um die Wiederwahl Lübkes zum Bundespräsidenten. Diese Kritik der Presseorgane bleibt indessen partiell, rein politisch. Solange sich aber diejenigen, die man mit einem vereinfachenden Schlagwort als die Demokraten bezeichnen kann, über die Ambivalenz von politischer Demokratie und sozialer Autokratie nicht verständigen, bleibt auch ihre politische Aktionsfähigkeit beschränkt. Sie müßten sich darüber klar werden, daß durch die fortschreitende ökonomische Monopolisierung auch ihre Basis bedroht wird. Selbst wenn sich in einzelnen Presseorganen, wie beispielsweise in der „Zeit" und im „Stern", stärker kritische Stimmen zu Gehör brachten, so ist doch fraglich, ob bei einer Verschärfung der Auseinandersetzung, gerade auch um soziale Fragen, nicht Pressionen erfolgen würden oder ob nicht schon deren unausgesprochene Androhung — Konformismus erzwingt. Adenauers versteckte Aufforderung im Bundestag, den landesverräterischen „Spiegel" doch nicht mit Anzeigen zu bedenken, zeigt, mit welchen Mitteln man oppositionellen Presseorganen das Rückgrat in einer dafür eher disponierten Situation brechen möchte. Die Einsicht, daß nur eine öffentliche, demokratische Struktur der Organe der Öffentlichkeit die Unabhängigkeit von derartigen Einflüssen garantieren kann, ist bislang nur in den wenigsten Funkanstalten, wie die „Panorama"-Affäre zeigt, nicht viel besser dran. Der einzelne Kritiker ist, auf sich selbst gestellt, leicht abzuschießen. Die demokratische Opposition, die politische Demokratie sichern will und daher dem Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse entsprechend in der gesamten Gesellschaft zur sozialen Demokratie vollstrecken müßte, kann dies aber nur, wenn sie ihre Auseinandersetzung um die politische Demokratie zu verbinden weiß mit den sozialen Auseinandersetzungen. Nur eine Opposition, die die Arbeitnehmer, die Masse der Bevölkerung in ihren täglichen, sozialen Kämpfen unterstützt, wenn es sein muß auch mit ihrer Kritik, wird sich einen zuverlässigen dauerhaften Rückhalt schaffen können. Wenn sich aber die Tendenzen in den Gewerkschaften durchsetzen, die diesen nur noch eine „Ordnungsfunktion" in einem ständischen Gesellschaftsmodell zuerkennen, wenn es gelänge, die Autonomie der Gewerkschaften in einem System der Planifikation einzuschränken, verlöre auch die politische Demokratie an Boden.

Die gegenwärtige Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß die Kritik in der Bundesrepublik weitgehend partiell bleibt. Sie orientiert sich an Einzelheiten. Dies gilt in gewissem Sinn auch für die Abrüstungskampagne, deren Parolen noch immer recht abstrakt sind, obwohl in ihr die Bereitschaft, die Zusammenhänge der Kriegsgefahren mit politischen und sozialen Verhältnissen zu sehen, größer ist, als manchmal angenommen wird. Auch diejenigen, die für eine andere Deutschlandpolitik und für den Ausgleich mit der DDR eintreten, bleiben vielfach noch in einem begrenzten Themenkreis stecken. Die Maßnahmen und Diskussionen, die man in der Bundesrepublik unter dem Titel „Bewältigung der Vergangenheit" veranstaltet, dringen kaum zur Einsicht in den Zusammenhang der Barbarei und Diktatur des Hitler-Faschismus mit der sozialen Struktur des Kapitalismus vor. Ähnlich ist es im gesamten wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Bereich. Selbst „linke" Gewerkschafter neigen manchmal dazu, auf die dort anfallenden Themen sich zu beschränken und weitere Zusammenhänge nicht mehr zu diskutieren.

Es gibt eine kleine Gruppe von Personen und kleine Grüppchen — dazu gehört auch der SDS — meist sind es Intellektuelle —, die in ihrem Verhalten die verschiedenen kritischen Ansätze ausdrücken und unterstützen und somit eine Gesamtkonzeption andeuten. Aber eine politische, sichtbare Opposition als Alternative zu den gegenwärtigen Verhältnissen ergibt sich daraus nicht.

Statt gebannt auf den Status quo zu starren, scheint es sinnvoll, sich mit den realen Möglichkeiten der Gegenwart zu befassen, wie fern auch manches heute für unsere Ohren klingen mag. Versucht man einmal, sich aus dem Clinch einer schlechten Unmittelbarkeit freizumachen, drängen sich Überlegungen auf, die für viele Ohren vielleicht gerade deswegen lächerlich klingen mögen, weil sie längst nicht mehr utopisch sind.

Der Stand der Produktivkräfte der bundesrepublikanischen Wirtschaft würde potentiell ausreichen, allen Bürgern, unabhängig von ihrem unmittelbaren Beitrag, die Güter des täglichen Bedarfs frei zur Verfügung zu stellen. Erstmals in der Geschichte liegt hier ausschließlich ein Problem der Distribution. In einer Gesellschaft, die ihren Reichtum gesellschaftlicher, nicht individualistischer Anstrengung verdankt, ist das Prinzip der individuellen Arbeitsvergütung auf die Ebene willkürlicher Notwendigkeit herabgesunken. Hier geht es nicht mehr um Ideologie, um notwendig falsches Bewußtsein, das die Naturwüchsigkeit bürgerlicher Verhältnisse spiegelt. Dieses falsche Bewußtsein hat keine Wurzel mehr in der Sphäre der Produktion. Das pseudowissenschaftliche Brimborium um die gerechte Relation zwischen Arbeits- und Lohnquanten entlarvt sich in der völligen Willkür der Bemessungsmaßstäbe, in denen nicht zufällig der Begriff gesellschaftlicher Produktivität nicht vorkommt. Die Aufrechterhaltung des Tauschwerts als Maß aller Dinge ist letztlich fragwürdig geworden, wo real oder potentiell die Quelle gesellschaftlichen Reichtums sich von der

lebendigen zur geronnenen Arbeit, der automatischen Maschinerie, verlagert hat. Genau an diesem Punkt aber, an der fortdauernden Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung des Mehrwertes, liegt die Grenze einer kontinuierlichen Entwicklung zu einer Produktion als wissenschaftlicher Veranstaltung. Während objektiv, gemessen am technisch Möglichen, die unmittelbar produzierende Arbeit zur Nebensache im Leben des Einzelnen werden könnte, bremsen die ungehemmt zentrifugal sich entfaltenden privaten Interessen in der Sphäre der Produktion die Realisierung vernünftiger, konstruktiver gesellschaftlicher Interessen.

Dies ist keineswegs neu. Marx sagt in seinen „Grundrissen zur politischen Ökonomie", damit den historischen Endpunkt seiner eigenen Arbeitswerttheorie fixierend: „So bald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören, die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert das Maß des Gebrauchswertes."

Angesichts einer Entwicklung, die so die Basis kapitalistischer Produktion in Frage stellt, macht sich jedoch nicht der lächerlich, der den Status quo verteidigt, sondern der, der ihn — und wenn auch noch so milde — kritisiert. Wer störte sich eigentlich daran, daß — pecuniam non olet — selbst noch der Gebrauch öffentlicher Toiletten in die Kategorie des Tauschwertes eingefangen wird? Selbst eine Parlamentsdebatte über die Erhöhung der Toilettengebühren von 10 auf 20 Pfennig, nach dem Vorbild der Telefonkrise könnte ernsthafter Würdigung seitens einer dem „Gemeinwohl" verschworenen Öffentlichkeit absolut sicher sein.

Solange Notstände die Innenpolitik bestimmen, die sich nur aus der Perspektive eines Unternehmersäckels entdecken lassen, darf kaum erwartet werden, daß die ernsthaften Notstände thematisch werden: Jene des öffentlichen, des gesellschaftlichen Wohls im weitesten Sinne. Freilich läßt sich noch jede politische Demokratie zur Hure machen, wenn es um die Sicherung der Profite geht, solange ihr keine demokratische Arbeiterbewegung die Leviten liest.

Zu den Forderungen, die nicht erhoben werden, gerade weil sie von der Seite der produktiven Möglichkeiten so dringlich gefordert wären, gehört die nach einer demokratischen, weitreichenden und umfassenden Planung.

Ökonomisch könnte diese nicht nur in der Fortrechnung bestehender Größen und deren Abstimmung bestehen, sie müßte weitreichende politische Entscheidungen von den Bürgern einholen, um sie dann, mit den Mitteln der modernen Informations- und Datenverarbeitung technisch leicht erreichbar, der Wirtschaft als ökonomische Daten vorzugeben. Sie könnte auf riesige Reserven an Intelligenz und Arbeitskräften zurückgreifen, die heute Arbeiten verrichten, die allein die Warengesellschaft nötig macht. Große Teile des Distributionsapparates, der Versicherungswirtschaft, der Reklameindustrie, die meisten, deren Tätigkeit in dieser hierarisch gegliederten Produktion Verwaltung von Menschen ist und die nur dazu da sind, den in der Gebrauchswertproduktion ins Gigantische gestiegenen Mehrwert abzuschöpfen, würden freigesetzt. Statt die Menschen an solchen Beschäftigungen festzuhalten, könnten große Programme binnen kurzem erreichen, daß die Automation in größtem Stil entwickelt und eingeführt und körperliche Arbeit in der Tat eine Nebenerscheinung wird. Kunst und Wissenschaft könnten statt der Fließbandarbeit dominieren. Statt jährlich die Fortbewegung durch die von immer geringerer Lebensdauer gekennzeichneten Produkte der Autoindustrie beschwerlicher zu machen, könnte eine großzügige Verkehrspolitik das Reisen, die Bewegung in den Städten, ja die Städte überhaupt wieder zu einer Quelle des Genusses machen, der noch nicht einmal auf Kosten des Schaffners ginge, der heute gezwungen ist, den wichtigsten Teil seines Lebens stumpfsinnig damit zuzubringen, seinen Mitmenschen Gegenleistungen abzuverlangen oder gar zu kontrollieren für Leistungen, die sie ohnehin schon gemeinsam produzieren. Statt die Agrarproduktion damit zu drosseln, daß man diese, wegen ein paar Stimmen, mittels Subventionen in anachronistischen Verhältnissen hält, gälte es, den Bauern ihren Vorteil dabei zu zeigen, wenn weniger von ihnen mehr produzieren könnten. Arbeitskräfte würden bei höherer Produktion freigesetzt, und unter solchen Umständen könnte nicht nur leicht die Entwicklungshilfe gesteigert werden, es würden auch viele andere innere Probleme angemessen gemeistert. Allein die Befreiung vom kleinbürgerlichen Parzellendenken würde die Wohn- und Städtepolitik zum Bau von mehr und billigeren und schöneren Wohnungen und Städten führen. An die Stelle von gefährlicher Arzneimittelwerbung und -konsumsteigerung könnte eine großzügige Gesundheitspolitik treten. Die Diskussion um Beteiligung vereinzelter Versicherter an Krankenkosten würde einer solchen Politik nur noch als skurril, die Beteiligung an Arzneikosten nur mehr als panoptikumsreif erscheinen.

Schließlich würde eine Förderung der Bildungsinstitutionen aus dieser ein System machen müssen, das jedem jederzeit zugänglich und das nicht auf einmalige Ausbildung, sondern auf ein fortwährendes Weiterbildungsbedürfnis der Menschen angelegt wäre.

In der so erreichten Gesellschaft, in der die Muße produktiv und die Produktion, wenn auch nicht zur Muße, so doch zur „zwang"losen Tätigkeit werden könnte, wäre nicht nur die Arbeit, sondern auch das Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit, deren Trennung heute die Freizeit der Arbeit unterwirft, aufgehoben, so wie es für Wissenschaftler und Künstler teilweise schon der Fall ist. Wenn derart die Gesellschaft selber demokratisch entwickelt würde, könnten die Menschen erst ihres Reichtums Herr und froh werden. „Der Reichtum der Gesellschaft" würde nun nicht mehr bloß, wie der erste Satz des „Kapitals" konstatiert, als „ungeheure Warensammlung" erscheinen, wie in den Gesellschaften, „in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht". Und in denen es Sorge macht, diese Warensamm-

lung zu den vorgegebenen Profitzwecken zu verwerten. Der Reichtum der Gesellschaft an Gebrauchswerten, das wäre für den Einzelnen ein vielfältiges Repertoire, sich selbst zu verwirklichen.

Ein solches Programm, dessen Richtung ich hier nur andeuten wollte, wäre in enger praktischer Verbindung mit den tatsächlichen Auseinandersetzungen zu entwickeln und in dieser müßten sich seine erst noch prägnant herauszuarbeitenden großen Linien konkretisieren. Diese wären nicht bloße Spielerei für die Zukunft. Sie könnten auch heute zu theoretischen und praktischen Erfolgen führen. So wären die Kräfte im DGB, denen es noch um Veränderung der Gesellschaft geht, in den Diskussionen des neuen DGB-Grundsatzprogramms doch vielleicht wirkungsvoller aufgetreten, hätten sie selbst Vorstellungen, die der neueren Entwicklung und deren Möglichkeiten entschiedener gerecht werden. Es genügt eben nicht, die Tradition der Arbeiterbewegung bewahren und fortsetzen zu wollen, es genügt eben auch nicht für ein Grundsatzprogramm, das auch morgen noch überzeugend sein soll, daß Planung der Wirtschaft und notfalls Sozialisierung von Produktionsmitteln gefordert wird. Beides sind notwendige Voraussetzungen. Aber darüber hinaus müßte gezeigt werden, was mit dem potentiellen Reichtum gemacht werden könnte, damit auch sichtbar wird, was heute aktuell nicht oder allein im Interesse von wenigen getan wird.

Diese Kritik richtet sich auch gegen uns selbst; gerade wir als junge sozialistische Wissenschaftler könnten und müßten — in der Konzeption der großen Konturen wie in der Ausarbeitung von deren Einzelheiten — zu einem modernen sozialistischen Programm beitragen. Zu einem Programm, das die Kategorien der Mangelwirtschaft hinter sich läßt und den Bedingungen des Überflusses und der modernen Produktionsweise entspricht. Erst von einer solchen Position aus werden die Sozialisten auch wieder in der Lage sein, im einzelnen die Innenpolitik der Bundesrepublik treffend zu kritisieren.

Daher scheint es dringend geboten, jene Aufforderung zu wiederholen, die Elisabeth Lenk an diesem Ort in ihrem Referat über „Die sozialistische Theorie in der Arbeit des SDS" vor zwei Jahren ausgesprochen hat: Daß einzelne Genossen und Studiengruppen an diese Aufgaben herangehen sollten.

Es ist noch immer die Aufgabe der Sozialisten, der sozialen und politischen Opposition des Kapitalismus ihre eigenen Ziele und Wünsche klarzumachen. Keine besondere Partei: Aber die einsichtigsten und entschiedensten Vertreter der Opposition zu sein. Seit der Formulierung des „Kommunistischen Manifestes" hat sich daran nichts geändert.

Und auch jene andere Strategie hat seit den Tagen von Rosa Luxemburg an Gültigkeit nichts verloren: Daß die fremdbestimmten Produzenten über die Repressionstendenzen des Kapitalismus, wie über die Möglichkeit einer vernünftigen, rationalen, demokratischen, also sozialistischen Gesellschaft nur Aufklärung, den Willen, die Kraft und schließlich die politische Macht zur Veränderung gewinnen können, aus ihren täglichen Erfahrungen, den Auseinandersetzungen, Niederlagen und Erfolgen.

Der Kampfboden für eine solche Strategie ist die politische Demokratie. Die Verabschiedung der Notstandsgesetze durch den Bundestag, die offenbar noch in diesem Jahre oder in dieser Legislaturperiode erfolgen soll, würde aber auch, wie Norman Birnbaum in seinem auch auszugsweise im „Spiegel" veröffentlichten Bericht über „Die Bundesrepublik 1963/64" meint, „praktisch das Ende der bürgerlichen Freiheit in der Bundesrepublik einleiten". Ob und wie das gelingt, wird zeigen, ob der demokratische Widerstand über eine bloß momentane und formale Verteidigung der Demokratie hinausgeht. Aber wenn es auch nur darum sei, Aufklärung für die Demokratie zu erreichen: Die kritischen Demokraten, die Wissenschaftler, Professoren, Studenten, die Schriftsteller, die Künstler, die Journalisten, die Gewerkschaften insbesondere werden eine große Anstrengung machen müssen, um zu verhindern, daß „das Ende der bürgerlichen Freiheit" in der Bundesrepublik eingeleitet wird.

Es wird sich zeigen müssen, wie stark die Opposition in der Bundesrepublik tatsächlich ist.

Analyse der Deutschlandpolitik in Thesen

Helmut Lindemann

1. These: Der heutige Zustand Deutschlands ist primär eine Folge deutscher Politik; daher ist seine Änderung primär eine Aufgabe der Deutschen.

Die Schwierigkeit jeder historischen Untersuchung zur aktuellen Politik rührt daher, daß eine bestimmte Situation niemals nur eine Ursache hat, sondern daß sich die Kausalreihe um so stärker verbreitert, je weiter wir in die Vergangenheit zurückgehen. So läßt sich Deutschlands heutiger Zustand gewiß a u c h aus den Fehlern erklären, die Bismarck vor hundert Jahren bei der Reichsgründung begangen hat; von dort könnte man auf die Bundesakte von 1815 zurückgreifen und schließlich bei den Schlesischen Kriegen oder der Pragmatischen Sanktion von 1713 landen. Sinnvoll

ist das nicht, zumal dann nicht, wenn wir es mit einer so eindeutigen Kausalität zu tun haben wie bei der heutigen Situation dessen, was nach 1945 von Deutschland übrig geblieben ist. Wir tragen heute noch — und werden noch lange tragen — an den Folgen des von Hitler ohne zwingenden Grund herbeigeführten Zweiten Weltkrieges. Der Versuch bürgerlicher deutscher Historiker vor und nach 1945, Hitlers Machtergreifung und nachfolgende Politik als eine unvermeidliche Folge des Versailler Friedensvertrages hinzustellen, ist untauglich. Zwar hat Hitler die Mängel und Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages für seine Zwecke propagandistisch ausgenutzt, aber die ärgsten dieser Mängel waren 1933 bereits behoben, und die übrigen waren im Begriff behoben zu werden. Nichts zwang die Deutschen, Hitler auf seinem Wege zu folgen. Es waren mehrere andere Lösungen möglich. Ebenso war vorhersehbar, daß Hitlers Weg in den Krieg führen und daß dieser verlorengehen würde; damit waren aber auch manche Folgen dieses Krieges vorhersehbar. Die Zerstörung des von Bismarck geschaffenen Reiches war ein Werk deutscher Politik, bei dem die Feindmächte des Zweiten Weltkrieges teils willige, teils unwillige Werkzeuge waren.

Es geht daher nicht an, daß heute noch zahlreiche Leute in der Bundesrepublik daran festhalten, daß die Lösung der deutschen Frage primär eine Aufgabe dieser ehemaligen Feindmächte sei. Diese werden dabei mitwirken müssen, wie sie auch bei der Herbeiführung der heutigen Lage mitgewirkt haben. Die Aufgabe bleibt aber nichtsdestoweniger vornehmlich eine deutsche Aufgabe. Die Alternative zu einer Bonner Deutschlandpolitik ist nicht eine Deutschlandpolitik der Westmächte, sondern der Verzicht auf eine Bonner Deutschlandpolitik, als die Hinnahme des Status quo. Ebendies ist heute der Fall, und alles Gerede von Wiedervereinigung und Selbstbestimmungsrecht dient nur dazu, diesen Verzicht zu verschleiern. Gerade die Parole vom Selbstbestimmungsrecht sollte bei einigem Nachdenken zu der Einsicht führen, daß wir Deutsche selber über unsere Politik bestimmen müssen.

2. These: Die Teilung Deutschlands ist historisches Schicksal; sie kann daher nicht wie ein politischer Betriebsunfall behandelt werden.

Die meisten Deutschen haben ein merkwürdig gestörtes Verhältnis zur Geschichte. Sie scheinen zu glauben, daß ihnen die Geschichte etwas schulde. Sie fühlen sich vom Schicksal benachteiligt. Sie meinen, unser Volk sei — im Gegensatz zu anderen europäischen Nationen — zu kurz gekommen. Aus diesem Mißverhältnis zur Geschichte resultiert das Selbstmitleid, das vielen Ausländern so unangenehm an den Deutschen auffällt. So betrachteten unsere Väter und Großväter gegen Ende des 19. Jahrhunderts es als unbillig, daß der deutsche Nationalstaat 1871 soviel später als etwa der britische oder französische entstanden war. Sie verlangten für Deutschland einen „Platz an der Sonne" und schienen nicht zu bedenken, daß die Deutschen während des ganzen Mittelalters die führende Rolle in Europa gespielt hatten.

Der Gedanke, daß verschiedene Völker verschiedene politische Aufgaben zu erfüllen haben, war diesen Deutschen so fremd, daß sie niemals erwogen, ob nicht der Verzicht auf die Herstellung eines Nationalstaates und die Weiterentwicklung des Deutschen Bundes zu einer europäischen Konföderation die wirkliche Aufgabe der Deutschen sein könnte. Weil dieser Gedanke viel zu selten gedacht worden ist, begreifen auch heute noch so wenige Deutsche die Teilung des von Bismarck geschaffenen Reiches als ein historisches Schicksal, sondern als Heimtücke anderer Staaten und Völker. Sie meinen, Deutschland habe 1945 einen politischen Betriebsunfall erlitten, der mit ein paar Handgriffen oder jedenfalls durch eine etwas längere Reparatur wieder beseitigt werden könnte. Dieser fundamentale Irrtum, der in einem allgemeinen Mißverhältnis zur Geschichte wurzelt, hindert die Deutschen daran, zu Lösungen vorzustoßen, die nicht nach dem gestern Verlorenen fragen, sondern nach dem, was morgen zu gewinnen ist.

3. These: Die Gebiete östlich von Oder und Neiße sind endgültig verloren; daher bezieht sich Deutschlandpolitik künftig nur noch auf die Bundesrepublik und die DDR.

Mit diesem Mißverhältnis zur Geschichte hängt auch zusammen, daß sich immer noch sehr viele Deutsche nicht eingestehen wollen oder können, daß die östlichen Gebiete des Deutschen Reiches, die 1945 unter sowjetische oder polnische Verwaltung kamen, als deutsches Territorium endgültig verloren sind. Diese Weigerung, eine politische Tatsache anzuerkennen, und der Versuch, mit einem Rechtsanspruch den Preis zurückzufordern, den wir für den von uns angezettelten und verlorenen Krieg bezahlen müssen, wiegen schwerer als die Interessenpolitik der Vertriebenenorganisationen. Die Haltung vieler Deutscher gegenüber der Oder-Neiße-Frage erinnert manchmal an einen Spieler, der sein im Glücksspiel verlorenes Geld mit der Begründung zurückfordert, dabei sei eine rechtlich einklagbare Verpflichtung gar nicht entstanden. Weder die Tatsache, daß Ostpreußen und Schlesien hauptsächlich von Deutschen für die europäische Kultur erschlossen worden sind, noch der Umstand, daß die deutschen Bewohner dieser Gebiete auf unmenschliche Weise aus ihrer Heimat vertrieben wurden, können etwas daran ändern, daß wir diese Teile des Deutschen Reiches verloren haben, weil wir bestimmte Dinge getan haben und dabei gescheitert sind. Deutschland endet heute an der Ostgrenze der DDR. Deutschlandpolitik bezieht sich daher künftig nur noch auf die Bundesrepublik und die DDR. Wer etwas anderes behauptet, täuscht sich und andere. Ob es vor Jahren möglich gewesen ist, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als politisches Tauschobjekt zu benutzen, kann dahingestellt bleiben; heute ist sie das nicht mehr und kann daher nicht einmal mehr als Instrument der Deutschlandpolitik ernstlich in Rechnung gestellt werden.

4. These: Die beiden deutschen Teilstaaten haben sich in zwei Jahrzehnten weit auseinander entwickelt; daher ist jede Deutschlandpolitik, die einfach den Anschluß des einen Teils an den andern erstrebt, wirklichkeitsfremd.

Unter den vielen Merkwürdigkeiten dessen, was die Bundesregierung als ihre Deutschlandpolitik ausgibt, ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen die Monotonie, mit der seit fünfzehn Jahren die gleichen Forderungen erhoben werden, als ob sich in der politischen Wirklichkeit während dieser fünfzehn Jahre nichts geändert hätte. Dabei ist der Unterschied zwischen dem, was 1948 die sowjetische Besatzungszone Deutschlands war, und dem, was heute die DDR ist, für jemand, der nicht beide Augen fest verschließt, gar nicht zu übersehen. Er ist in mancher Hinsicht so groß wie der Unterschied zwischen den drei westlichen Besatzungszonen von 1948 und der Bundesrepublik von 1964, weil die materiellen Voraussetzungen drüben schlechter waren und zudem schlechter genutzt worden sind als in Westdeutschland. Da aber die Entwicklung der DDR in eine andere Richtung gegangen ist als die stürmische Entwicklung der Bundesrepublik, haben sich beide Staatswesen immer weiter voneinander entfernt.

Allein schon aus diesem Grunde müßte eine staatliche Wiedervereinigung große Schwierigkeiten bereiten. Völlig wirklichkeitsfremd sind jedoch die Vorstellungen, daß man die DDR eines Tages einfach an die Bundesrepublik anschließen könne, wie es andererseits auch absurd ist, wenn Pankower Politiker — mag das auch mehr propagandistisch gemeint sein — von einem Anschluß Westdeutschlands an die DDR reden. Auf manchen Gebieten ist der Abstand bereits so groß geworden, daß man sich fragen muß, ob eine Wiedervereinigung überhaupt noch praktikabel wäre. In jedem Fall müßte sie aber die Form eines Ausgleichs auf einer mittleren Linie finden, bei dem beide Seiten sehr erhebliche Zugeständnisse zu machen hätten. Aus diesem Grunde wäre eine — in der ersten Zeit sehr locker gefügte — Konföderation wahrscheinlich der geeignetste Rahmen für eine Annäherung der beiden deutschen Teilstaaten.

5. These: Solange die Bundesrepublik sich weigert, die DDR mindestens faktisch anzuerkennen, wird es keinen entscheidenden Fortschritt der Deutschlandpolitik geben; die Anerkennung ist nicht Ende, sondern Anfang jeder zukunftsträchtigen Deutschlandpolitik.

Die Weigerung der Bundesrepublik, die DDR völkerrechtlich oder auch nur faktisch anzuerkennen, war lange Zeit hindurch begründet; nämlich so lange, wie auch nur der Schatten einer Hoffnung dafür bestand, daß die Sowjetunion aus irgendwelchen Gründen auf das staatliche Eigenleben dessen, was ihre Besatzungszone gewesen war, verzichten würde. Es ist heute nicht mehr nötig, darüber zu streiten, ob zu irgendeinem Zeitpunkt — insbesondere im Zusammenhang mit der sowjetischen Note vom 15. März 1962 — aussichtsreiche Verhandlungen über eine Wiedervereinigung hätten geführt werden können. Diese Frage hat nur noch historisches Interesse; denn heute ist von Moskau eindeutig klargestellt worden, daß es auf die DDR nicht verzichten will (wohl auch gar nicht verzichten kann). Auf der anderen Seite sind die Vereinigten Staaten im Zeichen der Entspannungspolitik nicht bereit, zum Zwecke der Wiedervereinigung politischen Druck auf Moskau auszuüben. Weltpolitisch engagiert haben sich die USA nur für die Freiheit West-Berlins, nicht aber für die Wiedervereinigung. (Und sollte wider Erwarten im November Goldwater amerikanischer Präsident werden, so wäre die Folge eine weltpolitische Klimaänderung, die erst recht keine Aussicht auf eine Lösung der deutschen Frage böte.) Damit ist die DDR zu einer Tatsache der internationalen Politik geworden, die man vermutlich noch länger ignorieren könnte, als die Amerikaner mit schwindendem Erfolg die weltpolitische Tatsache des kommunistischen Chinas zu ignorieren versuchen. Nur blockiert solches Nicht-zur-Kenntnis-Nehmen natürlich jeden Zugang zu einer konstruktiven Deutschlandpolitik.

Die Gründe, die heute noch in der Bundesrepublik gegen eine Anerkennung der DDR vorgebracht werden, sind nicht oder nicht mehr stichhaltig. Es trifft nicht mehr zu, daß Ulbricht nichts als Staathalter des Kremls sei; auf vielen Gebieten kann er eine durchaus selbständige Politik treiben, solange er außenpolitisch streng der Linie Moskaus folgt. Die Behauptung, die Bundesrepublik sei der einzige Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, mag gegenüber manchen Staaten und zumal gegenüber den früheren westlichen Besatzungsmächten vorteilhaft sein; er ändert jedoch nichts daran, daß andere Staaten diese Behauptung ignorieren. Die Anerkennung Pankows wäre zwar zugleich die Anerkennung der deutschen Teilung; da wir aber jeden Tag genötigt sind, diese Teilung zur Kenntnis zu nehmen, ändern wir nichts an ihr durch Gewährung oder Verweigerung der Anerkennung.

Dagegen könnte eine Anerkennung auf längere Sicht weittragende Folgen sowohl innerhalb der DDR wie auch im Verhältnis beider deutscher Staaten zueinander haben. Ulbricht stützt seine persönliche Stellung nicht zuletzt mit der Anstrengung, die er für die internationale Anerkennung seines Regimes aufwendet. Eine Liberalisierung des kommunistischen Regimes in der DDR wäre nach der Anerkennung durch Bonn viel leichter möglich als heute. Damit würde aber auch der Verkehr zwischen beiden Teilen Deutschlands wesentlich erleichtert werden.

Wenn ich hier von Anerkennung spreche, meine ich zunächst immer nur die Anerkennung de facto. Sie würde vermutlich auf längere Zeit genügen. Ob ihr später die Anerkennung de jure folgen sollte, ist eine Frage, die sich heute noch nicht eindeutig beantworten läßt.

6. These: Voraussetzung einer Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten ist die Beseitigung des Wohlstandsgefälles; daher zählt eine umfangreiche Wirtschaftshilfe für Pankow zu den vordringlichsten Aufgaben der Bonner Deutschlandpolitik.

Es sollte sich inzwischen herumgesprochen haben, daß in der sowjetischen Besatzungszone ein Wirtschaftswunder stattgefunden hat, das demjenigen in der Bundesrepublik an Erstaunlichkeit der Leistung keineswegs nachsteht. Wenn die Auswirkungen auf die Versorgungslage sehr viel bescheidener und vielfach noch unbefriedigend sind, so hat das Gründe, die hier nicht untersucht zu werden brauchen. Wichtig ist allein, daß es ein sehr erhebliches Wohlstandsgefälle von West nach Ost gibt, das einer Zusammenarbeit der beiden deutschen Teilstaaten hinderlich ist. Die Beziehungen zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen haben in den letzten Jahren sehr stark den Charakter des Almosengebens und -empfangens angenommen. Das war wohl angesichts der drüben herrschenden Not unvermeidlich, wird aber auch von solchen Bewohnern der DDR, die alles andere als Kommunisten sind, immer mehr als Deklassierung empfunden. Eine wirkliche Zusammenarbeit wird daher erst möglich werden, wenn vorher dieses Wohlstandsgefälle beseitigt oder doch erheblich gemildert wird.

Das kann nur dadurch erreicht werden, daß die Bundesrepublik der DDR eine sehr erhebliche Wirtschaftshilfe gewährt. Ich halte es für schwer vorstellbar, daß in einem Lande wie Frankreich oder Großbritannien, wäre es auf ähnliche Weise geteilt wie Deutschland, die Regierung des freien Teils Hunderte von Millionen als Entwicklungshilfe an ferne Länder zahlt, o h n e gleichzeitig dem kommunistisch regierten Teil ihres Landes so viel Hilfe zu gewähren, daß dessen Regierung mehr Bewegungsfreiheit erhält, und daß dessen Bewohner ein Leben führen können, das sich nicht allzu kraß vom Leben ihrer freien Landsleute unterscheidet. In Deutschland, wo Solidarität noch niemals großgeschrieben worden ist, kann das leider geschehen. (Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: ich bin kein Gegner der Entwicklungshilfe, nur sollte sie nicht auf Asien und Afrika beschränkt bleiben. Charity begins at home, und zu diesem „zu Hause" zählt für uns Bundesbürger auch die DDR.)

Wenn also Bonn auf ernsthafte Weise Deutschlandpolitik treiben will, so muß es zunächst Mittel und Wege finden, um die Wirtschaft der DDR zu stützen. Daß dabei manche Schwierigkeiten zu bedenken und zu überwinden sind, soll man nicht verkennen; sie sind aber nicht unüberwindlich. Nur komme man nicht mit dem Argument, das Regime werde dadurch aufgewertet; viel eher werden die Beziehungen über die Zonengrenze hinweg aufgewertet, was im beiderseitigen Interesse liegt.

7. These: Das erste gemeinsame Interesse, für das eine Zusammenarbeit angestrebt werden sollte, ist die Sicherung des Friedens und die Förderung der Entspannung.

Seit Jahren wird zwischen der Bundesregierung und den Amerikanern darüber gestritten, ob man die Wiedervereinigung durch Entspannung oder die Entspannung durch Wiedervereinigung erreichen könne und müsse. Der Streit ist einigermaßen müßig, weil er um einen späteren Schritt geführt wird, vor dem zunächst andere getan werden müssen. Zudem muß heute das eigentliche Ziel jeder Außenpolitik — übrigens nicht nur der deutschen — nicht die Wiedervereinigung oder ein anderes nationales Ziel sein, sondern die Sicherung des Weltfriedens. Hinter ihr müssen andere Wünsche zurücktreten oder sogar unerfüllt bleiben.
Die Sicherung des Friedens ist nur über eine fortschreitende Entspannung, zunächst der Verhältnisse zwischen der Sowjetunion und den USA zu erreichen. Dabei fällt aber der deutschen Außenpolitik eine nicht ganz unwichtige Rolle zu. Beide deutsche Staaten können dadurch, daß sie Spannungen zwischen sich abbauen, zur Verminderung der weltpolitischen Spannung beitragen. Vereinbarungen über den militärischen Status der beiden Teile Deutschlands, über die Stellung Berlins und dergleichen sind notwendigerweise Themen für die Verhandlungen der Großmächte untereinander. Dagegen gibt es aber eine Fülle von administrativen Problemen — von den Passierscheinen in Berlin und anderswo, über den Straßen- und Brückenbau bis zu Fragen des Handelsverkehrs —, die ganz oder mindestens überwiegend in die innerdeutsche Zuständigkeit fallen. Gerade diese sogenannten „technischen Kontakte", von denen in letzter Zeit so viel gesprochen wird, sind ein Beispiel dafür, wie viele Schwierigkeiten durch eine faktische Anerkennung Pankows aus dem Wege geräumt werden könnten. Die Fortschritte bei den meisten dieser Verhandlungen lassen nur deshalb auf sich warten, weil Pankow immer wieder mit dem Wunsch nach faktischer Anerkennung Steine in den Weg rollt. Schlägt man ihm dieses Argument aus der Hand, so wird es viel schwieriger und nicht selten überhaupt unmöglich sein, vernünftigen Regelungen auf einzelnen Sachgebieten auszuweichen. Jedes derartige Abkommen über technische Einzelfragen vermindert aber die Spannung innerhalb Deutschlands und bedeutet damit einen Beitrag zur weltpolitischen Entspannung. Je weiter diese aber gefördert wird, um so besser werden auch die Voraussetzungen für eine engere Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten mit dem Fernziel einer eventuellen Wiedervereinigung.

8. These: Es kommt darauf an, das Verhältnis beider deutscher Staaten aus dem jetzigen Gegeneinander über ein friedliches Nebeneinander in ein fruchtbares Miteinander zu verwandeln: selbst dieses wäre von einer Wiedervereinigung noch weit entfernt.

Man darf sich nun diesen Prozeß einer Annäherung der beiden deutschen Teilstaaten weder einfach vorstellen noch

darf man übersehen, daß sich die Deutschlandpolitik in einer paradoxen Situation befindet. Die Notwendigkeit, mit den früher benutzten Methoden — also möglichst weitgehende Ignorierung der DDR, Hallsteindoktrin usw. — zu brechen, beruht auf der Erkenntnis, daß die Wiedervereinigung durch die internationale Entwicklung so unwahrscheinlich geworden ist, daß sie beinahe als aussichtslos erscheint. Gleichwohl sollte die nunmehr zu praktizierende Deutschlandpolitik die M ö g l i c h k e i t einer Wiedervereinigung zu einem sehr späten Zeitpunkt niemals aus dem Auge verlieren. Mehr noch, sie sollte tunlichst alles vermeiden, was eine Wiedervereinigung schlechterdings ausschließt.

Die Bundesregierung darf niemals vergessen, daß die Pankower Regierung — mindestens in ihrer derzeitigen Zusammensetzung — noch auf längere Zeit mehr an der Stabilisierung ihrer eigenen Stellung als an gesamtdeutschen Fortschritten interessiert sein wird. Die Bundesregierung muß daher bei aller Entschlossenheit, den derzeitigen toten Punkt zu überwinden, sehr behutsam zu Werke gehen. Es wird zunächst kaum viel mehr möglich sein als das, was die Kommunisten die friedliche Koexistenz nennen. Schon diese wäre aber ein Fortschritt gegenüber dem heutigen Zustand. Ist sie erreicht, so wird die Bundesregierung darauf bedacht sein müssen, die Regierung der DDR vornehmlich zu solchen Maßnahmen und Vereinbarungen zu bewegen, die zwar auf kurze Sicht sehr wohl der Festigung der DDR dienen, gleichzeitig oder mindestens auf längere Sicht aber gesamtdeutschen Interessen dienen und damit den Weg eröffnen, auf dem man vom friedlichen Nebeneinander zu einem gedeihlichen Miteinander gelangen kann.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Deutschlandpolitik die Aufmerksamkeit und Kraft der Bundesregierung in viel höherem Maße beanspruchen wird als alles, was bisher auf diesem Gebiet geschehen ist. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, das als Signal für den Beginn einer neuen Politik in „Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen" umgetauft werden sollte, würde damit auf lange Zeit zu dem vielleicht wichtigsten Ressort der Bundesregierung. Wenn sein Chef, wie das heute schon der Fall ist, zugleich Vizekanzler wäre, so würde das dem Rang dieses Ministeriums auch äußerlich Ausdruck verleihen. Daß einem solchen Ministerium die Aufgabe zufiele, innerdeutsche Außenpolitik zu treiben, ist nur ein weiteres Symptom für die eben schon erwähnte Paradoxie der Deutschlandpolitik; es bedeutet aber auch, daß ein Ministerium für innerdeutsche Beziehungen in engster Fühlung mit dem Auswärtigen Amt arbeiten müßte.

9. These: Ob die heute völlig aussichtslos erscheinende Wiedervereinigung zu einem viel späteren Zeitpunkt noch möglich sein wird, ist zwar auch eine außenpolitische, vor allem aber eine gesellschaftspolitische Frage.

Die bereits erwähnte These der Bundesregierung und anderer Leute, daß die Entspannung durch Wiedervereinigung erreicht werden müßte, ist angesichts der internationalen Entwicklung seit 1960 einfach weltfremd. Aber auch die Gegenthese, daß internationale Entspannung zur Wiedervereinigung führen werde, setzt die Akzente falsch. Sie versteht nämlich die Wiedervereinigung als ein überwiegend außenpolitisches Problem, während die gesellschaftspolitischen Schwierigkeiten, die heute schon damit verbunden sind und morgen erst recht ins Gewicht fallen werden, durchweg viel zu gering eingeschätzt werden. Es ist durchaus denkbar, daß die internationalen Hindernisse, die heute einer Wiedervereinigung im Wege stehen, zu einem späteren Zeitpunkt verschwinden könnten, daß dann aber trotzdem die Wiedervereinigung nicht mehr möglich wäre, weil die Gesellschaftsordnungen hüben und drüben inzwischen so verschieden geworden sind, daß eine Überbrückung nicht mehr möglich erschiene.

Hier in Westdeutschland setzen wohl manche Beobachter ihre Hoffnung darauf, daß die stetig fortschreitende Auflockerung innerhalb der kommunistischen Welt auch vor der DDR nicht haltmachen werde. Das ist wahrscheinlich richtig, darf aber nicht zu dem Trugschluß führen, daß in absehbarer Zeit die DDR etwas anderes sein werde als ein kommunistisches Staatswesen. Ebenso sollte man nicht zu große Hoffnungen darauf setzen, daß eines Tages auch in der DDR die nationale Komponente stärker werden könnte als die ideologische, womit dann auch eine Bereitschaft zur Änderung der Gesellschaftsordnung wüchse, die wiederum eine Wiedervereinigung erleichtern könnte. Das alles ist nicht ausgeschlossen, würde aber, soweit solche Prognosen heute überhaupt möglich und sinnvoll sind, bestenfalls zu Korrekturen an der heute bestehenden Ordnung, nicht aber zu deren radikaler Änderung führen. Darum müssen auch auf bundesrepublikanischer Seite Maßnahmen erwogen und ergriffen werden, die dazu dienen, Überspitzungen der hiesigen Gesellschaftsordnung abzuschleifen, die eine Entwicklung fördern, deren Ziel eine Begegnung an einem Punkt sein muß, der irgendwo zwischen den gesellschaftlichen Vorstellungen liegt, die heute in beiden Teilen Deutschlands maßgeblich sind.

10. These: Erste Voraussetzung jeder konstruktiven Bonner Deutschlandpolitik ist der Verzicht auf den Antikommunismus im Sinne des kalten Krieges; das Regime in Pankow soll nicht beseitigt, sondern modifiziert werden.

Die Teilung Deutschlands ist zwar eine Frucht des von Hitler entfesselten und daher von uns Deutschen zu vertretenden Krieges, aber die fortschreitende Entfremdung der beiden Teile Deutschlands war nur möglich im politischen Klima des kalten Krieges. Während die Teilung gegenwärtig und in naher Zukunft kaum zu beseitigen sein dürfte, ist es nicht unmöglich, der weiteren Entfremdung der beiden Teile Einhalt zu gebieten. Das erfordert allerdings eine Änderung des politischen Klimas. Im internationalen Bereich ist dieser

Klimawechsel schon lange im Gange. Der kalte Krieg ist zwar noch nicht vorüber, doch ist er, wenn man zum Vergleich etwa die frühen fünfziger Jahre heranzieht, soweit gemildert worden, daß es verständlich ist, wenn manche Leute ihn bereits als beendet ansehen. Nur im innerdeutschen Bereich wird das Klima des kalten Krieges künstlich von beiden Seiten aufrechterhalten. Auf der einen Seite herrscht immer noch der Stalinismus, auf der anderen Seite ein Antikommunismus, der den Wandel innerhalb der kommunistischen Welt einfach nicht zur Kenntnis nehmen will.

Nichts kennzeichnet diesen blinden Antikommunismus besser als die Tatsache, daß man in der Bundesrepublik immer noch fast automatisch als fellow traveller, als Weg- und Gesinnungsgenosse des Kommunismus eingestuft wird, wenn man sich gegen solche Art von Antikommunismus ausspricht. Nichts ist törichter. Es gilt, den heute noch landläufigen Antikommunismus nicht durch Kommunistenfreundlichkeit zu ersetzen, sondern durch eine sachliche, nüchtern beobachtende, wohlinformierte Haltung. Fast fünfzig Jahre nach der Oktoberrevolution geht es nicht mehr an, den Kommunismus als eine politische Seuche anzusehen, die mit allen Mitteln ausgerottet werden muß; vielmehr müssen wir endlich begreifen, daß es sich bei ihm um ein historisches Phänomen handelt, das wie andere solche Phänomene von einiger Dauer ist und Wandlungen durchmacht, die seine eigenen Schöpfer nie vorausgesehen haben. Der Kommunismus ist ein bedeutender Versuch, das Zusammenleben der Menschen auf sinnvolle und menschliche Weise zu gestalten; daß bei der Durchführung dieses Versuches Erscheinungen auftreten, die zu seinen eigenen Prinzipien im krassesten Widerspruch stehen, ist keine Eigentümlichkeit des Kommunismus, wie sicher ein Blick auf die Geschichte des Christentums lehrt.

Nur wenn wir gegenüber dem Kommunismus und seinen längst nicht mehr einförmigen, sondern mannigfaltigen Erscheinungen diese sachliche Einstellung gewinnen, können wir auch im innerdeutschen Verhältnis zu einer konstruktiven Politik vordringen. Gewiß ist der Kommunismus in der sowjetischen Besatzungszone gewaltsam oktroyiert worden und würde heute vermutlich bei einer freien Abstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt werden. Da aber, wie der 17. Juni 1953 und später der ungarische Volksaufstand gelehrt haben, die Sowjetunion dergleichen nicht zuläßt, kann das Ziel einer Bonner Deutschlandpolitik, die der Wirklichkeit Rechnung trägt, nicht die Beseitigung des Pankower Regimes sein, sondern eine Änderung. Wir müssen erreichen, daß die DDR durchgreifend entstalinisiert wird und mindestens d a s Maß von relativer innerer Freiheit erlangt, wie es heute in Ungarn herrscht. Auch der oktroyierte oder Besatzungskommunismus ist eine auf Dauer angelegte Erscheinung. Nur wenn wir sie als solche hinnehmen, haben wir Aussicht, in gewissem Umfang darauf Einfluß zu gewinnen.

11. These: Die politische Anerkennung und die wirtschaftliche Unterstützung durch die Bundesrepublik wird den Wandlungsprozeß in der DDR beschleunigen; inzwischen sollte die Bundesrepublik gründliche Selbstkritik üben, um sich für eine innerdeutsche Zusammenarbeit instand zu setzen.

Die Entstalinisierung der DDR ist ein Prozeß, der bereits im Gange ist und nicht aufgehalten werden kann, weil anders dieser Teil der kommunistischen Welt in Widerspruch zu den dort im übrigen geltenden Lebensformen geraten müßte. Es liegt jedoch in der Hand der Bundesrepublik, ob sie diesen Wandlungsprozeß beschleunigen will. Die beiden Mittel, die ihr dazu verfügbar sind, haben wir hier bereits kennengelernt: politische — aber nicht unbedingt völkerrechtliche — Anerkennung und wirtschaftliche Förderung. Peter Bender hat in seinem vorzüglichen Buch OFFENSIVE ENTSPANNUNG darauf hingewiesen, daß es zu den paradoxen Aufgaben einer konstruktiven Bonner Deutschlandpolitik gehört, dem Regime in Pankow die Angst vor seiner eigenen Hinfälligkeit zu nehmen, weil diese Angst die Führer der DDR daran hindert, nun ihrerseits konstruktive — statt obstruktiver — Politik zu treiben, wie sie im Interesse beider Teile Deutschlands liegt.

Sollte sich die Bundesregierung zu diesen beiden Maßnahmen entschließen, so wäre es freilich damit noch nicht getan; während der solchermaßen beschleunigte Wandlungsprozeß in der DDR Fortschritte macht, müßten alle verantwortlichen Politiker und Bürger der Bundesrepublik ihre eigenen Positionen überprüfen. Im kommunistischen Sprachgebrauch nennt man das „Selbstkritik üben", und ich vermag nicht zu sehen, warum man das, was innerhalb der kommunistischen Welt meistens nur ein Ritual zum Zwecke der Demütigung selbständig denkender Genossen ist, in einem freien Staatswesen nicht ernsthaft und fruchtbar angewendet werden sollte.

Solche Selbstkritik sollte uns nicht nur offenbaren, an welchen Punkten der Nachkriegsentwicklung die Bundesrepublik zur Zementierung der Teilung Deutschlands beigetragen oder Möglichkeiten einer innerdeutschen Entspannung versäumt hat. Sie sollte uns auch Klarheit darüber verschaffen, wo wir bei dem Versuch, in Zukunft zu einer Zusammenarbeit zu gelangen, Zugeständnisse machen und eigene „Errungenschaften" aufgeben können und sollen; und wo wir andererseits nicht nachgeben dürfen, weil anders wir unsere Freiheit gefährden würden. Nur wenn wir beides tun — und klarstellen, was verhandelbar ist und was nicht —, frühere Fehler eingestehen, um sie nicht zu wiederholen, werden wir eines Tages, wenn der Wandlungsprozeß in der DDR weit genug fortgeschritten sein wird, imstande sein, die innerdeutsche Zusammenarbeit zu begründen, ohne die es in Europa und darüber hinaus keinen dauerhaften Frieden geben kann.

12. These: Die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates ist von untergeordneter Bedeutung; wichtiger ist die Herstellung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit in beiden Teilen Deutschlands und deren Eingliederung in eine europäische Arbeitsgemeinschaft.

Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten sollte, wie ich vorher gesagt habe, auch unter den heutigen Verhältnissen das Fernziel der Bonner Deutschlandpolitik bleiben. Allerdings habe ich deutlich zu machen versucht, daß mir höchst zweifelhaft ist, ob sich das Ziel erreichen lassen wird. Zum mindesten muß von vornherein auch die Möglichkeit, daß die Teilung Deutschlands historisches Schicksal und damit endgültig ist, in Rechnung gestellt werden. Es könnte sein, daß das Jahr 1945 das „finis Germaniae" im Sinne der nationalstaatlichen Geschichte bedeutet hat.
Wir sollten uns heute schon darüber klar werden, daß diese Frage von untergeordneter Bedeutung ist. Obwohl wir gegenwärtig an verschiedenen Stellen der Welt so etwas wie eine Renaissance des Nationalismus erleben, steht dennoch fest, daß die Epoche des Nationalstaates vorüber ist. Die technische und wissenschaftliche Entwicklung hat dem Zeitalter, das im Zeichen der Herrschaft stand, ein Ende bereitet und ein neues Zeitalter heraufgeführt, welches im Zeichen der Zusammenarbeit stehen wird. Die Grenzlinie zwischen zwei solchen Epochen der Menschheit verläuft niemals so deutlich, daß sich der Übergang von der einen zur anderen mit Sicherheit fixieren ließe. Solche Grenzscheiden lassen sich auch nicht auf ein bestimmtes Jahr fixieren, sondern brauchen meistens viele Jahrzehnte zu ihrer Ausbildung. Das Ende der nationalstaatlichen Ordnung in Europa begann am 1. August 1914, obwohl merkwürdigerweise das Ende des Ersten Weltkrieges mit Wilsons Selbstbestimmungsrecht noch eine nationalstaatliche Spätblüte heraufführte. Heute wissen wir nicht, wie lange die Übergangsperiode noch dauern wird. Wohl aber wissen wir, daß wir auf dem Wege, der vom Nationalstaat fortführt, seit 1919 eine weite Strecke zurückgelegt haben.

Daher ließe sich sogar sagen, daß das Verlangen nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands in mancher Beziehung unzeitgemäß sei, doch gibt es Gründe, die davon trotzdem eine Entspannung in Europa erhoffen lassen. Wir sollten aber immer vor Augen haben, daß die Frage, ob die Deutschen in Europa künftig in einem Staat oder in zwei Staaten leben werden, von untergeordneter Bedeutung ist. Wichtiger sind zwei andere Dinge. Einmal ist wichtig, daß alle Deutschen, die Bewohner der Bundesrepublik ebenso wie diejenigen der DDR, ein Höchstmaß von persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit genießen können. Und zum andern ist wichtig, daß die Deutschen, wie immer ihre staatliche Organisation beschaffen sein mag, sich eingliedern in eine europäische Arbeitsgemeinschaft, welche ihrerseits wieder Glied einer größeren Gemeinschaft werden kann. Nur wenn es gelingen sollte, die internationale Zusammenarbeit unbeschadet aller Unterschiede ideologischer und gesellschaftspolitischer Art zu sichern, wird es gelingen, den Frieden zu begründen, dessen einzige Alternative auf längere Sicht der Selbstmord der Menschheit wäre.

Narrenfreiheit in der Zwangsjacke? Aufgaben und Grenzen kritischen Denkens in der Bundesrepublik

Karl Markus Michel

Ich glaube, daß Sie alle, wenn von den Aufgaben und Zielen kritischen Denkens die Rede ist, zweierlei im Auge haben, ein Maximum und ein Minimum: es soll alles anders werden, und: es soll alles so bleiben wie es ist, wenigstens so, wie es ist. Proske und Paczensky sollen bleiben (schon zu spät), „Die Zeit", der „Spiegel", die „neue kritik" sollen bleiben (man wird ja sehen), Strauß soll bleiben (ich meine in Bayern — aber wer bändigt ihn dort?), die Notstandsgesetze sollen uns vom Halse bleiben . . . Der letzte, nachgerade schon fromme Wunsch rührt an einen Punkt, wo die beiden Ziele, die sich scheinbar gegenseitig ausschließen, einander berühren; wo das Minimum zur Voraussetzung für das Maximum wird, gerade indem es das Bestehende sanktioniert. Der viel berufene Status quo ist ja, wir wissen es, nicht nur Hätschelkind und Prügelknabe, sondern auch eine sehr labile Angelegenheit, mit der ständigen Tendenz, in einen Status peior abzugleiten; er bedarf dringend der „Zementierung", wenn er als Basis für ein politisches Handeln dienen soll, dessen Ziel es wäre, die nur formale Demokratie beim Wort zu nehmen, ihr Hand und Fuß und vor allem Vernunft zu geben. Dieses Wenn-Dann-Verhältnis zwischen Maximal- und Minimalziel ist jedoch umkehrbar, denn wenn wir den Status quo nicht als Selbstzweck akzeptieren, oder als schon flüchtigen, schönen Augenblick feiern wollen, dann muß das Andere, dem er das Tor offen halten soll, sich auf den Weg machen, und zwar augenblicks. Falls es das nicht tut, ist der

kritische Widerstand gegen den Torschluß in Tat und Wahrheit das, was er gescholten wird: destruktiv, politisch unverantwortlich. Er stört einen Prozeß, der im Sinne des wirtschaftlichen Systems, ja des gesamtgesellschaftlichen Zustandes liegt, dem so viele so vieles verdanken, was sie, auf gewissen Rechten, Gewohnheiten, Freiheiten, beharrend, leicht verscherzen könnten, dann nämlich verscherzen könnten, wenn sie diese nicht politisch fruchtbar machen. Das freilich ist mit verbaler Kritik allein nicht zu schaffen, heute nicht mehr, und unterwanderten die Intellektuellen auch die „Bild"-Zeitung. Wenn die Neue Linke heute die Entwicklung der letzten 15 Jahre ins Unrecht setzen will, so ist das nur der Reflex der Tatsache, daß sie selbst von dieser Entwicklung ins Unrecht gesetzt wurde, bevor sie sich noch gebildet hatte. Alles soll anders werden? Es wird anders werden. Ganz anders.

Das ist ein düsterer und sehr schematischer Aspekt einer sehr komplexen Situation. Man kann auch ein rosigeres Konterfei zeichnen. Etwa so: Die Stunde der Intellektuellen hat geschlagen. Kaum je waren sie so umschmeichelt, so umworben wie heute. Fast sind sie Thema Nr. 1 von Zeitschriften, Stehpartys, Rüstzeiten und Akademietagungen. Loccum ruft sie, und Strauß schart sie um sich (er spricht vom brain trust), der Kanzler steht nicht nach (er spricht von den „Köpfen des geistigen Lebens", das sind so kleine Unterschiede), und da kommen keineswegs nur die wohlgelittenen positiven Intellektuellen angereist, es geht schön paritätisch zu, nur daß die Achse ziemlich weit nach rechts verschoben ist, ihren Mittelpunkt bildet etwa Gehlen oder Dumitriu, und als Vertreter der Linken gilt in München Golo Mann, in Bonn Rolf Schroers. Es gibt eine klassische Regel der Politik gleich welcher Couleur, die Kolakowski 1956 in Erinnerung rief: „Der Umfang, in dem die Intelligenz am Regierungssystem beteiligt ist, verhält sich gewissermaßen umgekehrt proportional zum Grad der Unterdrückung, denn je weniger man mit geistigen Mitteln regieren kann, um so mehr muß man es mit Mitteln der Gewalt tun." Das setzt allerdings voraus, daß der Geist der Intellektuellen und die Gewalt der Regierenden einander ausschließen, nicht nur verbal, sondern strukturell: eine sehr optimistische Voraussetzung im Zeitalter der verwissenschaftlichten Politik. Man könnte Kolakowskis Gleichung leicht auf den Kopf stellen: je mehr ein Regierungssystem oder eine Partei darauf aus ist, Freiheiten zu beschränken, desto mehr bedarf sie der Mitwirkung der Intelligenz, um nicht in den Geruch zu kommen, den sie verbreitet. Daß sie aber glaubt, die Intelligenz als Desodoranten nötig zu haben, ist immerhin ein Erfolg von dieser. In der Tat haben die westdeutschen Intellektuellen, die lange genug nur Familien gründeten und dabei ihr bekannt schlechtes Verhältnis zum Staat oder (wie Sieburg sagte) zur Macht kultivierten, in der letzten Zeit diesem schlechten Verhältnis auch Ausdruck gegeben. Die guten Noten, die sie vom befreundeten Ausland bekamen, stärkten ihnen den Rücken; sie krittelten hier und dort und traten dann auch zum Frontalangriff an, dem sogar Erfolg beschieden war: die „Spiegel"-Affäre, die Abhöraffäre, die Heye-Affäre — ich wollte ein rosiges Bild zeichnen, muß aber, der Kontrastwirkung wegen, ein paar dunklere Tinten auftragen: die „Spiegel"-Affäre etc.? Das waren, falls überhaupt, Erfolge der Journalisten, gerade auch derer, die man nicht ohne weiteres zu den Intellektuellen rechnet, die es selbst nicht tun. Wirkungslos verhallt wäre damals die Stimme der Intellektuellen ohne die Massenmedien, die mittlerweile ganz nüchtern, wenn nicht wohlwollend, die Chancen von Strauß, ins Kabinett zurückzukehren, erörtern; die sich dafür einsetzen, daß das, was bisher illegal geschah, fürderhin legal geschehe; die eifrig der inneren Führung das Wort reden, ohne auch nur eines darauf zu verschwenden, daß es dort, wo geführt wird, auch ein Ziel gibt. Und wenn nun wirklich Strauß zurückkehrt, das Notstandsgesetz durchgepaukt und gar jenes verschwiegene, doch allgegenwärtige Ziel anmarschiert wird? Was bleibt dann von dem „Spiegel"-Mythos, den die Intellektuellen sich so eifrig fabriziert haben, um ihn sich wohlgefällig vorzuhalten? Daß ein solcher Mythos entstand, ist verständlich und nicht einmal zu verurteilen: er gab den Intellektuellen das Selbstbewußtsein, das ihnen, wenn auch sonst nicht, doch in politicis fehlt. Es ist an der Zeit, ihn zu durchschauen und zu verabschieden, denn das Selbstbewußtsein, das er vermittelt, steht auf schwachen Beinen. Es rührt nicht daher, daß etwas erreicht wurde, sondern daher, daß etwas verhindert oder auch nur hinausgezögert wurde. Die Kritik war nichts weiter als eine Reaktion, also selbst in ihrer Wirkung noch abhängig von dem, was sie herausgefordert hatte. Sich ihrer zu erfreuen, hieße sich dieser Herausforderung erfreuen, also letztlich der repressiven Gewalt, gegen die man sich kehrt. Hierzulande muß, so scheint es, erst einer etwas im Schilde führen, bevor die Intellektuellen sich regen: dann freilich tun sie es mannhaft: als Konservative, als Nachtwächter. Was nicht aufgeht in diesem Schema, ist eine esoterische Kritik im Winkel, mit oder ohne theoretische Fundierung, wobei die Produzenten und die Konsumenten dieselben sind. Ihre Kräfte vergeuden sie meist damit, sich gegen andere Grüppchen abzugrenzen, und die Befriedigung darüber, daß „es" „ihnen" wieder einmal gesagt wurde, muß über die Enttäuschung hinwegtrösten, daß „es" „ihnen" nicht zu Ohren gedrungen ist, daß „es" für die Katz war.

Das zweite Konterfei, das rosig werden sollte, aber leider nicht werden konnte, ist nicht weniger schematisch als das erste. Schematisch sind sie beide durch die Perspektive, dank deren die Intellektuellen als Gruppe erscheinen. Es ist dies eine durch ein Dreivierteljahrhundert erprobte und eingespielte Perspektive: der Blick auf eine Minderheit, aggressiv oder hämisch oder nur kopfschüttelnd, ein Blick jedenfalls, der Realitäten schafft, indem er sie suggeriert. Und wenn es auch niemand in der Welt gäbe, auf den die von Anfang an, also seit der Dreyfus-Affäre, als Schimpfwort gemeinte Vokabel zuträfe, die So-Genannten wären trotzdem anzutreffen,

denn jedes Vorurteil setzt sich ins Recht. „Wir Intellektuellen", sagen längst schon — bald stolz, bald wehleidig — die Betroffenen und die sich gern betroffen fühlen möchten, und es fällt ihnen nicht schwer, sich der Anklage gemäß zu verhalten, also eine gesellschaftlich zudiktierte Rolle zu spielen. Wer aber behauptete, das sei nichts als ein abgekartetes Spiel, täte beiden Seiten unrecht. Das Spiel steckt voller Improvisationen und Pannen, voller Überraschungen für beide Seiten, weil die wechselnden Spieler — diese Stars und Komparsen, Routiniers und Dilettanten, diese Vollstrecker und Opfer einer gesellschaftlich geforderten Arbeits- nein Bewußtseinsteilung —, weil diese Intellektuellen in der ihnen zugesprochenen Gruppenrolle nicht ganz aufgehen. Weil sie keine Gruppe sind.

Was aber sind sie? Die Definitionen drängen und balgen sich, zur Zeit hat die von Schumpeter Oberhand, aber man stellt ihr Beine. Ich würde mich, wenn man mich fragte, augenzwinkernd für die von C. Wright Mills entscheiden: ein Intellektueller ist jemand, der wirklich seine eigenen Reden schreibt — was sowohl den, der sie sich schreiben läßt, als auch den, der sie für andere schreibt, ausschließt, aber keineswegs klärt, was denn als Rede gelten darf —, sie muß vermutlich intellektuell sein, quod erat demonstrandum. Alle diese Definitionen rationalisieren nur die irrationale Perspektive. So gälte es also, zu differenzieren? Das geschieht schon, von außen wie von innen; zum Beispiel nach dem Grad der Linksabweichung vom Bundeskurs. Und daß man innerhalb des größeren Haufens den kleineren der Gruppe 47 hat, erleichtert ungemein die Orientierung, für beide Seiten. Erschwert wird sie allerdings dadurch, daß neben die bürgerliche und die sozialistische, die engagierte und die freischwebende, die literarische und die politische Intelligenz neuerdings auch noch die technische tritt, die uns vor ganz eigene Probleme stellt. Dabei sind die verschiedenen Grade der Intellektualität noch gar nicht berücksichtigt, als sei man, was immer auch sonst noch, entweder normal oder intellektuell, wie man entweder Mann oder Frau ist. Noch weniger (und auch nicht in der ausgedehnten Literatur über die Intelligentsia) wird berücksichtigt, daß es so etwas wie temporäre und partielle Intellektualität gibt, fast im Sinne des für die Vorpubertät, die Zeit der Erprobung von Indentifikationen typischen Rollenspiels. Man tanzt auf mehreren Hochzeiten, hier Ländler und dort Twist, und das braucht keineswegs ein Zeichen von Unredlichkeit zu sein, noch weniger von Virtuosität, vielmehr von unkontrollierter Bewußtseinsspaltung oder -schichtung unter dem Zwang der Anpassung an verschiedene Lebensbereiche. Es gibt nicht nur das Nebeneinander von Arbeits- und Freizeit-Ich, es gibt auch, zumal bei Akademikern, die scharfe, gleichwohl unbewußte Spaltung von speziellem und allgemeinem Bewußtsein. Oft ist es nur ein dünner Schleier, der das eine vom anderen trennt, doch ihn zu zerreißen, erforderte eine Anstrengung, die der einer neuen Identitätsbildung gleichkäme, und dies ohne Hilfe eines dafür bereitgestellten Identifikationsmusters. Denn Intellektueller zu sein, ist zwar eine Art gesellschaftlicher Auftrag wie meinetwegen Dorfdepp zu sein, und er ergeht nicht unbedingt an einen, der dafür prädestiniert ist, sondern oft einfach an den, der sich besser als die andern dafür eignet — auch die Klippschule hat ihre Intellektuellen, angeblich sogar die CDU —, aber wenn man schon Bürgermeister oder Kantor oder Büttel ist, kann man nicht auch noch Dorfdepp werden, selbst wenn man das Zeug dazu mitbringt und der Posten gerade verwaist ist; es sei denn —. Ja, da zeichnet sich eine Möglichkeit ab, die nicht nur den schon Designierten zugute käme, sondern die auch den vielen potentiellen und Schmalspurintellektuellen zur Würde des Vollintellektuellen verhelfen könnte. Eine Möglichkeit, die zugleich den verstreuten Einzelgängern und Grüppchen unseres residenzlosen Landes Rückhalt und Macht, sozusagen eine Über-Residenz geben könnte: nicht differenzieren und trennen, sondern sammeln und organisieren heißt das Rezept. Stellen wir uns vor: ein großer Verband, der alle Intellektuellen (und die es gern sein möchten und die mit ihnen sympathisieren) sammelt, zu einer pressure group zusammenschweißt und dann im politischen Kräftespiel auftritt — damit könnte viel erreicht werden, nämlich genau das, was den Anspruch der Intellektuellen, diesen so arroganten, so ärgerlichen, so undemokratischen Anspruch, nicht nur ihre eigenen Interessen zu vertreten, sondern für das Ganze zu sprechen, restlos kassierte. Vielleicht wäre ein solcher Intelligenzbund in manchen Fällen sogar in der Lage, mehr durchzusetzen, als es die vereinzelt agierenden Intellektuellen jetzt vermögen, aber er wäre zugleich domestiziert, vergesellschaftet, aufgeschluckt von der auf ihren Pluralismus stolzen Sozietät. Seine Meinung nähme nicht länger (um ein bekanntes Diktum zu zitieren) einen Raum ein, der größer ist als diese Meinung; er bekäme im Rundfunk eine seiner gesellschaftlichen Repräsentanz angemessene Sendezeit eingeräumt, erhielte Sitz und Stimme in etlichen Gremien, Ausschüssen, Beiräten, und alles hätte seine Ordnung: Herr X, der Vertreter des Intelligenzverbandes, forderte . . . gab zu erwägen . . . lenkte ein . . . unterlag . . .

Ich glaube, es könnte in Kürze dahin kommen, und zwar ohne eine entsprechende Initiative der Intellektuellen, allein durch den allgemeinen Druck, der sie in einen Winkel drängte, zur „Notgemeinschaft Kritik" zusammenpreßte, und dann wären sie erst recht fungibel. Also käme es doch auf eine Sammlung an, die dem vorbeugte? Ja, aber im Bewußtsein, durch Bewußtsein, und das wäre zugleich eine Differenzierung: nicht um Grenzen zu ziehen, Konventikel zu bilden, Unterschiede zu fetischisieren, sondern um Unterschiede zu begreifen und dadurch aufzuheben; um die gesellschaftliche Situation der Intelligenz zu erkennen und dadurch zu verändern; um die Möglichkeiten kritischen Denkens abzustecken und dadurch zu erfüllen. Voraussetzung dieser Selbstkritik der Kritik, über die sich so leicht sprechen läßt, wäre aber, daß man sich das Sprechen schwer machte. Die Basis für ein neues, virtuell gemeinsames Bewußtsein kann

keine andere als die der Sprache sein. Ein Merkmal der heutigen Intelligenz ist — mag es auch von außen anders aussehen — ihre Sprachlosigkeit: ein Kommunikationsverlust, der sich sowohl in vorschnellem, vorbegrifflichem Einverständnis ausdrückt, als auch in einer babylonischen Vielfalt von Sondersprachen, zwischen denen es kaum noch eine Verständigungsmöglichkeit gibt. Wenn schon der Marxist den Marxianer nicht mehr versteht, wie sollen sich dann Literat und Politologe, Natur- und Geisteswissenschaftler verständigen können? Die Folge der Sprachlosigkeit ist eine partielle Dummheit, der notwendige Preis für die notwendige Spezialisierung, den wir alle zahlen müssen und nur zu bereitwillig zahlen. Die Lust am Kritisieren leidet darunter wenig, doch steht sie oft in peinlichem Mißverhältnis zur exakten Kenntnis von dem, worüber man spricht. Die den Intellektuellen zugebilligte Narrenfreiheit bewährt sich (freilich im schlechten, verächtlichen Sinn) fast regelmäßig, wenn sie sich mit Politikern oder Unternehmern auf öffentliche Diskussionen einlassen: sie ziehen den kürzeren, weil sie mit facts überfahren werden, denen ihr wishfull thinking nicht gewachsen ist. Wer sich hingegen dem Verdikt, das auf dem „Mitredenwollen", der Verletzung geheiligter Disziplin- und Kompetenzschranken liegt, willig fügt, der gibt von vornherein den Anspruch auf, überhaupt noch zu anderen als zu seinen eigenen Fachkollegen zu sprechen.

Die neue Generation von Intellektuellen, glaube ich, wird besser gerüstet sein als die, die jetzt das große Wort führt, hinter dem oft wenig steht. Diese neue Generation, die Ihre, hat damit aber auch die Aufgabe, ihr Wissen kommunikabel zu machen, also an einer neuen Aufklärung zu arbeiten — an einer Aufklärung nicht der Masse, sondern der Intellektuellen selbst. Verzeihen Sie mir mein Pathos; ich muß oder darf mich schließlich noch zur Generation der großen leeren Worte rechnen, die den Begriff Aufklärung gern gebraucht. Daß ihre Rhetorik Chancen hat, politisch wirksam zu werden, glaube ich nicht. Ich glaube aber, daß wir dringend eine esoterische Aufklärung brauchen — und sei es auch eine Aufklärung, die zum Pessimismus führt, weil sie die Hoffnung, die Welt vernünftig gestalten zu können, eher drosseln als beleben wird. „Wir wissen immer mehr über die moderne Gesellschaft", schreibt Mills, „aber an die Zentren politischer Initative kommen wir immer weniger heran. Die Folge davon ist eine schleichende Krankheit, und sie befällt zu allererst den Intellektuellen, der unter der Illusion gearbeitet hat, er könnte mit seinem Denken etwas ausrichten. Je größer heute seine Kenntnisse von dem, was in der Welt geschieht, desto geringer offenbar die Wirkung seines Denkens. Da mit seinem Wissen auch seine Frustration wächst, muß es scheinen, als führe Wissen zur Ohnmacht. Er fühlt sich hilflos in dem ganz einfachen Sinn, daß er nicht kontrollieren kann, was er vorherzusehen in der Lage ist."[1])

Gleichwohl sieht Mills in diesen zur Ohnmacht verdammten Intellektuellen die einzige Triebkraft, die heute geschichtliche Veränderungen bewirken könnte. Wo aber sollen sie, diese Agenten des Fortschritts mit gebundenen Händen, ansetzen, wo Einfluß gewinnen — im Bereich der öffentlichen Meinung? Durch Aktivierung eines mittleren Bereichs der Öffentlichkeit, jener Sphäre, in der sie ihr Publikum haben und aus der ihre Partisanen kommen? Die letzten beiden Jahre haben gezeigt, daß dies in der Bundesrepublik durchaus möglich ist, und ich glaube, daß die Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft sind, daß sie mit der Breitenstreuung der Bildung eher noch zunehmen werden. Aber sie werden es nur in dem Maße tun, wie wir gegenüber anderen westlichen Ländern hier noch etwas nachzuholen haben. Es wäre eine Illusion, in dieser erst begonnenen und sicher schon bald gestoppten Entwicklung einen allgemeinen geschichtlichen Trend zu sehen, dessen Kraft man sich überlassen kann. Gerade in der Bundesrepublik zeigt sich, deutlicher noch als anderswo, welch enge Grenzen einer Wirkung auf die Öffentlichkeit gezogen sind. Es gäbe nur zwei Tabus bei uns, die Kirchen und die Arbeiter, meint Herr Gehlen und nennt im selben Atemzug ein anderes: er spricht von unserer „radikalen Demokratie", in welcher der Grad des Fortschritts und der Aufklärung sich nicht mehr überbieten lassen. Nicht mehr überbieten läßt sich allerdings auch die politische Verdummung und Verkrampfung, die sakrosankt sind, besonders in der Einstellung gegenüber dem Sozialismus und der DDR. Nein, eine schönere und stabilere Wiedervereinigung, als wir sie derzeit haben, können wir gar nicht kriegen, und das danken wir nicht nur der Bonner Politik, sondern auch dem strammen, blinden, obsessiven Antikommunismus, mit dem das aufgeklärte Volk an seine „Brüder und Schwestern" gekettet ist.

Dies ist nur eines aus einem Rattenkäfig von Tabus, gegen den Vernunft offenbar nicht ankann, solange die Springer-Presse über ihm wacht. Aber sind es denn wirklich Tabus, also Verknotungen in der öffentlichen Meinung? Dann müßten die Intellektuellen, die mit Meinungsbildung schließlich einiges zu tun haben, sie auflösen können, wenn nicht heute, dann morgen über den Baby-, den Busen-, den Bildungsnotstand wird ja auch öffentlich gehandelt, selbst über den Gaullismus. Wie steht es um diese Öffentlichkeit, an der wir alle verzweifeln, auf die wir dennoch immer wieder setzen? Der Strukturwandel, dem sie unterliegt, hat seine Geschichte und darum auch seine Zukunft: wir sollten beide vor Augen haben. Ich möchte ein paar Passagen zitieren — als Dokument und zugleich als Analyse —, die genau hundert Jahre alt sind:

„Der Despotismus stellt sich Ihren Augen immer in den verkommenen Formen der orientalischen Monarchien dar. Aber so verstehe ich ihn nicht. In modernen Gesellschaften muß man auch moderne Methoden anwenden . . . Worum es sich heutzutage handelt ist weniger, die Menschen zu vergewaltigen, als sie zu entwaffnen, ist weniger, ihre politischen Leidenschaften einzudämmen, als sie auszulöschen, ist nicht ihre Instinkte zu bekämpfen, sondern sie irrezuleiten, nicht ihre

Ideen in Acht und Bann zu tun, sondern sie in eine andere Richtung zu lenken und zwar dadurch, daß man sie sich aneignet . . . Das Hauptgeheimnis der Regierungskunst besteht darin, den öffentlichen Geist zu schwächen, und zwar so sehr, daß er sich gar nicht mehr für die Ideen und Prinzipien interessiert, mit denen man heute die Revolutionen macht . . . Heute spricht man so oft von der Macht der öffentlichen Meinung. Ich werde Ihnen zeigen, daß man diese öffentliche Meinung dazu bringen kann, alles das auszusprechen, was man selbst will, wenn man nur die verborgenen Triebfedern dieser Macht kennt. Aber ehe man daran denken kann, die öffentliche Meinung zu lenken, muß man sie verwirren . . . Eines der großen Geheimnisse unserer Zeit ist es, sich der Vorurteile und der Leidenschaften des Volkes zu bedienen, daß man eine Verwirrung der Grundsätze herbeiführt, die jede Verständigung zwischen Menschen, die dieselbe Sprache sprechen und dieselben Interessen haben, unmöglich macht. . . . Nach außen hin muß man von einem Ende Europas bis zum andern die revolutionäre Gärung anregen, die man im eigenen Lande unterdrückt. Die Agitation für die Freiheit im Ausland lenkt die Aufmerksamkeit von der Unterdrückung im Innern ab . . . Um die Darstellung des ganzen Systems in einen Satz zusammenzufassen: die Revolution wird durch den Staat selbst zurückgehalten, auf der einen Seite durch die Angst vor der Anarchie, auf der anderen durch die Furcht vor dem infolge der Revolution eintretenden Staatsbankrott und im ganzen durch den allgemeinen Kriegszustand . . . Die Macht, von der ich träume, ist, wie Sie sehen, keineswegs mit barbarischen Manieren verbunden. Sie muß alle Kräfte und alle Talente der Kultur an sich ziehen, in der wir leben. Sie muß sich mit Journalisten, Advokaten, Rechtsgelehrten, Männern der Praxis und der Verwaltung umgeben, mit solchen Leuten, die von Grund aus alle Geheimnisse, alle Triebfedern des sozialen Lebens kennen, die alle Sprachen sprechen und die Menschen kennen in jedem Milieu. Man muß sie von überall her nehmen, wo man sie findet; denn diese Menschen leisten erstaunliche Dienste, wenn sie ihre geistreichen Methoden auf die Politik anwenden. Außerdem gehört dazu ein ganzer Stab von Volkswirten, Bankiers, Industriellen, Erfindern, Rechnern; denn im letzten Grunde wird sich alles in ein Rechenexempel auflösen . . . Es scheint mir immer so, als glaubten Sie, die modernen Völker hungerten geradezu nach Freiheit . . . Nun, so fragen Sie in Ihren von Grund auf schlaff gewordenen Gesellschaften, in denen der Einzelne nur noch in der Sphäre seines Egoismus und seiner materiellen Interessen lebt, fragen Sie doch einmal die Mehrheit, und Sie werden sehen, ob man Ihnen nicht von allen Seiten antwortet: „Was geht mich die Politik an? Was schert mich die Freiheit?"

So belehrt Machiavelli den ahnungslosen Montesquieu in Maurice Jolys „Gesprächen in der Unterwelt"? Das politische System, das Joly 1864 beschrieb, als wäre es ein Hirngespinst, war das des zweiten Napoleon. Nun, wir sind weiter gekommen. Der Despotismus hat sich noch mehr „humanisiert", also noch mehr verschleiert; offen totalitäre Systeme und Diktaturen muten uns fast schon atavistisch, dilettantisch und hinfällig an. Die Macht verkörpert sich heute nicht mehr in einer Person oder Clique, sie ist anonym, ein Neutrum, und deshalb schier unfaßbar; sie konstituiert sich in einem gewaltigen Produktions- und Verteilerapparat, dem alle unterworfen sind, und zur Lenkung der öffentlichen Meinung bedient sie sich einer besonderen Sparte dieses Apparats, der Bewußtseinsindustrie. Die aber muß, wie Enzensberger es beschreibt, Bewußtsein erst erzeugen, bevor sie es ausbeuten kann, und dazu braucht sie die Intellektuellen. „Ihre primären Energien", sagt Enzensberger, „können der Bewußtseinsindustrie ihre Beherrscher, wer sie auch seien, nicht mitteilen; sie verdanken sie eben jenen Minderheiten, zu deren Elimination sie beauftragt ist: den Urhebern, die sie als Randfiguren verachtet oder als Stars petrifiziert und deren Ausbeutung die Ausbeutung der Konsumenten erst ermöglicht. Was für die Abnehmer der Industrie gilt, gilt erst recht für ihre Produzenten: sie sind ihr Partner und ihr Feind zugleich . . . Die rapide Entwicklung der Bewußtseinsindustrie, ihr Aufstieg zu einer Schlüsselinstanz der modernen Gesellschaft, verändert die soziale Rolle des Intellektuellen. Er sieht sich neuen Gefahren und neuen Möglichkeiten ausgesetzt. Er hat mit Bestechungs- und Erpressungsversuchen neuer und subtiler Art zu rechnen. Freiwillig oder unfreiwillig, bewußt oder unbewußt, wird er zum Komplizen einer Industrie, deren Los von ihm abhängt wie er von dem ihren, und deren heutiger Auftrag, die Zementierung der etablierten Herrschaft, mit dem seinen unvereinbar ist."[3])

Es wäre töricht und nutzlos, sich im Namen der Vernunft dagegen zu stemmen, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu wollen, als hielte die Vernunft es mit der Regression. Dem kritischen Denken, scheint es, bleibt nur dann eine Chance, wenn es sich — ausgerüstet mit neuen Kenntnissen und einer neuen Wachsamkeit — auf das gefährliche Spiel dieser Industrie einläßt, um sie vielleicht doch einmal zu überspielen. Ein heikles, wenn nicht tödliches Rezept. Doch gibt es ein anderes? Kann die Intelligentsia die Arbeiterschaft noch als Garanten ihrer Hoffnungen ansehen? Trifft die von Marx ermittelte Bedingung ihrer Selbstbefreiung noch zu, daß nämlich „die Abstraktion von aller Menschlichkeit, selbst vom Schein der Menschlichkeit im ausgebildeten Proletariat praktisch vollendet ist" und daß „der Mensch in ihm sich selbst verloren, aber zugleich . . . das theoretische Bewußtsein dieses Verlustes gewonnen hat"? Gerade dieser Gewinn ist heute wieder verlorengegangen, denn die Abstraktion von aller Menschlichkeit hat andere Formen angenommen, und sie betrifft nicht mehr allein die Arbeiterschaft. Damit hat aber auch der Klassenkampf andere Formen angenommen. Dem müssen wir uns stellen, um nicht im naiven Glauben, der Verlust des Klassenbewußtseins sei nur das Teufelswerk der Reaktion und lasse sich mit forschem Blick in die Zukunft überwinden, selbst reak-

tionär zu werden. Die Abstraktion, von der Marx spricht, stellt sich in unserer Wohlstandsgesellschaft vorab als psychische Ausbeutung dar: der Apparat greift in das Innere der Person selbst ein. „Es ist", sagt Herbert Marcuse, „als ob der freie Raum, der dem Individuum für seine psychischen Prozesse zur Verfügung steht, sehr viel beengter geworden ist; so etwas wie eine individuelle Psyche, mit ihren eigenen Ansprüchen und Entscheidungen, kann sich nicht mehr entfalten; der Raum ist besetzt von öffentlichen, gesellschaftlichen Mächten ... Damit hat sich aber das politische Gebilde als Ganzes verwandelt. Den Objekten steht kein selbständiges Subjekt mehr gegenüber, das als herrschendes eigene definierbare Interessen und Ziele verfolgt. Herrschaft tendiert dazu, neutral, auswechselbar zu werden, ohne daß durch solchen Wechsel sich das Ganze selbst ändert; Herrschaft ist nur noch bedingt durch die Fähigkeit und das Interesse, den Apparat als Ganzes zu erhalten und zu erweitern."[4])

Da nun aber, möchte man einwenden, dieser Apparat heute mehr denn je (mehr als in Jolys makabrer, wiewohl der Realität nachgezeichneter Utopie) der Mitwirkung der Wissenschaft bedarf und virtuell als verwissenschaftlichte Repression funktioniert — sollte da nicht gerade der Intellektuelle ihn beeinflussen können, nämlich als Wissenschaftler? Die Frage müßte anders gestellt werden: wieweit ist der Wissenschaftler als Intellektueller in der Lage, bei den politischen Entscheidungen, die erst durch die moderne Wissenschaft ermöglicht wurden, mitzusprechen? Der Anspruch der Intelligenz, dies zu tun, ist bereits verworfen worden. Es gibt dafür einen Modellfall, den Fall Oppenheimer, und er hat Schule gemacht, zum Beispiel als sich westdeutsche Professoren an Adenauer wandten und wie grüne Jungen heimgeschickt wurden. Die öffentliche Demütigung Oppenheimers traf nicht einen Einzelnen, sondern eine ganze Gruppe, denn als ihm der Prozeß gemacht wurde, war der Versuch der Intelligenz, ihre Stellung an der Machtspitze zu befestigen, bereits gescheitert. „Die öffentliche Verhandlung war, wie in den Moskauer Prozessen, nur ein Epilog nach der Niederlage. Im Fall Oppenheimer wurde die psychologische Diffamierung als Waffe gewählt ... Weder in der Anklage noch in der Verteidigung wurden die sozialen und politischen Momente, die den Fall bestimmten, diskutiert, sondern es wurde eine Krankheitsgeschichte ausgebreitet, die das herrschende Vorurteil bestätigte, daß die Intellektuellen zu komplex für politische Herrschaft seien. Nach dem Urteil im Fall Oppenheimer war es klar, daß die Intelligenz nicht zu politischen Entscheidungen berufen ist, diese weder als Elite bestimmt noch als ‚veto-group' beeinflußt, sondern allenfalls die Experten und Handlanger der zivilen und militärischen Mächte stellen darf."[5]) Diesem Urteil folgte der Rückzug der amerikanischen Intellektuellen in die Universitäten. Doch ihre politische Rehabilitierung unter der Kennedy-Administration? Sie wirkt heute schon wie ein politischer Witz. Der Wissenschaftler, der sich dem Apparat zur Verfügung stellt, muß nicht unbedingt aufhören Intellektueller zu sein, aber er muß es verbergen, muß sich dem neutralen Apparat anpassen. Intelligenz überlebt nur in der Mimikri. Kritisches Denken ist eine Privatangelegenheit, ein Luxus, und überdies ein verbotener.

Lassen Sie mich mein schwarzes, bewußt geschwärztes Konterfei mit einer Evokation des Luxus schließen. Das ist eine witzlose, hilflose und doch herausfordernde Pointe. Was sie herausfordert, ist nicht weniger als eine objektive Utopie. Man hat dem Begriff des Luxus Unrecht getan, als man ihn dem Bereich der Gedanken entfremdete und auf materielle Befriedigung einschränkte. Brechts Satz „Eine gute Rindssuppe geht mit dem Humanismus ausgezeichnet zusammen" in Ehren, in höchsten Ehren, und es sollte sich keiner betören lassen, die Genüsse, die die geglückte Symbiose mit der Bombe uns bereithält, zu verschmähen oder anderen zu neiden. Was spricht gegen ein kostspieliges und zerbrechliches, ein sogenanntes dekadentes Leben? Etwa Maßhalteappelle? Sie sind Vorboten der Unterdrückung, wie die körperliche Ertüchtigung ein Wegbereiter der Barbarei ist. Ich kann mich, unter den heutigen Umständen, auch nicht über den vielzitierten Tagesbefehl Lasalles mokieren, der mit den Worten beginnt: „Arbeiter! Bei meiner morgen erfolgenden Abreise in die Bäder der Schweiz ..." In den Bädern der Schweiz ist man der Utopie näher als im Ruhrgebiet, es sei denn — doch davon wollen wir uns nicht betroffen fühlen — man bleibt allemal derselbe, wo man auch ist und badet. Wir wissen, wie wenig heute, technologisch gesehen, der Verwirklichung einer Utopie im Wege steht, und wenn wir es nicht wüßten, so verrieten es uns die Kräfte, die sich dagegen stemmen, indem sie das Denken verhindern. „Je weniger Verzicht und Entsagung biologisch und gesellschaftlich notwendig sind", sagt wiederum Marcuse, „desto mehr müssen die Menschen zu Instrumenten repressiver Politik gemacht werden, die sie davon abhält, gesellschaftliche Möglichkeiten zu realisieren, auf deren Gedanken sie sonst alleine kämen. Vielleicht ist es heute weniger verantwortungslos, eine begründete Utopie auszumalen, als Zustände und Möglichkeiten als Utopie zu diffamieren, die längst schon realisierbare Möglichkeiten geworden sind."[6])

Sich diese begründete Utopie auszumalen, ist der intellektuelle Luxus, den ich meine. Er zielt nicht auf einen unverbindlichen Traum (der wäre kein Luxus), sondern auf verbindliches Wissen durch kritische und empirische Erkundung nicht nur dessen, was ist, sondern auch dessen, was möglich ist, und der Bedingungen seiner Realisierung. Wir brauchen dieses Wissen als einen Punkt des Widerstandes gegen Resignation wie gegen Anpassung. Wir brauchen es zunächst für uns selbst, dann als Motor unserer „Gelegenheitskritik" und schließlich als Einsatz in dem großen Spiel. Ich sage Spiel, nicht Kampf, und mißtraue allen, die mir mit Heroismus kommen. Das Spiel ist der Vernunft besser angemessen, es hat seinen eigenen Ernst, aber auch seine Leichtigkeit und Heiterkeit, die unserer Kritik so oft fehlen. Ein großer Spie-

ler dieses Jahrhunderts hat uns mit seinem Leben und Werk ein Modell gegeben: Bertolt Brecht. Ich möchte nur an eine seiner Arbeiten erinnern, die „Flüchtlingsgespräche", in denen Brecht zwei Möglichkeiten seines Ich personifiziert: die Skepsis, die die Erwartung in der Erfahrung ertränkt, und die Affirmation, die den Zweifel als Rückenwind benutzt, um die Hoffnung einzuholen. Die Spannung zwischen den gegensätzlichen, doch eigenartig ineinander verwirkten Gesten gerinnt zur Parabel. Da treffen in der skandinavischen Emigration zwei Deutsche aufeinander, beide besiegt und gejagt, beide „beschäftigt mit Überleben": der Physiker Ziffel und der Metallarbeiter Kalle. Jener: ein Angehöriger der sogenannten besseren Kreise, der allen Weltanschauungen mit der Skepsis des Intellektuellen begegnet. Dieser: ein Proletarier, der sich ganz instinktiv dem Sozialismus engagiert. Als Vertreter der Intelligenz und des Proletariats sind sie Vertreter der beiden wichtigsten Gruppen deutscher Emigranten, die aber — trotz ihrem Widerstand gegen den Faschismus — mitverantwortlich sind für die Ereignisse in Deutschland. Erst als es zu spät ist, erkennen sie im Nationalsozialismus den gemeinsamen Gegner. Erst in der Emigration beginnen Ziffel und Kalle miteinander zu reden. Die Frage der Mitschuld am Sieg des Gegners wird nie zum eigentlichen Gesprächsthema, ist aber stets gegenwärtig als schlechtes politisches Gewissen, das im Flüchtlingsschicksal der beiden Gestalt angenommen hat. Ihre Emigration, könnte man sagen, dauert fort: auch heute noch sind sie beschäftigt mit Überleben und beginnen miteinander zu reden, wohl in jedem von uns wie damals in Brecht, denn sie wurden besiegt und sind nicht ohne Schuld daran. In dem Aufsatz „Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit" sagt Brecht: „Viele, die verfolgt werden, verlieren die Fähigkeit, ihre Fehler zu erkennen. Die Verfolgung scheint ihnen das größte Unrecht. Die Verfolger sind, da sie ja verfolgen, die Bösartigen, sie, die Verfolgten, werden ihrer Güte wegen verfolgt. Aber die Güte ist geschlagen worden, besiegt und verhindert worden und war also eine schwache Güte, eine schlechte, unhaltbare, unzuverlässige Güte: denn es geht nicht an, der Güte die Schwäche zuzubilligen, wie dem Regen seine Nässe." Ziffel sagt deshalb: „Ich würd keinem anraten, daß er sich ohne die allergrößte Vorsicht menschlich benimmt. Das Risiko ist zu gewaltig." Mit gleicher Skepsis begegnet er allerdings dem Heroismus. Im vorletzten Gespräch erklärt er, er habe alle Tugenden satt und weigere sich, ein Held zu sein: „Wir brauchen eine Welt, in der man mit einem Minimum an Intelligenz, Mut, Vaterlandsliebe, Ehrgefühl, Gerechtigkeitssinn usw. auskommt, und was haben wir? . . . Die Welt wird ein Aufenthaltsort für Heroen, wo sollen wir da hin?" Im letzten Gespräch gibt Kalle eine Antwort: „Sie haben mir zu verstehen gegeben, daß Sie auf der Suche nach einem Land sind, wo ein solcher Zustand herrscht, daß solche anstregenden Tugenden wie Vaterlandsliebe, Freiheitsdurst, Güte, Selbstlosigkeit so wenig nötig sind wie ein Scheißen auf die Heimat, Knechtseligkeit, Roheit und Egoismus. Ein solcher Zustand ist der Sozialismus." Ziffel erwidert: „Entschuldigen Sie, das ist eine überraschende Wendung." Über den Sozialismus hatten die beiden schon oft gesprochen, aber Kalle war nie so recht mit seiner Meinung herausgerückt; er hatte nur, als Ziffel ihn fragte, ob er sich denn weigere, die Menschheit zu befreien, geantwortet: „Jedenfalls zahl ich ihr nicht den Kaffee." Jetzt aber steht er vom Wirtshaustisch auf und ergreift seine Kaffeetasse: „Ich fordere Sie auf, sich zu erheben und mit mir anzustoßen auf den Sozialismus — aber in solch einer Form, daß es hier im Lokal nicht auffällt. Gleichzeitig mach ich Sie darauf aufmerksam, daß für dieses Ziel allerhand nötig sein wird, nämlich die äußerste Tapferkeit, der tiefste Freiheitsdurst, die größte Selbstlosigkeit und der größte Egoismus." Ziffel sagt: „Ich habs geahnt", erhebt sich und macht mit seiner Tasse „eine ungenaue Bewegung, die nicht leicht jemand als einen Versuch zum Anstoßen entlarven konnte."

Was bedeutet dieser eigenartige, fast eulenspiegelartige Schluß? „Eine ungenaue Bewegung" steht über dem letzten Gespräch; gemeint ist die Bewegung des Anstoßens, zugleich aber auch der Sozialismus, auf den sie anstoßen. Daß der engagierte Kalle es (trotz seiner Überzeugung) nur verstohlen tut, und daß der distanzierte Ziffel es (trotz seiner Skepsis) überhaupt tut, wirkt wie eine absurde Verschwörung zwischen den politischen Idealen des einen und den privatistischen des anderen. Ziel der Verschwörung aber ist eine Utopie, in welcher die Gegensätze aufgehoben sind. Also auch der Zwiespalt in Brecht, aus dem sein Werk lebt. Also auch der Zwiespalt in uns selbst, an dem sich unsere Reflexion entzündet, durch den unsere Kritik ihre dialektische Spannung gewinnt und zugleich auch — nach dem Ziffel-Wort „Wir sind keine Metzger. Eine gute Sache könnens immer auch lustig ausdrücken" — ihre ironische Überlegenheit.

Anmerkungen

[1]) C. Wright Mills: „Power, Politics and People. The Collected Essays". New York, 1963, S. 293.

[2]) Maurice Joly: „Gespräche in der Unterwelt zwischen Machiavelli und Montesquieu". Deutsch von Hans Leisegang, Hamburg, 1946, S. 46 ff.

[3]) **Hans Magnus Enzensberger: „Einzelheiten", Frankfurt a. M., 1962, S 14 f; vergleiche auch Brecht: „Über die Widerstandskraft der Vernunft", eine Rede von 1936, die im letzten von Peter Huchel redigierten Heft von „Sinn und Form" (1962, Heft 5/6) publiziert wurde; sie schließt: „. . . sie (die Regierungen) sind gezwungen, große Quantitäten Vernunft bestehen zu lassen, ja selbst auszubilden . . . Sie benötigen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft ebensoviel Vernunft bei den Massen, als zur Beseitigung dieser Herrschaft nötig ist."**

[4]) Herbert Marcuse: „Trieblehre und Freiheit", in „Freud in der Gegenwart", Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 6, Frankfurt am Main, 1957, S. 413, 415.

[5]) Jacob Taubes: „Die Intellektuellen und die Universität", in „Universitätstage 1963", Berlin, 1963, S. 48.

[6]) Herbert Marcuse: „Fortschritt im Lichte der Psychoanalyse", in: „Freud in der Gegenwart", a.a.O., S. 439.

Politische Inhalte der Deutschen Philologie

Georg Fülberth

Die folgenden Bemerkungen beziehen sich auf unmittelbare Stellungnahmen von Germanisten zur Politik, auf methodische Ansätze und spezifisch germanistische Metaphern, hinter denen ein bestimmtes Gesellschaftsbild sichtbar wird.
Gegen dieses Verfahren sind zwei Einwände möglich:
Einmal ist das, was im folgenden über dominierende politische Positionen in der Germanistik gesagt wird, nicht neu. Seit der Begründung dieser Wissenschaft ist Kritik an retardierten politischen Vorstellungen, auf denen sie beruht, laut geworden.
Zum anderen bleibt die Auswahl zu rechtfertigen: Weshalb wird hier ausschließlich die Germanistik kritisiert, während ähnliche Feststellungen sich auch anhand anderer Geisteswissenschaften treffen ließen?
Diese Einwände erledigen sich angesichts praktischer Aufgaben: Zwar ist die Kritik an der Deutschen Philologie nie verstummt und hat die theoretischen Ergebnisse zutage gefördert, die heute weithin nur noch summiert werden müssen; andererseits ist es dieser Kritik noch nicht im geringsten gelungen, die Wirklichkeit dieser Wissenschaft zu verändern. Dieser Parallelismus von Kritik und Beharren hat seine Ursache darin, daß beide — Kritik und Beharren — in verschiedener Weise institutionalisiert sind: die Kritik in der Presse und in Taschenbüchern [1]), die Germanistik auf den Universitäten. Der erste Bereich wirkt auf den zweiten nicht ändernd ein, wenn auch neuerdings Philologen in Zeitungen schreiben. Die Begrenzung des Blickfeldes auf die Germanistik rechtfertigt sich zunächst durch die Notwendigkeit, daß eine solche politische Kritik im Grunde für jede Einzelwissenschaft einmal vorgenommen werden muß. Wer überdies eine unmittelbare Nutzanwendung braucht, erinnert sich daran, daß der Deutschunterricht in den Schulen auch heute noch als Indoktrinationsfach („Gesinnungsfach") gehandhabt wird: Hier wird ausdrücklich immer wieder quasipolitisches Bewußtsein vermittelt bzw. eine Entpolitisierung betrieben, die ihrerseits wieder politische Ursachen und Folgen hat.
Wir sparen im folgenden nicht mit historischen Belegen: das schützt vor Personalisierungen. Manche Äußerung wird durch die Tradition, in der sie steht, durchsichtiger. Die Jahre 1933—1945 sind hier ausgeklammert: Es ist dies ein eigenes, wenn auch bislang nur vereinzelt in Angriff genommenes Forschungsgebiet. Besonderen Wert lege ich dagegen auf Parallelen zwischen den zwanziger Jahren und der Zeit nach 1945.

1.) Der Einzelne

1846 erklärte Jacob Grimm auf der ersten Germanistenversammlung in Frankfurt: „Es gehört schon eine seltenere Vorrichtung einzelner Geister dazu, um sie an die deutsche Geschichte oder an die Untersuchung deutscher Sprache innig zu fesseln."[2]) Der Stellenwert, den die Betonung der „einzelnen Geister" hier einnimmt, ist klar: Es sind die allseits sich bildenden Individuen im Sinne Humboldts, die jetzt auch „nationale" Bildung in ihre allgemeine Bildung aufnehmen. Der Hinweis darauf, daß Grimm „die Hörsäle der Chemiker und Physiker wimmeln" sieht (ebd.), zieht allerdings schon eine Grenze gegenüber dem, was spätere Germanisten die „Masse" nennen.
Dieser Ansatz ist in den zwanziger Jahren aufs schärfste zugespitzt bei dem Berliner Ordinarius Gustav Roethe (gest. 1926). „Der Einzelne" ist für ihn das Generalthema aller Dichtungen, die er anerkennt, Wolframs Parzival zeigt ihm etwa „das große Problem vom Einzelnen und den Vielen".[3]) Der „Einzelne" ist „Aristokrat" (106), Julius Petersen nennt „aristokratische Bildung zur freien Persönlichkeit" billigend Roethes „Glaubensbekenntnis" (VI). Damit verbindet sich bei Roethe die Forderung nach Wiederherstellung des Obrigkeitsstaates („Beamtenstaat"), nach einer „aristokratischen Staatsform" (278). Da „die Einzelnen der Menschheit bestes Teil" sind, entscheidet er sich für die Monarchie (298).
Dem Einzelnen steht die Masse gegenüber: „Der Einzelne hat vor allem die Pflicht, sich von der Masse zu scheiden" (284); das „schaffende Individuum" steht gegen die „blöde Masse" (283). Die Masse ist identisch mit „Kommunismus" (277) und „Sozialdemokratie" (286), „alle die Etappen, die wir jetzt erleben, Sozialismus, Proletarisierung, Kommunismus, Bolschewismus" (294).
Der Einzelne ist ein Führender: „Die leidenschaftliche Ausschau nach der führenden Persönlichkeit, wie sie heute durch unser Volk geht" — so beginnt Roethe 1924 eine Rektoratsrede (94). „Auch in dieser Welt der Parteien und Massen kommt alles auf den Einzelgänger an. Man ahnt das schon wieder in steigender Sehnsucht" (95 f.). 1919 klang es noch schärfer: „Und aus dem schier hoffnungslosen Elend, dem wir verfallen sind, wird unser politisch durch und durch unreifes Volk endgültig erst wieder der Einzelne retten . . . König, Feldherr, Staatsmann, Dichter oder ein Mann des wirtschaftlichen Lebens, wer will's sagen?" (298 f.). Die Welt braucht den „großen Mann, der alle Moralität aufhebt, weil er nur sich selbst Maß ist und Andern als Maßstab dient" (297). — Aus der Überzeugung heraus, daß „weitgehende Ungleichheit" „selbstverständliche Voraussetzung jedes gesunden Aufstiegs" ist (280), wendet sich Roethe gegen die „Ausgleichung der Bildungsunterschiede" (299).
Die meisten dieser Aussagen werden nicht als private Stellungnahmen, sondern als Ergebnisse philologischer Interpretation vorgetragen, erheben also wissenschaftlichen Anspruch.

Daß Roethes Theorien nicht ad acta gelegt sind, zeigt noch 1964 der Aufsatz „Die Zukunft unserer Bildungsanstalten" eines anderen Berliner Germanistikprofessors, Rainer Gruenter (Kalow, 116—123). Die Universität darf nur der „Bildung des Einzelnen" (122) dienen, ist also dem „Gesetz der kleinen Zahl unterworfen" (121). „Das Metaphorische des sozialen Begriffs ‚aristokratisch' hat man geflissentlich mißverstanden" (120). „Polemik gegen eine elitäre Bildungsauffassung" ist „töricht", der Versuch, „die Forderung demokratischer Grundrechte nun auf geistigen Erwerb und Besitz, auf die Bildung zu übertragen", ist „Demagogie" (120 f.). — Die von Gruenter unterstellte Tatsache, daß „der demokratische Staat", „die Wohlstandsdemokratie" (120), dem Willen der „Wählermajoritäten" (121) folgend und „die natürliche Rangfolge, die im Reich des Geistigen herrscht" (119), verletzend, den Zugang zur Universität demokratisiert, nennt er „Kommunismus im Geistigen" (121).
Differenzierter, aber fast bruchlos in die Linie Roethe—Gruenter sich einfügend, erscheint Walter Killys Aufsatz „Der Durchschnittsstudent"[4]): Er beklagt das Eindringen des „Kleinbürgers" in die Universität und fordert — wie Gruenter — Elitehochschulen.

2.) Journalismus

Dem Germanisten H. O. Burger erscheint die Verbindung von Literaturgeschichte mit Essayistik „oder gar mit dem Journalismus" als eine „liaison dangereuse".[5]) Für Roethe gehörte die Zeitung neben dem Flugblatt, der Parlamentsrede und der politischen Versammlung zu den „reich, aber trübe fließenden Quellen zweifelhafter Geistesnahrung" (276). Gruenters Bestreben, jede demokratisierende Reform von den Universitäten fernzuhalten, wird der Journalismus in zweifacher Weise gefährlich: Einmal durch die „Katheder-Journalisten, ebenso dürftig wie findig in ihren Mitteln", welche die Universität „verheeren" und denen er die Forderung entgegenstellt, der Gelehrte solle „sein Fach vor dem Journalismus bewahren" (118). Zum anderen aber empfindet er die Zeitungen als unbefugt „mitredende Öffentlichkeit" (119), so daß es sich die Inhaber des akademischen Lehramts „gefallen lassen" müssen, daß ihre Tätigkeit „in den Leserbriefen der Gazetten untersucht" wird. Der Widerstand, der hiergegen zu leisten ist, verlangt „vor allem Charakter, simple Standfestigkeit der Lehrer" (120).

3.) Technik, Wirtschaft

„Die Poesie" — im Sprachgebrauch Jacob Grimms bedeutet „Poesie" hier zugleich Philologie und Dichtung — „fährt nicht auf brausender Eisenbahn, sondern strömt in weichen Wellen durch die Länder . . Ich darf auch fragen, ob einer unserer Naturforscher Deutschland jemals so aufgebaut hat, wie es Goethe und Schiller taten?" (Grimm, a. a. O., 35). Der in diesen Worten zutage tretende Affekt gegen die Technik ist aus der Zeitsituation: der in Deutschland noch geringen Entwicklung der großen Industrie und dem Vorrang geisteswissenschaftlicher Bildung in der öffentlichen Meinung zu erklären, wird aber auch unter gewandelten Umständen später zu einer germanistischen Tradition. Als Georg Baesecke 1930 das älteste deutsche Buch, den althochdeutschen Abrogans, herausgab, beschrieb er die Abgelegenheit seines Spezialgebiets durch die Metapher, es sei „vor den Sonntagsautos der Strukturphilosophie und dgl. gut geschützt."[6])
Die auf der modernen Technik basierende kapitalistische Wirtschaft begegnet dem gleichen Mißtrauen: Hatte sich Roethe in der Weimarer Republik über „unsere elende wirtschaftliche Einstellung von heute" (23) beklagt, so antwortet ihm noch 1964 Gruenter als exaktes Echo: Da die Regeln der bürgerlichen Demokratie auf der Universität nun einmal nicht gelten dürfen, sollen die Gelehrten auch nicht „das Fach, das sie vertreten, als Ware behandeln und behandeln lassen" (118). Der Plan, Intellektuelle für die verschiedenen Stellen nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage auszubilden, entspringe einem „Lieblingsirrtum kommerzialisierten Denkens" (121).
Und solche Gedanken verirren sich bis in den SDS: Während der Frankfurter Buchmesse fragt Peter Ripken (SDS) angesichts der „Tendenzen zur Konzentration" und „der zunehmenden Kommerzialisierung des Geistes": „Wo aber bleibt der vielgerühmte deutsche Mittelstandsverleger?" und „Wo bleibt da die Literatur?"[7]). Ein solches Denken, das die progressiven Momente von Kommerzialisierung und Konzernbildung auch im Verlagswesen — bis hin zu der von Ripken kritisch betrachteten „amerikanischen Kapitalbeteiligung" — übersieht (finanzielle Besserstellung der Autoren durch die Massenauflagen, Förderung junger, noch kaum produktiver Talente durch kapitalstarke Verlage, die sich solche Stipendien ohne Risiko leisten können), ist undialektisch, schlicht und einfach konservative Kulturkritik, die, wenn sie von einem „Sozialisten" vorgebracht wird, schmerzhaft schockiert.

4.) Die vorbürgerliche Gesellschaft

Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft von einer vorbürgerlichen Position aus wird sichtbar in den zwischen Wirklichkeitsdarstellung und Metaphorik schwankenden Figuren des „Bauern" und des „Hirten". Für Grimm sah die Einteilung der Berufe noch so aus: „Die, welche statt die Herde zu weiden oder zu pflügen ihren Gedanken nachhängen . . ." (32). André Jolles beantwortete seine Frage: „Wie stellen wir uns Sprache als Arbeit vor?" dadurch, daß er die Sprache in Analogie setzt zu dem, was er für die drei typischen Berufe hält: „Bauer, Handwerker, Priester — der Erzeugende, der Schaffende, der Deutende"[8]). Zwar beteuert er: „Daß die Entwicklung der menschlichen Wirtschaft verschiedene Stufen durchläuft, ist mir nicht unbekannt", bestätigt seine unhistorische Sicht aber dann noch einmal: es gebe nichts, „was der Mensch sich je erarbeitet hat, worin wir ihn nicht als Bauer, als Handwerker, als Priester erkennen" (15). Daß eine solche Auffassung durchaus auch — unbewußt — poli-

tische Folgen hat, zeigt Jolles, indem er — 1930 — wenige Seiten später Mussolini als Demonstrationsobjekt für die Darstellung des Verhältnisses von Wirklichkeit und literarischer Wiedergabe wählt (18). — Georg Baesecke kam sich bei seiner philologischen Arbeit „vor wie der Mann, der, in österlichem Sonnenschein auf dem harten Bänkchen seines Schrebergartens sitzend, den Schatten erster bräunlicher Baumknospen genießt“ (VI). Nach 1945 aber konnte man noch das Bild vom Bauern und Hirten mit einer rassistischen Komponente versehen: „Kain und Abel — zwei menschliche Urtypen, der Melancholiker und der Sanguiniker, der dunkle Bauer und der blonde Hirte“ — so interpretiert 1963 ein Germanist Salomon Geßners Dichtung „Der Tod Abels“.[9])

Andererseits orientierte im 19. Jahrhundert der bürgerliche Positivist Wilhelm Scherer seine Wissenschaft strikt an den fortgeschrittenen Produktionsweisen seiner Zeit: „Dieselbe Macht, welche Eisenbahnen und Telegraphen zum Leben erweckte, dieselbe Macht, welche eine unerhörte Blüte der Industrie hervorrief . . . dieselbe Macht regiert auch unser geistiges Leben . . sie drückt der Poesie ihren Stempel auf.“[10]) Der neueste Geschichtsschreiber der Deutschen Philologie, Joseph Dünninger, kritisiert Scherer aber nicht etwa, indem er dessen Identifikation mit der Gegenwart auf die Zukunft hin transzendiert, sondern er läßt sich gleichsam hinter ihn zurückfallen: „Solche Worte Scherers zeigen uns erschütternd die Hybris des 19. Jahrhunderts“ (179), er nennt sie Ausdruck einer „überheblichen Selbstsicherheit“ (183). — Auch dieses Zurückfallen der Philologie hinter eine Position des 19. Jahrhunderts hat ihre politische Parallele: Als Marx 1844 die ersten Germanisten kritisierte, nannte er sie zwar „Deutschtümler von Blut“, aber auch „Freisinnige von Reflexion“[11]): unter den „Göttinger Sieben“ war neben den Germanisten Jacob und Wilhelm Grimm der erste deutsche Literaturhistoriker, Georg Gottfried Gervinus. Auch die spätere Mitgliedschaft der Grimms in der Nationalversammlung zeigt die merkwürdige, später in ihr Gegenteil verkehrte Verbindung von Liberalismus und „Deutschtümelei“. Die Orientierung an vorbürgerlichen Produktionsweisen überträgt sich auch in die reine Metaphorik: Wer etwa eine literarische Tradition einen „Born“ nennt, aus dem der Dichter „schöpft“, befindet sich nur dann auf der Höhe des Gegenstandes, wenn dieser selbst nicht mehr auf der Höhe der Zeit ist.[12])

Von hier aus erklärt sich auch zu einem guten Teil die Tatsache, daß auf den Universitäten die deutsche Literatur des Mittelalters meist in höherem Maße Lehrgegenstand ist als die der Neuzeit.

Auch wenn sich ein Philologe von seiner politischen Haltung in der Nazi-Zeit distanziert, kann dies als ein Rückzug auf „feudale“ Kategorien geschehen. Josef Nadler beurteilte 1961 die „Familienkunde“ („Arbeitsgemeinschaft von Biologie und Geisteswissenschaften“) folgendermaßen: „Irrtum und Frevel haben dieses Gebiet der Forschung und Erkenntnis schwer mißbraucht. Darum muß die E h r e dieser Disziplin wieder hergestellt werden.“[13])

Aber auch in der Germanistik der DDR finden sich ähnliche Vokabeln. In einer Rezension von Christa Wolfs Erzählung „Der geteilte Himmel“ liest man: „Das Leben in unserer noch jungen Deutschen Demokratischen Republik ist auch in seiner Herbheit lebenswert, weil diese Herbheit einem e d l e n Kampf entspringt.“[14])

Aus der Tatsache, daß das Wort „edel“ die „Herbheit“ verklären soll, wird die Funktion eines solchen Vokabulars deutlich.

5.) „Völkische“ Literaturgeschichten

Konservativ politisch engagierte Literaturgeschichten, die nach 1945 erscheinen, versäumen nicht, sich verbal vom Nationalsozialismus abzusetzen.

Nadlers Distanzierung haben wir schon erwähnt. Sie hindert ihn nicht daran, die formale Absage später im gleichen Buch Lügen zu strafen: Weiterhin spricht er von der „biologischen Gemeinschaft“ (XII), Thomas Mann verdächtigt er in vorsichtigen Wendungen als Kommunisten, über seine Ehrungen („von der deutschen Briefmarke bis zum Nobelpreis“) bemerkt er: „Das ist der Dank der geheimnisvollen Mächte, die die Welt regieren“ (658).

Ernst Alkers „Deutsche Literatur im 19. Jahrhundert“ ist 1961 als Kröner-Taschenbuch erschienen. Genau einundzwanzigmal distanziert sich der Autor von Hitler.[15]) Die gesellschaftliche Einheit, aus der Literatur entsteht, ist der „Stamm“, die nächstgrößere das „Deutschtum“. Alker weist Börne mit dem Verdikt, „Börne hätte besser getan, Bücher zu führen als Bücher zu schreiben“ ins Getto zurück (54). An Heine kritisiert er die Begründung des „Zivilisationsliteratentums“ und des „Feuilletonismus“; es sei deshalb „unmöglich, ohne Vorbehalte das Verhängnis eines fortzeugenden Übels von ihm zu nehmen“ (82). Auf die Frage, weshalb Heine, „der ausgesprochene Großstadtmensch“, die Nordsee-Gedichte schreiben konnte, antwortet er: „. . . vielleicht auch, weil ihm beim Anblick der Unermeßlichkeit des Ozeans die verschollenen (plasmatischen) Erinnerungen eines Nomaden an die Weiten der Wüsten und Steppen lebendig wurden“ (85). Über die letzten Lebensjahre Heines, der gelähmt in der „Matratzengruft“ lag, ergeht der Spruch: „Er hat viel in diesen Krankheits- und Schmerzensjahren abgebüßt, bis er reif für den Tod wurde“ (86).

Alkers Entgleisungen könnte man als Unfall werten, wenn die Nachkriegsgermanistik derlei Fehlleistungen gegenüber als kritische Instanz reagierte. Daß dies nicht der Fall ist, zeigt ein Blick in das internationale Referentenorgan „Germanistik“. Zu Alker bemerkt der Rezensent Karl Konrad Polheim: „Im Ganzen bietet der Verfasser eine Literaturgeschichte nach bewährter traditioneller Gliederung und Darstellung.“[16]) Kritisiert wird die „Problematik der Periodisierung“, die fehlende wissenschaftliche Bibliographie und die zu kurze Diskussion des Realismusbegriffs.

Ähnliche Hilflosigkeit zeigt sich, wenn ein germanistisches Buch aus der Nazi-Zeit wegen wichtiger sachlicher Angaben neu aufgelegt wird. Die „Geschichte der deutschen Seele" von Günther Müller kommentiert der Katalog der renommierten „Wissenschaftlichen Buchgesellschaft": „Aus der Perspektive der Methodengeschichte der Literaturwissenschaft zeigt sich die gleichsam organische Entwicklung moderner Methoden der Werkinterpretation und Gestaltanalyse aus der geistesgeschichtlichen Betrachtung heraus."[17]) — Jedem Germanistikstudenten ist diese Art unkonturierter Sprache vertraut. Die Konfrontation mit den Tatsachen, die sie verdeckt (Müller: „Der Mensch als blut- und bodenbestimmtes organisches Gebilde"[18]), zeigt, wie oben die Verwendung „feudaler" Begriffe, die Funktion unklaren Redens.

6.) Zur Formalismus-Diskussion und Innerlichkeits-Philologie

Robert Minder und Walter Muschg haben neuerdings das nach 1945 aufgetretene Phänomen, daß viele Germanisten sich nunmehr ausschließlich Formproblemen widmen, als Folgen politischer Ursachen bezeichnet[19]): Der Schock von 1945 (nicht von 1933) bewirkt Angst vor der Politik überhaupt, „Platzscheu" vor der Vergangenheit (Minder), an die Stelle politisierter Wissenschaft tritt „die geschichtslose, rein ästhetische Analyse des einzelnen Dichtwerks" (Muschg). Das herausragende Werk dieser in solchem Ausmaß in Deutschland neuen Richtung ist „Das sprachliche Kunstwerk" von Wolfgang Kayser. Wie sehr dieser literaturwissenschaftliche Formalismus als Ersatzhandlung zu begreifen ist, zeigt die Hemmungslosigkeit des Angriffs auf einen Philologen, der seiner Wissenschaft neue, gleichsam politische Inhalte geben will: Killy contra Emrich.[20])
Andererseits verfehlt eine entpolitisierte Germanistik den ursprünglichen Begriff dieser Wissenschaft, die, in der Zeit und im Dienst der deutschen liberalen und nationalen Einigungsbestrebungen im 19. Jahrhundert entstanden, sich durchaus als „politische" Wissenschaft verstand. Die durch den Rückgriff auf ein vorkapitalistisches Gesellschaftsbild hervorgerufene Retardierung teilt sie, ihrer Entstehung gemäß, mit der „Neugotik" (Franz Schnabel) deutscher konservativer Politik seit etwa 1815.
Demgegenüber bedeutet zumindest der Titel der von Walter Höllerer herausgegebenen Zeitschrift „Sprache im technischen Zeitalter" den Versuch, mit der Gegenwart „technisch", wenn auch noch immer unpolitisch, al pari zu kommen.
So ist der literaturwissenschaftliche Formalismus nach 1945 in Analogie zu sehen zur Flucht des an politischer Wirksamkeit verhinderten deutschen Bürgertums in die Innerlichkeit nach der Aufklärung, welche Flucht ja schließlich auch eine eigene Art von Philologie hervorgebracht hat.
Wie sehr dieser betont unpolitische Zweig der Germanistik, die „Innerlichkeits-Philologie", doch mit den atavistischen Übersteigerungen ihrer nationalistischen Umgebung verbunden bleibt, zeigt ein Beispiel aus Emil Staigers „Grundbegriffen der Poetik": Mehrmals weist Staiger korrekt darauf hin, daß den „Grundbegriffen" nur begrenzte Geltung zukommt, da ihr Verfasser nur über Kenntnisse der griechischen und deutschen Literatur verfügt.[21]) Dennoch ist schließlich ein Satz wie der folgende möglich: „Der Einwand, solche Parataxe sei insbesondere romantischer Stil, ist nur berechtigt, sofern die deutsche Romantik einen weltliterarischen Höhepunkt des Lieds und damit der reinsten lyrischen Dichtung erreicht" (40).

7.) Ursachen

Die Frage nach den vielfältigen Ursachen des gegenwärtigen Standes der Germanistik versagt sich, wenn sie sich mit pauschalen Antworten zufrieden gibt, die Möglichkeit wirksamer Kritik. Die Auskunft etwa, eine Philologie, die sich mit der Sprache des eigenen Landes befaßt, sei immer „nationaler" als andere, trifft nicht zu: Elitärer Bildungsbegriff und vorbürgerliches Gesellschaftsbild haben nichts mit Nationalismus zu tun.
Der Befund, die Distanz einer Wissenschaft zu der Gesellschaft, in der sie betrieben wird, könne nur relativ sein, nennt ein Bündel von Ursachen, aus dem einzelne herausgegriffen werden müssen, um eine Lösung zu ermöglichen. In seiner Verallgemeinerung erklärt er nämlich nicht, weshalb hier die Distanz nur im Sinne der Retardierung eine kritische genannt werden kann, während andere Wissenschaften gleichzeitig anders reagieren.
Hier ist ein Blick auf den Zustand der deutschen Literatur nötig: Ihr Beitrag zur Romanliteratur ist der Entwicklungsroman, der — bekanntlich im Unterschied zum westeuropäischen Gesellschaftsroman — die Entwicklung des „Einzelnen" in den Mittelpunkt stellt. Dazu kommt, daß es in Deutschland kaum einmal eine selbstbewußte bürgerliche Literatur gegeben hat: Die deutsche Klassik orientiert sich immer wieder an der Aristokratie — am Ende des 19. Jahrhunderts schlägt bei dem bürgerlichen Realisten Fontane diese Orientierung lediglich in Kritik um —, der realistische oder biedermeierliche deutschsprachige Roman des 19. Jahrhunderts (Keller, Stifter) sieht seine Gegenstände in ländlicher Umgebung, in der Nähe adliger Gutsherren (Stifter) oder freier Bauern, erblickt in der Großstadt — dem Zustand der damaligen deutschen Gesellschaft entsprechend — nur das angesammelte Kleinbürgertum oder die Bohême (Raabe), niemals die große Industrie. Im 20. Jahrhundert war es zu spät: Hier galten in der an solcher Literatur bereits orientierten Germanistik die großen Städte als poetisch kaum darzustellender Ort.
Als zweite Partikel der auf die Germanistik einwirkenden gesellschaftlichen Bedingungen sind die Zustände auf deutschen Universitäten zu nennen. Die autoritäre Stellung des Ordinarius — mit einer Hierarchie von Abhängigen unter sich und höchstens einem Parallellehrstuhl neben sich — bestätigt die aus der Literatur herausinterpretierte Ideologie vom „Einzelnen" ebenso, wie die noch bestehende, die Ar-

beiterkinder fast ausschließende Art der „Auslese" für Gymnasium und Universität bei denen, die schließlich studieren, elitäre Gedankengänge auf fruchtbaren Boden fallen läßt.
Hier trifft sich die Eigentümlichkeit des Gegenstandes mit der besonderen Institutionalisierung seiner Vermittlung.

8.) Kritik als Praxis

An dieser Stelle liegt die Vermutung nahe, daß eine Demokratisierung der Universität nicht nur eine relative „Befreiung" der an ihr Beteiligten — zunächst der Studenten — bedeutet, sondern auch eine Veränderung in ihr gelehrter Gegenstände bewirkt.
Daneben bieten sich innerhalb der bestehenden Universitätsverfassung noch Möglichkeiten zu praktischer Kritik. Für den SDS stellen sich hier Aufgaben, die im folgenden am Beispiel der Germanistik demonstriert werden, für andere Wissenschaften aber auch gelten.
Zunächst ist auf die Arbeitskreise hinzuweisen, die mehr als bisher „fachnah" arbeiten müssen, indem sie die Methoden und Ergebnisse einzelner Wissenschaften kritisch prüfen.
Die Arbeitskreise bleiben allerdings extra muros, wenn es ihnen nicht gelingt, ihre Ergebnisse in die einzelnen Seminare hineinzutragen. Neben der Einrichtung von Tutorengruppen bietet sich in der Mitarbeit in den Seminaren eine besondere Möglichkeit. Die im selben Institut studierenden SDS-Mitglieder können sich zu Gruppen zusammenschließen, gemeinsam das jeweils politisch relevanteste Seminar besuchen, zusammen ein Referat ausarbeiten und versuchen, die Diskussion entscheidend zu beeinflussen.
Die Aussichten dieser Kritik dürfen nicht unterschätzt werden. Ihre Grenzen fallen dennoch ins Auge: Der auf ein Examen ausgerichtete Studiengang mit fest institutionalisierten Inhalten subsumiert zumindest in der Germanistik den Studenten so sehr unter vorgeschriebene Lernstoffe, daß der Raum der Freiheit, aus dem heraus kritisiert werden kann, schmal bleibt: In einem althochdeutschen Mittelseminar i m m a n e n t e Kritik zu üben, fällt schwer.
So müssen wir schließlich den Blick auf Wirkungsgebiete innerhalb der staatlich verwalteten Kulturpolitik richten, in denen kritische Intellektuelle nicht nur lernend, sondern auch lehrend tätig sein können, etwa in den Schulen.

Anmerkungen

[1]) Zuletzt durch Robert Minder, Die Literaturgeschichten und die deutsche Wirklichkeit. In: Sind wir noch das Volk der Dichter und Denker? Hg. von Gert Kalow. Reinbeck bei Hamburg (ro ro ro), 1964, (hinfort zitiert als: Kalow). S. 23-30.
[2]) Jakob Grimm, Über den Wert der ungenauen Wissenschaften. In: J. G., Sprache, Wissenschaft, Leben. Hg. von Hermann Gerstner. Stuttgart 1956. S. 34.
[3]) Gustav Roethe, Deutsche Reden. Hg. von Julius Petersen. Leipzig o. J. (1927). S. 96.
[4]) Walther Killy, Der Durchschnittsstudent. DIE ZEIT, Nr. 2 (1963), S. 9.
[5]) Heinz Otto Burger, Die Geschichte der unvergnügten Seele. In: H.O.B., „Dasein heißt eine Rolle spielen". München 1963. S. 120.
[6]) Georg Baesecke, Der deutsche Abrogans. Halle (Saale) 1930. S. VI.
[7]) Peter Ripken, Wo bleibt die Literatur? In: Frankfurter Rundschau, Nr. 218 (19. September 1964), S. 56.
[8]) André Jolles, Einfache Formen. Darmstadt 1958. Unveränderter Nachdruck der 1. Auflage von 1930. S. 11.
[9]) Burger, a.a.O., S. 133. Diese Deutung gewinnt ihre volle Peinlichkeit erst durch die Konfrontation mit dem Text, auf den sie sich bezieht: „Braune Locken kräusten schatticht sich um die hohe Stirn des Jünglings" — Abel — „und zerflossen auf seinen Schultern." Salomon Geßner, Der Tod Abels. Leipzig 1848. S. 8.
[10]) Zitiert nach Josef Dünninger, Geschichte der Deutschen Philologie. In: Deutsche Philologie im Aufriß. Hg. von Wolfgang Stammler. 2. Aufl. Bd. 1. Berlin 1957. S. 179.
[11]) Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. In: K. M., Die Frühschriften. Hg. von Siegfried Landshut. Stuttgart 1953. S. 210.
[12]) Marie-Luise Dittrich, Die literarische Form von Willirams Cantica Canticorum. Zeitschrift für deutsches Altertum 84 (1952/53). S. 182.
[13]) Josef Nadler, Geschichte der deutschen Literatur, 2. Aufl. Regensburg 1961. S. XVI. Hervorhebung von mir.
[14]) Günther Dahlke, „Geteilter Himmel" und geteilte Kritik. Sinn und Form XVI/2 (1964). S. 307—317. Hervorhebung von mir.
[15]) Ernst Alker, Die Deutsche Literatur im 19. Jahrhundert. Stuttgart 1961. Vgl. Register S. 932.
[16]) Karl Konrad Polheim in: Germanistik, Internationales Referatenorgan mit Bibliographischen Hinweisen IV/2 (1963). S. 317 f.
[17]) Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Jahresprospekt 1964. Darmstadt 1964. S. 166.
[18]) Günther Müller, Geschichte der deutschen Seele. Darmstadt 1962. Fotomechanischer Nachdruck der 1. Auflage von 1939. S. 255.
[19]) Robert Minder, a.a.O., S. 24 — Walter Muschg, Krise der Germanistik? DIE ZEIT, Nr. 35 (1964), S. 9.
[20]) Walther Killy, Ausbruchsphilologie. DIE ZEIT, Nr. 27 (1964), S. 10.
[21]) Emil Staiger, Grundbegriffe der Poetik. 1964. S. 11; 232; 243; 245.

Labour-Party und Abrüstung

Philip Noel-Baker „Der Weg zur Weltabrüstung — jetzt." Vorwort v. Harold Wilson, Vorwort zur deutschen Ausgabe Max Born. Frankfurt 1964 (70 S., 2,90 DM). Stimme-Verlag.

Daß Harold Wilson ein Vorwort zur englischen Ausgabe geschrieben hat, unterstreicht die Bedeutung der Schrift, ist der Verfasser doch u. a. auch Sprecher der Labour Party für Fragen der Vereinten Nationen.
Eine deutsche Ausgabe ist wegen des informativen Wertes der Schrift begrüßenswert. Zwar kündigt der Verlag sie als „Analyse" der Verhandlungen des Achtzehn-Mächte-Abrüstungsausschusses an; jedoch ist darunter nicht das zu verstehen, was man üblicherweise von einer „Analyse" erwartet: Hier geht es vorrangig — nach 25 Seiten allgemeinerer Erörterung der Abrüstungsproblematik — um Information über die gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen, um Vergleich der sowjetischen und amerikanischen Pläne, um bereits erörterte und mögliche Kompromisse und Tauschgeschäfte etc. Wie wichtig eine solche greifbare zuverlässige Information ist, weiß jeder: Argumente gegen die Ewiggestrigen, die Abrüstung aus technischen oder machtpolitischen Gründen für unmöglich oder sinnlos hal-

ten, lassen sich hier auf engem Raum genügend finden; auch die Argumente für die Notwendigkeit einer Abrüstung überhaupt sind gut und knapp zusammengefaßt.

Doch über diese Information und die Widerlegung von Gegenargumenten kommt die Schrift auch kaum hinaus: Die Problematik der Abrüstung reduziert sich hier für Noel-Baker im wesentlichen auf die Frage, wie man die Großmächte, die sich im Achtzehn-Mächte-Ausschuß gegenübersitzen, dazu bringen kann, ein Abrüstungsabkommen abzuschließen. Die technisch-organisatorischen Probleme, wie sie mit Vernichtung der Waffenbestände, Kontrolle der verbleibenden Bestände und der Rüstungshaushalte verbunden sind, können gelöst werden (und wer möchte das bezweifeln?); der Umstellung der Wirtschaft auf reine Friedensproduktion stehen auch im Westen keine unüberwindlichen Hindernisse im Wege: Die auf S. 36 zitierte Studie über „Wirtschaftliche Auswirkungen der Abrüstung" der „Economist Intelligence Unit" nimmt als Minimalzeitraum nur zwei Jahre an. Zwischen den im Achtzehner-Ausschuß vorgelegten Plänen Dean Rusks und Gromykos bestehen genügend Berührungspunkte; Kompromißvorschläge von seiten der Sowjets sind genügend vorhanden. Von daher wäre ein Vertrag also möglich.

Die Beantwortung der Frage, warum die in diesen Ausschuß gesetzten Hoffnungen dennoch betrogen wurden, macht Noel-Baker sich verhältnismäßig einfach: Einmal streicht er den Mechanismus des Wettrüstens heraus. Was Lord Edward Grey vor 1914 darüber schrieb, hat, meint Noel-Baker, seine Gültigkeit nicht verloren (vgl. S. 21/22); weder die USA noch die UdSSR glauben es verantworten zu können, in ihren Rüstungsanstrengungen nachzulassen. Nachzuweisen, daß das Wettrüsten ein Stadium erreicht hat, wo es menschheitsgefährdend und gleichzeitig militärisch sinnlos geworden ist, fällt nicht schwer. Hand in Hand mit den Beteuerungen der Abrüstungsbereitschaft und parallel zu den Abrüstungsverhandlungen gehen so heute die gesteigerten Rüstungsanstrengungen. Allerdings unterläßt es der Verfasser, auf die ökonomischen Gründe der forcierten Rüstung in der Kennedy-Periode einzugehen, so daß der Verweis auf den Wettrüstungsmechanismus abstrakt bleibt, verschleiert, was eigentlich enthüllt werden müßte. Konsequent wird dann auch die Schuldfrage nicht gestellt. „Es ist nicht an der Zeit, Steine zu werfen, und niemand — niemand — hat das Recht, sie zu werfen" (S. 28); nur Abrüstung kann helfen.

Zweite Ursache für die enttäuschten Hoffnungen auf die Abrüstungskonferenz ist nach Noel-Bakers Interpretation die Haltung der britischen Delegation: Während man aus Lord Homes Eröffnungsrede herauslesen konnte, daß Großbritannien gewillt sei, zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Plan zu vermitteln, hat der britische Delegierte danach „in keiner einzigen ... Streitfrage jemals einen unabhängigen Standpunkt eingenommen". (S. 35) Hier setzen später dann auch die Hoffnungen auf Verbesserung der Arbeit des Achtzehner-Ausschusses an: „... die ganze Arbeit und Atmosphäre im Ausschuß könnte durch eine konstruktive britische Führung verändert werden." (S. 59). Der Weg, das zu erreichen, führt über die Beeinflussung der Regierenden durch die öffentliche Meinung (vgl. S. 59, 62); jeder einzelne soll dazu beitragen, „daß eine wohl unterrichtete und klar ausgesprochene Meinung an Boden gewinnt, die über kurz oder lang Einfluß auf die Regierungen auszuüben vermag". (S. 59)

In dieselbe Kerbe schlägt auch Harold Wilson mit seinem Vertrauen auf die Macht der öffentlichen Meinung (vgl. S. 3), und nur in diesem Rahmen wohl ist für ihn die Noel-Bakersche Schrift ein „eindeutiger Aufruf zum Handeln" (S. 3), wie ein versteckter Seitenhieb auf die Abrüstungskampagne andeutet: „... andere sind der Auffassung, daß es einen abgekürzten Weg gebe, durch den der Abschluß eines Abkommens zwischen den Großmächten umgangen werden könne ..." (S. 3) — diese Auffassung wird von Noel-Baker und Wilson abgelehnt. Was kann aber darunter anders verstanden werden als die Forderung der englischen Ostermarsch-Bewegung nach einseitiger britischer atomarer Abrüstung?

Tieferliegende Probleme werden nicht angeschnitten: Die Frage „Wer will Abrüstung?" von den maßgeblichen Regierungshäuptern positiv beantworten zu lassen, fällt nicht schwer (S. 5ff). Die viel wichtigere Frage, wer sie nicht will, wird von Wilson reichlich oberflächlich beantwortet: „Mit Ausnahme einiger weniger, die sich für eine durch Macht beherrschte Welt einsetzen oder die finanzielle Vorteile aus den Rüstungsindustrien ziehen, gibt es niemanden, der die Abrüstung nicht leidenschaftlich verlangt." (S. 3) Noel-Baker stellt, wie erwähnt, die Schuldfrage überhaupt nicht und begnügt sich mit dem Hinweis auf den Mechanismus des Wettrüstens. So bleibt der Aufruf zum Handeln beschränkt auf das Feld der — in einem Land mit einer starken, Alternativen bietenden Opposition vielleicht mit mehr Berechtigung als funktionierend vorausgesetzten — öffentlichen Meinungsbildung und demokratischen Einflußnahme.

„Ein wirklicher Angriff auf die Kriegsmacher in Amerika ist notgedrungen ein Angriff auf das private Wirtschaftsmonopol, auf die Vorherrschaft des Militärs, auf die Bindungen zwischen beiden." Das hatte C. Wright Mills geschrieben („The Causes of world War Three", deutsch: „Politik ohne Verantwortung", München 1963, Kindler-Taschenbuch, S. 119/120). Diese Problematik und die damit verbundene der objektiven Möglichkeit demokratischer Einflußnahme in der konkreten Situation werden bei Noel-Baker nicht aufgegriffen.

Eine Analyse darf der Leser von Noel-Baker nicht erwarten — sucht er aber Information über den gegenwärtigen Stand der Abrüstungsverhandlungen, dann kann ihm die Schrift empfohlen werden.

Dieter Kramer

Zeitschriftenhinweise

In der „Revue Internationale du Socialisme" Numéro 3, Juni 1964, analysiert Sergio De Santis die Gründe, die zum Scheitern der „Allianz für den Fortschritt" für Südamerika führten und führen: „Pas de progrès pour l'amérique du sud". „New Politics" mit dem Untertitel: „A journal of socialist thought" veröffentlicht in volume III No. 2 eine Untersuchung von David Komatsu über Johnsons Kampagne gegen die Armut in den USA: „Mr. Johnson's little war on poverty". Gilles Martinet schreibt in Nr. 3 der „Revue Internationale du Socialisme" über Struktur und Bedeutung des Gaullismus: „L'avenir du Gaullisme", während Ralph Miliband die politischen Perspektiven der Labour Party am Vorabend ihres wahrscheinlichen Sieges bei den Herbstwahlen untersucht: „Cadre d'une politique travailliste".

In „Frankfurter Hefte" Heft 6, Juni 1964, berichtet Norman Birnbaum über Eindrücke von einem längeren Aufenthalt in Westdeutschland: „Die Bundesrepublik 1963/64". Birnbaum gelangt zu der für die Bundesrepublik erfreulichen Prognose: „Während der letzten Jahre haben die jüngeren deutschen Intellektuellen, mit den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften als unentbehrlichen Kräften im Hintergrund, ein deutsches demokratisches Ethos am Leben erhalten. Von anderen unterstützt, könnte es ihnen in den nächsten zehn Jahren gelingen, es zur Selbstverständlichkeit zu entwickeln." Bedenkenswerte Vorschläge zu einer aktiven Ostpolitik, die sich die Aussöhnung mit den östlichen Völkern zum Ziel setzte, hat Prof. Harold Rasch in „Blätter für deutsche und internationale Politik" 7/64 gemacht: „Deutsche Ostpolitik in der Sackgasse — und ein Ausweg". „werkhefte" 7/64 publizieren kritische Betrachtungen von Werner Beutler zu Rudolf Augsteins und Percy Ernst Schramms Hitler-Porträt im „Spiegel": „Hitler und die Jugend 1964". Den konservativ-repressiven Charakter des Entwurfs einer Strafrechtsreform analysiert Generalstaatsanwalt Fritz Bauer in „Blätter für deutsche und internationale Politik" 7/64: „Was an der Strafrechtsreform reformbedürftig ist".

In den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" schreibt I. Geiss über „Die afrikanischen Gewerkschaften". In Heft 3 der „Revue Internationale du Socialisme" analysiert Vittorio Foa ein Schlüsselproblem der Gewerkschaften heute: den Versuch von Unternehmertum und westlichen Regierungen, den Gewerkschaften langfristige Vereinbarungen über die Löhne abzuringen. Die gewerkschaftliche Zustimmung bedeutete eine Stabilisation der kapitalistischen planification und eine weitere Integration der Arbeitnehmer in das bestehende sozialökonomische System: „La politique des revenus, problème clé pour les syndicats". Für die „vorgänge" 6/64 hat Alexander Mitscherlich einen Kommentar geschrieben: „Proklamierte und praktizierte Toleranz". Darin heißt es: „Es war der ehrenwerte, aber optimistische Irrtum der großen Aufklärer, Toleranz ließe sich allein aus einem Beweis der Vernunft ableiten, proklamieren und praktizieren. Toleranz hat ältere Feinde, nicht nur in der Intoleranz der anderen, sondern im ungeschlichteten Haß über die Verzichte, die wir selbst nicht verzeihen können und die wir in starre Selbstgewißheiten verwandeln." Wilfried Gottschalch veröffentlicht in „werkhefte" 6/64 einen Aufsatz mit dem Titel „Zur Situation des Marxismus in Westdeutschland". Marxistische Sozialforschung sei die notwendige Voraussetzung einer rationalen demokratischen Politik, „die die weitgehend zum autoritären Verwaltungsstaat depravierte bürgerliche Demokratie in eine soziale umwandeln will". Marxistische Sozialanalyse ist heute dringlicher denn je. „Kulturgut Taschenbuch — aufgezeigt am Deutschen Taschenbuch Verlag" heißt eine Analyse von Helga Märthesheimer, die in den „Frankfurter Heften" 7/64 erschienen ist.

In „International Socialism 17" ist eine Analyse von Peter Sedgewick über „The Two New Left" erschienen. Über „Ideologie und Wissenschaft in der Sowjetunion" schreibt Boris Lewytzkij in „atomzeitalter" 7/8 64. Im selben Heft ist ein Beitrag von Ludwig Auerbach abgedruckt: „Sozialforschung in Polen." Tosco R. Fyvel veröffentlicht in den „Frankfurter Heften" 9/64 eine Untersuchung über „Englands junge Intellektuellen im Vormarsch". Heft 4, August 64, der „Revue Internationale du Socialisme" enthält eine Untersuchung von Thomas Balogh: „Planfication en Grande Bretagne." Bodo Zeuner und Friedhelm Baukloh schreiben in den „Frankfurter Heften" 9/64 über „Das Dilemma der SPD und eines der CDU/CSU". Das Sonderheft der „Sozialistischen Hefte" 9/64 enthält Artikel, Auszüge und Entschließungen zum Problem einer sozialistischen Alternativpolitik. „konkret" 9/64 enthält einen lesenswerten Artikel von Tjalf Wolmar: „Der Spiegel ist blind (auf einem Auge)", in dem Augsteins aufklärende Leitartikel mit der übrigen Berichterstattung des Magazins konfrontiert werden. Die plakative und „sensationelle" Aufmachung der Titelseite scheint „konkret" einem bekannten Groschenblatt abgeschaut zu haben. In „Der Gewerkschafter" 9/64 ist ein Referat von Diether Posser über „Politische Strafjustiz heute" abgedruckt.

In demselben Heft schreibt Fritz Opel eine Glosse: „100 Jahre internationale Arbeiterbewegung." Diese Nummer enthält auch eine Analyse der Beziehung „Betrieb — Betriebsräte — Vertrauensleute". Die „Gewerkschaftlichen Monatshefte" 10/64 veröffentlichen eine Untersuchung von Hans Apel über „Die Möglichkeiten und Grenzen einer koordinierten Lohnpolitik der Gewerkschaften in der EWG". Apel behauptet, daß tarifpolitische Aktionen im Sinne europäischer Tarifverträge heute noch verfrüht sind, weil die unterschiedliche Rechtsgrundlage, die

unterschiedliche Zusammensetzung des Nettolohnes und die unterschiedliche Stärke der Gewerkschaften in den Mitgliedstaaten gemeinsame Aktionen erschweren. „Brenner empfiehlt bereits heute Maßnahmen zur besseren gegenseitigen Information über die tarifpolitischen Zielsetzungen in den einzelnen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und spricht sich für die Schaffung eines ständigen Informationsausschusses für Tarifpolitik im Rahmen der europäischen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit aus". Heribert Adam stellt in der „Revue Internationale du Socialisme", Nr. 4, August 64, die Frage: „Promotion sociale des travailleurs par l'instruction?"

Die Wiederaufnahme der Beratungen über die Notstandsgesetzgebung in den Ausschüssen des Bundestages hat auch die öffentliche Diskussion über diese Gesetze neu belebt. Dabei geht es im wesentlichen um Probleme des sogenannten Notparlaments, um die Frage eines Notverordnungsrechtes, die Sicherung des Streikrechtes und um die mit der Notstandsgesetzgebung verbundenen Kosten.

In einem bemerkenswerten „Spiegel"-Gespräch ist der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundestages, der CDU-Abgeordnete Matthias Hoogen, unter dem Titel „Das Parlament darf keine Fahnenflucht begehen" (9. 9. 1964, Nr. 37) unter anderem sehr entschieden für die vom Bundesrat und von der SPD vertretenen Vorstellungen über ein Notparlament eingetreten. Jürgen Seifert analysiert in den von G. Szczesny in Verbindung mit der Humanistischen Union herausgegebenen „Vorgänge" unter dem Titel „Das Notparlament" (Nr. 10/64) diese Konzeption. Auf dieses Thema geht Seifert u. a. auch in seinem Beitrag „Zum gegenwärtigen Stand der Notstandsgesetzgebung" ein, der in der „Holzarbeiterzeitung" (10/64) und in der „Gewerkschaftlichen Umschau" (9/64) erschienen ist. Er weist dabei an Hand von Fällen nach, wie wenig Sicherungen die Institution des Notparlaments in einer Extremsituation zu bieten vermag. Er sagt: „So würde die CDU/CSU bei den augenblicklichen Mehrheitsverhältnissen bei einem aus 11 Bundestagsabgeordneten und 11 Bundesratsvertretern bestehenden Notparlament mit 12 Stimmen gegenüber einer FDP-Stimme und 9 SPD-Stimmen, bei einem 33köpfigen Notparlament mit 17 Stimmen gegenüber 3 FDP- und 13 SPD-Stimmen jeweils die absolute Mehrheit besitzen."

Unter dem Titel „Wir brauchen die Notstandsverfassung" berichtet Günther Gillessen (FAZ, 9. 9. 64, Nr. 209), Innenminister Höcherl sei „entschlossen, lieber die Notstandsverfassung ganz fahren zu lassen als der Regierung das Notstandsrecht vorenthalten (!) zu lassen". Im Zusammenhang der gegenwärtigen Auseinandersetzungen heißt das, daß Höcherl dann, wenn der verfassungsändernde Gesetzgeber der Regierung ein Notverordnungsrecht ausdrücklich nicht erteilen will, im Notstandsfall ein solches Recht sogar gegen die Verfassung und gegen die ausdrückliche Entscheidung des Verfassungsgebers in Anspruch zu nehmen gedenkt. Die SPD soll durch solche Äußerungen offenbar zu Zugeständnissen genötigt werden. Diese Nötigung ist allerdings nur deshalb möglich, weil die SPD, um den innerparteilichen Widerstand niederzukämpfen, den augenblicklichen Zustand immer wieder als gefährlich hingestellt hat.

Gillessen geht ebenso wie Seifert auf die Frage des Streikrechts ein. Seifert zeigt, daß eine Verhinderung des Zivildienstgesetzes dann bedeutungslos wird, wenn die SPD im verfassungsändernden Notstandsgesetz das Verbot der Dienstverpflichtung suspendierbar macht.

Zu einer wesentlichen Frage der Notstandsgesetzgebung sind durch eine Veröffentlichung der „Vereinigung deutscher Wissenschaftler e.V." die Kosten geworden (Das von der Schweizer Prognos-AG erstellte Gutachten soll in einem Nachtrag zu der Schrift „Ziviler Bevölkerungsschutz heute", Verlag E. S. Mittler & Sohn, Frankfurt/M., erscheinen). Danach sollen die Kosten für die sogenannte Zivilverteidigung in der Bundesrepublik jährlich etwa 9,9 bis 13 Milliarden DM kosten. Diese Zahlenangaben haben Höcherl herausgefordert, eine Gegendarstellung zu machen. Er nahm am 4. 9. 1964 in einem Interview mit der „Welt" Stellung. Am 8. 9. 1964 veröffentlichte das „Bulletin" der Bundesregierung unter dem Titel „Kosten der Vorsorgegesetze zum Schutze der Zivilbevölkerung" (Nr. 137, S. 1282) genaue Zahlen. Unter der Annahme, daß das Selbstschutzgesetz, das Zivilschutzkorpsgesetz, das Erkennungsmarkengesetz, das Aufenthaltsregelungsgesetz, das Schutzbaugesetz und das Zivildienstgesetz am 1. Juli 1965 in Kraft treten, würde danach folgende volkswirtschaftliche Gesamtbelastung entstehen.

I.

	Mill. DM					
	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Bundeshaushalt	401,61	1229,674	2004,548	2495,060	2804,29	2663,42
andere öffentliche Haushalte	—	130,2	292,9	253,6	226,2	196,2
private Aufwendungen	—	1600,6	2387,2	2433,8	2589,0	1946,6
volkswirtschaftliche Gesamtbelastung	401,61	2960,474	4684,648	5182,46	5619,49	4806,22

II. Unter der Annahme, daß die vier Sicherstellungsgesetze für Wirtschaft, Ernährung, Verkehr und Wasser am 1. Juli 1965 in Kraft treten, entsteht dem Bundeshaushalt folgende Belastung:

	Mill. DM					
	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Bundeshaushalt	259,25	295,95	360,36	413,27	518,58	609,10

III. Die Kosten für das Schutzbaugesetz, die in den Angaben unter Ziffer I bereits enthalten sind, betragen im einzelnen (Annahme, daß dieses Gesetz am 1. Juli 1965 in Kraft tritt):

	Mill. DM					
	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Bundeshaushalt	—	781,0	1380,0	1575,0	1780,0	1793,0
andere öffentliche Haushalte	—	110,0	270,0	240,0	210,0	180,0
private Aufwendungen	—	620,0	1380,0	1400,0	1530,0	1460,0
volkswirtschaftliche Gesamtbelastung	—	1511,0	3030,0	3215,0	3520,0	3435,0

Über die Kontroverse hat „Der Spiegel" (14. 10. 1964, Nr. 42, S. 84 ff) einen Bericht veröffentlicht. Es scheint, als ob die Kostenfrage, die auch am 9. 10. 1964 in der Fernsehsendung des Westdeutschen Rundfunks „Bericht aus Bonn" behandelt wurde, die Öffentlichkeit eher zu erregen vermag als begründete verfassungsrechtliche Bedenken.

Der Hessische Rundfunk brachte unter dem Titel „Notstandsgesetze: Nutzen und Gefahr" eine Sendereihe mit Ernst Fraenkel „Martial Law und Staatsnotstand in England und USA" (22. 9. 64), Gilbert Ziebura „Der Staatsnotstand in Frankreich" (29. 9. 64), Gerhard Schulz „Artikel 48 der Weimarer Verfassung" (6. 10. 64) und Hans Buchheim „Belagerungszustand und totalitäre Diktatur" (13. 10. 64). Von diesen Beiträgen verdient die Zusammenstellung von Ziebura besondere Aufmerksamkeit wegen der Schilderung der Handhabung des Notstandsrechts durch de Gaulle. Buchheim beschränkt sich im wesentlichen auf eine Darstellung der „Führergewalt" im NS-Regime.

Erwähnenswert ist schließlich der Beitrag „Partisanenkrieg in Deutschland?" in der vom Führungsstab der Bundeswehr herausgegebenen Zeitschrift „Information für die Truppe" (10/1964, Beilage). Während der Bundestag noch über die Notstandsgesetzgebung berät, wird in der „Information für die Truppe" bereits überlegt, wie man die „Lücken noch nachträglich füllen" könnte, „die bei der Notstandsgesetzgebung mangels konkreter Vorstellungen über das Gesicht des inneren Notstandes entstanden sind". Um diese Aufgabe besonders plastisch zu machen, erfindet man das zu diesen Vorstellungen passende Bild der Notstandsgesetzgebung als einem „falschen Doppeladler: Nach innen Wellensittich, nach außen Adler". Offen spricht man schon heute von der später notwendigen Preisgabe der „Unterschiede in den Befugnissen der Staatsgewalt zwischen innerem und äußerem Notstand" sowie von einer „sauberen Trennung zwischen Friedens- und Kriegszustand", d. h. von der Streichung gerade der Sicherungen, um die sich die SPD bei den gegenwärtigen Beratungen bemüht. G. W.

Hat eine neue Zeitung heute eine Chance?

alle berichten dasselbe

Sicher haben Sie es auch schon gemerkt, daß sich heute die Nachrichten in den Zeitungen immer mehr gleichen. Viel Geld, gute Werbung und eine große Auflage machen aber noch keine gute Zeitung, dazu gehört mehr.

wir bringen Zusammenhänge

Den kritischen Leser besser zu informieren, ihm aus allen Teilen der Welt statt Bruchstücke Ereignisse im Zusammenhang darzustellen, Meldungen und Meinungen, die andere nicht sagen können oder wollen, zu übermitteln – das ist, gerade heute, die echte Chance für eine neue Zeitung.

unsere Autoren

Wir druckten bisher Artikel von folgenden Autoren: James Baldwin, Lelio Basso, Michel Bosquet, Claude Bourdet, Fenner Brockway, Isaac Deutscher, Juan Goytisolo, Paolo Milano, Alberto Moravia, Heinz Theo Risse, Jean Paul Sartre, Bodo Scheurig, Josué de Castro, René Dumont u. a. m.

unsere Zeitungen

Wir lesen und übersetzen für Sie aus über 50 Zeitungen und Zeitschriften der Welt die besten Artikel, zum Beispiel aus L'Espresso, New Statesman, MARCHA, TRIBUNE, Les Temps Modernes, The Nation, LIBERATION, Révolution africaine, france-Observateur.

express INTERNATIONAL

Fordern Sie bitte kostenlose Probeexemplare!

6 Frankfurt/Main-14

Wittelsbacherallee 62 - Telefon (0611) 493471

Neuerscheinungen 1964

H. G. Adler
Die Erfahrung der Ohnmacht
Beiträge zur Soziologie unserer Zeit
Sammlung „res novae" Band 29
276 Seiten, Paperback 14,80 DM

August Bebel
Aus meinem Leben
842 Seiten, Leinen 24,– DM

Hildegard Feidel-Mertz
Zur Ideologie der Arbeiterbildung
Sammlung „res novae" Band 31
260 Seiten, Paperback 14,80 DM

Ossip K. Flechtheim
Eine Welt oder keine?
Beiträge zur Politik, Politologie und Philosophie
Sammlung „res novae" Band 32
268 Seiten, Paperback 14,80 DM

Hans Henny Jahnn
Über den Anlaß und andere Essays
132 Seiten Kart. 7,80 DM, Leinen 9,80 DM

Georg Leber
Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand
Ein Programm und sein Echo
Sammlung „res novae" Band 33
184 Seiten, Paperback 5,80 DM

Franz Mehring
Karl Marx – Geschichte seines Lebens
620 Seiten, Leinen 19,80 DM

Rolf Schroers
Aus gegebenem Anlaß
Glossen
Sammlung „res novae" Band 26
128 Seiten, Paperback 8,80 DM

Vorurteile – Ihre Erforschung und ihre Bekämpfung
Band 3 der Reihe „Politische Psychologie"
120 Seiten, Paperback 9,– DM

EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT
FRANKFURT AM MAIN

edition suhrkamp für 3 Mark

September

81 Martin Walser, Lügengeschichten
82 René Wellek, Konfrontationen
Vergleichende Studien zur Romantik
83 Walter Höllerer, Gedichte. Wie entsteht ein Gedicht
84 Hermann Hesse, Tractat vom Steppenwolf

Oktober

85 Peter Weiss, Abschied von den Eltern
86 Bertolt Brecht, Ausgewählte Gedichte
87 Hans Magnus Enzensberger, Einzelheiten II
Poesie und Politik
88 Zbigniew Herbert, Gedichte

November

89 Günter Eich, Marionettenspiele
Inhalt: Böhmische Schneider. Unter Wasser
90 Martin Walser, Der Schwarze Schwan
Zweiter Teil der Deutschen Chronik nach „Eiche und Angora"
91 Theodor W. Adorno, Jargon der Eigentlichkeit
92 Roland Barthes, Mythen des Alltags

Werkausgabe Marcel Proust für 5 Mark

Auf der Suche nach der verlorenen Zeit
in 13 Bänden. Jeder Band leinenkaschiert und mit Schutzumschlag. Die Bände 1—10 liegen vor, die letzten drei Bände erscheinen im November. Jeder Band 5 Mark.

Suhrkamp Verlag

WER GUT INFORMIERT IST TRIFFT GUTE ENTSCHEIDUNGEN

Frankfurter Rundschau

für menschen mit eigener meinung

Verlangen Sie kostenlose Probelieferung
von unserer Vertriebsabteilung:
6 Frankfurt 1 · Postfach 3685